

KONTRASTE

Das internationale Leben ist voller Kontraste, wovon sich der Leser auch anhand dieses Heftes überzeugen kann.

Die RGW-Staaten, die in Budapest ihre Integrationspläne besprachen, äußerten sich gleichzeitig eindeutig für den Ausbau der Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern auf gleichberechtigter Basis und zum gegenseitigen Vorteil. Eine solche Zusammenarbeit spiegelt die führenden Tendenzen und die grundsätzlichen Bedürfnisse in der Weltwirtschaftsentwicklung. Anders standen die Dinge in Versailles, wo die Chefs von sieben kapitalistischen Industrieländern unter dem Druck Washingtons eine Entscheidung trafen, die den Handel, die Kredite und andere Wirtschaftsbeziehungen mit der sozialistischen Welt noch weiter komplizieren.

Die meisten Teilnehmer an der 2. Abrüstungs Sondertagung in New York befassen sich mit der Suche nach Lösungswegen für das brennend aktuelle Problem der Menschheit. Anders standen die Dinge beim Bonner NATO-Gipfel. Der erneut demonstrierte mangelnde Wille, auf die militaristischen Ansprüche zu verzichten, war eine Herausforderung der Tagung in New York und der gesamten Weltgemeinschaft.

Auch in den Reden und Dokumenten der atlantischen, vor allem der US-amerikanischen Politiker stechen die Kontraste ins Auge. Je gefährlicher die Intentionen des Imperialismus werden, desto eifriger schwenkt er die Friedenspalme. Die Apologeten des „begrenzten Nuklearkriegs“ erlegen sich in Demagogie und Pharisäertum keine Begrenzung auf. Man nehme nur die „Bonner Erklärung“. Siehe, ihre Urheber brennen darauf, den friedlichen Fortschritt in der ganzen Welt zu fördern: Wir alle sind an Frieden und Sicherheit in anderen Regionen unserer Erde interessiert. Pharisäer! Als diese Zeilen zu Papier gebracht wurden, starben völlig Unschuldige im Hagel von Bomben und Granaten in Libanon, und im Südatlantik behaupteten die letzten Mohikaner des Kolonialismus mit Feuer und Schwert ihre imperialen „Rechte“!

In der NATO aber glaubt man, Papier sei ja geduldig, und erklärt die Organisation zum

„Friedensgaranten“, und besitzt die Stirn, an die Sowjetunion zu appellieren, gemeinsam konstruktive Beziehungen, Abrüstung und Weltfrieden anzustreben. Das, nachdem in Versailles die Einschränkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern beschlossen wurde, nachdem der US-Präsident an der Themse den Kreuzzug gegen den Kommunismus ausrief, nachdem in Bonn die Eskalation der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen gebilligt wurden. Die Fanatiker des Wettrüstens und des Nuklearkriegs rufen dazu auf, sich ihnen in den Friedensbemühungen anzuschließen!

Nein, Herrschaften, da macht die friedliebende Menschheit nicht mit. Sie wird nicht denen folgen, die nur einen sinnlosen und ruinierenden Rüstungsboom und den Weg in den nuklearen Abgrund garantieren können. Und wenn diese Herrschaften nicht darauf aus sind, selbst in das Sodom und Gomorrha hineinzugeraten, sollten sie an die katastrophalen Folgen ihres Kurses denken und rechtzeitig einhalten. Einhalten, sich der erdrückenden Mehrheit der Erdbewohner entgegenzustellen, und den Anschluß an die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten suchen, um das Wettrüsten einzudämmen. Das wäre ein faktischer und nicht deklarativer Beweis für die Bereitschaft, gehaltvolle und ausgeglichene Ost-West-Beziehungen zu entwickeln und sich auf eine echte Entspannung zu orientieren, wie es in der Bonner Erklärung heißt.

Manch ein westeuropäischer Staatsmann rechnet es sich als Verdienst an, daß der Begriff „Détente“ trotz des Washingtoner Drucks im offiziellen Wortschatz der NATO verbleibt. Das mag auf dem Papier ja ganz hübsch wirken. Tatsächlich aber treibt Washington den Westen zur Konfrontation mit der Sowjetunion. Oder ist die neueste Pentagon-Doktrin, die auf einen „langwierigen Nuklearkonflikt“ mit der UdSSR orientiert, etwa kein Beweis dafür?

Angesichts dessen wirkt der NATO-Appell zur „echten Entspannung“ ziemlich heuchlerisch. Erstens will man mit der Orientierung auf eine künftige „echte Entspannung“ das ersprießliche Jahrzehnt in den Ost-West-Beziehungen verteuern, das, wenn man den Washingtoner Falken folgt, für die westliche Welt nur „Verluste“ und „Enttäuschungen“ brachte. Zweitens betrachtet man die Entspannung dann als echt, wenn die UdSSR entweder eine einseitige Abrüstung vornahme oder es den USA erlaubte, gemächlich die militärische Überlegenheit zu erlangen.

Entspannungspolitik ist jedoch keine mehr, wenn ihr Wesen in Frage gestellt wird. Das aber besteht in einer gerechten Balance, in der gegenseitigen Achtung der Interessen, in der strikten Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und Sicherheit. Anders kann es keine Entspannung geben.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 25 JUNI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Kontraste	1
V. Krawzow — Überaus wichtiger Schritt	5
J. Gudkow — USA. Massenprotest	6
N. Schischlin — Mit Blick auf die Zukunft	8
K. Karagesian — NATO. Unter Sirenengeheul	10
M. Podwigin — Würdiger Empfang	10
W. Schelepin — Naher Osten. Gepeinigt, doch nicht gebrochen	12
D. Wolski — Die Rechnung für Libanon	13
Großbritannien	
I. Titow — Unterschlagene Verluste	14
N. Chmara — Mit Jingo auf den Lippen	14
Notizen ♦ Glossen	16
G. Bashenow — Amerikanischer Druck hält an	18
W. Sagidow — Freundschaft siegt...	20
W. Trapesnikow — Giulietto Chiesas erstaunliche Kommentare	20
J. Stoljarow — Japan. Eigene Spielregeln	21
W. Grischin — VR China. Die Rolle des Auslandskapitals	24
Biographisches: Petar Stambolić	25
I. Gorew — Seerecht. Zum allgemeinen Nutzen	26
F. Wolkow — „Dora“ meldet (Dokumentarbericht)	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am 6. Juni begann Israel einen neuen Eroberungskrieg, diesmal gegen Libanon.

Unterstützt von den USA will der Aggressor den Arabern seinen Willen aufzwingen. Tausende Libanesen und Palästinenser kamen bereits um. Das sind die Ergebnisse des Kuhhandels von Camp David. Die Völker fordern, den Greueltaten Tel Avivs ein Ende zu setzen.

Unser Umschlag: Israelische Truppen in Libanon; Flammen und Ruinen als Folgen der barbarischen Luftangriffe auf Beirut.

Foto: AP TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Leonid Breshnew richtete eine Botschaft an die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO (s. S. 5).

■ Vom 8. bis 10. Juni fand in Budapest die turnusmäßige 36. Tagung des RGW statt. Sowjetischer Delegationschef war Nikolai Tichonow. Gemäß einem Abkommen zwischen RGW und der SFRJ-Regierung nahm eine jugoslawische Delegation an der Tagung teil. Als Beobachter anwesend waren Vertreter Angolas, Afghanistans, Äthiopiens, Laos', Moçambiques und der VDRJ. Während seines Ungarn-Aufenthalts traf Nikolai Tichonow mit János Kádár, Wojciech Jaruzelski, Willi Stoph und György Lázár zusammen (s. S. 8).

■ In New York dauert die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO an, auf der Andrej Gromyko am 15. Juni das Wort ergriff. Vertreter nichtstaatlicher Organisationen übergaben Appelle und Petitionen mit mehr als 90 Millionen Unterschriften aus aller Welt, in denen der sofortige Stopp des Waffentrübens und die Verhütung des Kernkriegs gefordert werden.

■ Am 11. Juni fand in der Hauptstadt der Kasachischen SSR Alma-Ata eine Fest-sitzung des ZK der KP und des Obersten Sowjets Kasachstans in Anwesenheit von Vertretern aus Partei, Staatsorganen und Massenorganisationen, aus Arbeitskollektiven und der Sowjet-armee statt, die dem 250. Jahrestag des freiwilligen Anschlusses Kasachstans an Rußland und der Überreichung des Leninordens galt. Das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR übersandten dem ZK der KP Kasachstans, dem Präsidium des Obersten Sowjets und dem Ministerrat Kasachstans ein Glück-wunschschreiben.

■ Zur israelischen Aggression in Libanon befand die Sowjetregierung in einer Erklärung vom 14. Juni, in der Sowjetunion wie überall in der Welt löse der gemeine Überfall Israels Empörung aus. Wer die israelische Politik heute leite, solle nicht vergessen, daß der Nahe Osten eine Region in unmittelbarer Nähe zu den südlichen Grenzen der Sowjetunion ist und dortige Vorgänge die Interessen der UdSSR nicht unberührt lassen können. Man gebe das Israel zu bedenken. Die Sowjetunion werde alles von ihr Abhängende tun, damit in dieser Region ein dauerhafter Friede errichtet werde. Am 11. Juni verkündeten die in Libanon eingedrungenen Interventionen eine Feuereinstellung, setzten jedoch mehrere Tage Bombenangriffe und Geschützfeuer vom Meer auf Wohnviertel der libanesischen Hauptstadt Beirut fort. Die Aggression Tel Avivs fügte dem libanesis-



In der norwegischen Hauptstadt Oslo fand eine Friedensdemonstration unter den Losungen „Nein der Kernwaffel“, „Nordeuropa — kernwaffenfreie Zone“ statt; am 12. Juni marschierten in New York mehr als eine Million Menschen aus allen Teilen der USA für nukleare Abrüstung; Teilnehmer einer machtvollen Manifestation für Frieden und Abrüstung, gegen die Kernkriegsgefahr in Österreichs Hauptstadt Wien.

Fotos: TASS

schen Volk und den Palästinensern verheerenden Schaden zu. Die Anzahl der Toten unter der Zivilbevölkerung beträgt mehrere Tausende. Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, das Sowjetische Friedenskomitee und andere Organisationen der UdSSR verurteilen in Erklärungen entschieden die israelische Aggression gegen Libanon (s. S. 12).

Vom 8. bis 11. Juni hielt sich der Generalsekretär der Bulgarischen KP und Staatsratsvorsitzende der VR Bulgarien Todor Shiwkow zu einem inoffiziellen Besuch in der Ukraine auf.

Vom 8. bis 11. Juni weilte der Generalsekretär der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei Humphrey Muamba an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation der Republik Sambia zu einem Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion und wurde von Wassili Kusnezow empfangen.

Vom 8. bis 10. Juni tagte in Moskau die Sowjetisch-Griechische Regierungskommission für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit. Sie erkannte die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein langfristiges Programm der sowjetisch-griechischen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Bereich als zweckmäßig an.

Am 15. Juni begann in Sofia eine Internationale Theoretische Konferenz anlässlich des 100. Geburtstags Georgi Dimitroffs. An der Konferenz und den

diesem Datum geltenden Feierlichkeiten nimmt eine Delegation der KPdSU teil. Ihr gehören an: Boris Ponomarew (Delegationschef), Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, die Mitglieder des ZK der KPdSU Wadim Sagladin und Anatoli Jegorow, der Kandidat des ZK der KPdSU Anatoli Tschernjajew, der stellvertretende Leiter der Abteilung des ZK der KPdSU Gennadi Kisseljow. Am 14. Juni wurden Ponomarew und Simjanin von Todor Shiwkow empfangen.

Am 9. Juni legte das DDR-Außenministerium beim Westberliner Senat scharfen Protest im Zusammenhang mit den in jüngster Zeit an der DDR-Staatsgrenze vorgenommenen ernsthaften Provokationen ein.

Am 12. Juni tagte in Warschau unter Wojciech Jaruzelski der Militärrat für die Nationale Rettung und erörterte die soziale, politische und wirtschaftliche Lage in Polen im vergangenen Halbjahr sowie die Aufgaben für den kommenden Zeitraum. Es wurde festgestellt, die vom Militärrat am 13. Dezember 1981 gestellten Aufgaben würden erfüllt. Die Tagung konstatierte ferner, daß die Volkswirtschaft des Landes noch immer große Schwierigkeiten habe, sich die Lage in einigen Bereichen jedoch merklich verbessere. Erkennbar sind Tendenzen zur Überwindung der Abhängigkeit von einem unbe-

gründeten Import von Rohstoffen und Halbfertigerzeugnissen, ausgebaut wird die Wirtschaftszusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern. Angesichts der fortdauernden Normalisierung der Lage wurde dem Innenminister eine weitere teilweise Aufhebung der Beschränkungen des Ausnahmezustands empfohlen, bei gleichzeitigem entschlossenem Vorgehen gegen alle, die den Volksinteressen und dem sozialistischen Staat zuwiderhandeln.

Am 13. Juni begann in der polnischen Stadt Poznań die traditionelle internationale Messe, an der über 1600 Firmen und Außenhandelsorganisationen aus 26 Ländern teilnehmen.

Am 14. Juni wurden im Palast der Mongolischen Gewerkschaften in Ulan-Bator Tage der Kultur der UdSSR in der Mongolischen Volksrepublik eröffnet, die dem 65. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und dem 60. Gründungstag der UdSSR gewidmet sind.

Am 9. Juni schloß in Prag die XI. Generalversammlung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (s. S. 20).

Am 10. Juni fand in Bonn eine NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt (s. S. 10).

Während seiner Europa-Reise besuchte US-Präsident Reagan Paris, Rom, London, Bonn und Westberlin (s. S. 10).

In Madrid trat das Plenum des ZK der KP Spaniens zusammen, dem eine drei-

tägige Sitzung des Exekutivkomitees der Partei vorausgegangen war, auf der mehrere Führungsmitglieder die von Generalsekretär Santiago Carrillo vorgenommene Analyse der Wahlergebnisse in Andalusien ernstlicher Kritik unterzogen. Der Generalsekretär der Arbeiterkommissionen, Marcelino Camacho, kritisierte die Politik der Partei in der Gewerkschaftsbewegung und erklärte, er werde aus dem Exekutivkomitee der KP Spaniens austreten. Von seinem Posten zurückgetreten ist ferner der stellvertretende Generalsekretär der Partei Nicolás Sartorius. Zu heftigen Diskussionen über die Situation im Lande und die Lage in der Partei kam es auch auf dem Plenum.



In El Salvador dauern heftige Gefechte zwischen Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí und Junta-Truppen unter Führung US-amerikanischer Instrukteure an. Unser Bild: Aufständische nach einem Einsatz im Departement Usulután.

Foto: Camera Press/TASS

In den Morgenstunden des 12. Juni stürmten britische Truppen Port Stanley (Puerto Argentino), das Verwaltungszentrum der Falklands (Malwinen). Sie konnten die vorderste argentinische Verteidigungslinie durchbrechen und 3,5 km vordringen, wonach sie 14 km vor der Stadt Halt machten. Am Sonntagmorgen kam es wieder zu starken Gefechten. Nachdem die britischen Truppen Port Stanley praktisch unter Kontrolle hatten, wurde eine Feuereinstellung vereinbart. Argentinien's Außenminister Costa Méndez erklärte, der Verlust des Verwaltungszentrums bedeute nicht das Ende des Krieges und sagte: „Wir werden kämpfen, bis wir eine annehmbare politische Lösung erzielen“ (s. S. 14).

Am 10. Juni meldeten Nachrichtenagenturen aus Guatemala, General Rios Montt, Chef der Militärjunta, die im März d. J. an die Macht kam, habe sich zum neuen Präsidenten und Oberkom-

mandierenden der Streitkräfte ausgerufen. In einem Sondererlaß gab er bekannt, er übernehme „für unbestimmte Zeit“ sowohl exekutive wie legislative Funktionen.

Am 14. Juni begann in Singapur eine turnusmäßige Konferenz der Außenminister der ASEAN-Länder — Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und Philippinen.

Am 11. Juni siegte in Mauritius der oppositionelle Block der Linksparteien unter der Führung der Militanten Bewegung Mauritius bei den Parlamentswahlen. Die bisher regierende Labour Party unter dem jetzigen Ministerpräsidenten Seewoosagur Ramgoolam erlitt eine Niederlage.

Der Kommandierende der „Streitkräfte des Nordens“ (FAN), Hissène Habré, dessen Truppen kürzlich in die Hauptstadt von Tschad, N'Djamena, einmarschierten, erklärte, es wäre unrealistisch zu behaupten, der Krieg in Tschad sei schon beendet. Zwischen den Führern der verschiedenen Gruppierungen im Land dauerten die politischen Differenzen an, sagte er. Der Präsident Kenia und OAU-Vorsitzende Daniel Arap Moi gab den interafrikanischen Friedenstruppen im Tschad, denen Kontingente aus Nigeria, Zaïre und Senegal angehören, den Befehl, das Land bis zum 30. Juni zu verlassen.

Am 9. Juni inhaftierten die Behörden Somalias sieben namhafte Politiker und Staatsmänner des Landes. Unter ihnen der dritte Vizepräsident Somalias und Berater des Generalsekretärs des ZK der Somalischen Revolutionären Sozialistischen Partei — der einzigen Partei des Landes — Ismail Ali Abukar, der Gesundheitsminister Omar Khadji Mohamed und andere hohe Parteifunktionäre und Militärs. Sie alle werden der „regierungsfeindlichen Tätigkeit“ beschuldigt. Die jüngsten Festnahmen sind ein Beweis für die instabile und angespannte Lage im Land. Bestimmte politische Kreise äußern Mißfallen über die einseitige USA-Orientierung des Regimes Siad Barre, die das Land in völlige Abhängigkeit von Washington bringt.

Am 13. Juni erlag der saudische König Khaled einem Herzinfarkt. Sein Nachfolger wurde Kronprinz Fahd ibn Abdel Asis al Saud.

Ich gehöre der Generation an, die die Schrecken des Krieges nicht erleben mußte, aber wir wissen davon aus den Berichten unserer Väter und Großväter. Der zweite Weltkrieg hat über 50 Millionen Menschenleben dahingerafft, darunter 20 Millionen sowjetische Menschen. Sollten das viele Politiker kapitalistischer Länder tatsächlich vergessen haben? Warum wollen sie nicht auf ihre eigenen Landsleute hören, die dem Kernkrieg und den neuen US-Raketen in Westeuropa sowie dem beispiellosen Wettrüsten ihr „Nein“ entgegenrufen. Wir wollen hoffen, daß die Vernunft siegt.

Anwar HASHIMOW
Leninabad, Tadschikische SSR

Ich verfolge aufmerksam die Ereignisse in Polen und sehe, daß die unmittelbare Gefahr für den Sozialismus in der VRP beseitigt ist, daß sich die Lage im Ergebnis der Tätigkeit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Anstrengungen aller ehrlichen Polen normalisiert. Die Absicht, antisozialistischen Kräften in Polen zum Sieg zu verhelfen, den die US-Administration für gesichert hielt, wurde zu einer Schande für die Vereinigten Staaten. Um Rache zu üben, verhängte Washington ökonomische Sanktionen gegen Polen und die UdSSR, was das Weiße Haus in den Augen der Weltöffentlichkeit noch mehr diskreditierte. Ich bin überzeugt: Nichts kann die Völker auf dem Wege des Fortschritts aufhalten. Ich möchte den Lesern der „Neuen Zeit“ mitteilen, daß ich, ein Bürger Moçambiques, in die DDR kam, um die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus zu studieren.

Jonas Zacharias TEIXEIRA
Saupersdorf, DDR

Vielleicht sollte Ihre Zeitschrift Material über die Staaten bringen, über die man wenig schreibt, z. B. über Brunei, St. Vincent und Grenadinen, Bhutan, Santa Lucia, die Staaten Ozeaniens. Sicher werden viele Leser mit Interesse den Entwicklungsweg dieser Länder und die Sorgen der Menschen dort verfolgen.

W. M. PANTIUSCHOW,
Gebiet Rjasan, RSFSR

ÜBERAUS WICHTIGER SCHRITT

Valentin KRAWZOW

In der Botschaft Leonid Breschnews an die 2. Abrüstungs Sondertagung der UNO-Vollversammlung heißt es feierlich: „Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verpflichtet sich, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.“ Das ist ein überaus wichtiger Schritt, besonders wenn man die heutige Weltsituation berücksichtigt.

Viele Staaten haben mit ungeheuren Problemen zu tun, auch in den Beziehungen untereinander. Wie die Praxis zeigt, überwiegt bei manchen die Verlockung, in Konfliktsituationen nach den Waffen zu greifen. Beweis dafür sind die Vorgänge im Nahen Osten, im Südatlantik und der Krieg zwischen Iran und Irak. Die USA hoffen auf die militärische Überlegenheit über die sozialistischen Staaten und verstärken zusammen mit der von ihnen inspirierten NATO das Wettrüsten und die Spannungen in der einen oder anderen Weltregion, mischen sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ein. Die Menschen werden immer besorgter um den Weltfrieden.

Angesichts der komplizierten Welt-situation zeichnet sich deutlich ein für die ganze Menschheit gemeinsames Problem ab. Ihm gegenüber treten die Widersprüche zwischen den Staaten, die Unterschiede in ihrer sozialen Ordnung oder ihrer Ideologie sowie Augenblicksinteressen in den Hintergrund. Gemeint ist das Problem der Erhaltung der menschlichen Zivilisation. So akut war diese Frage in der Geschichte noch nie. Ausgelöst wurde sie von dem stürmischen Aufschwung in Wissenschaft und Technik, die zur Entwicklung immer neuer Arten von Todeswaffen mißbraucht wird. Es ist keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß die Menschen in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die, wenn man so sagen kann, technische Möglichkeit gewonnen haben, alles Leben auf Erden auszulöschen.

So ist nur schwer die Tatsache zu begreifen, daß ein einziger strategischer B-1-Bomber (die ersten 100 Maschinen gehen in den USA jetzt in Produktion) Kernwaffen an Bord haben kann, deren Zerstörungskraft die aller während des zweiten Weltkriegs abgeworfenen Bomben übersteigt. Während eines Krieges, der mehr als 50 Millionen Menschenleben dahinraffte. Schon heute werden riesige Mengen Sprengstoff gelagert,

und das Aufstocken der Rüstungen geht noch immer weiter. Wie weit denn noch, muß man fragen. Eine strenge Warnung sind die Worte der Deklaration über die Verhütung einer Kernkatastrophe, die die UNO im Vorjahr annahm: „Alle Schrecken vergangener Kriege, alle sonstigen über die Menschheit hereinbrechenden Katastrophen würden hinter dem zurücktreten, was der Einsatz von Kernwaffen nach sich ziehen könnte, der die Weltzivilisation ausrotten kann.“

Verbal wird von vielen anerkannt, daß es keine akutere, im wahren Sinne des Wortes globale Aufgabe gibt, als die Verhinderung der nuklearen Verheerung. Doch allein die Feststellung dieses unleugbaren und unter den gegenwärtigen Bedingungen bestimmenden Umstandes aber ist natürlich zu wenig. Nötig sind reale Taten, das praktische Handeln der Staaten, um zu verhindern, daß die Welt in den nuklearen Abgrund gerät, um die jetzigen gefährlichen Tendenzen zu durchkreuzen und auf einen dauerhafteren und zuverlässigeren Frieden zuzusteuern. Der Schritt der Sowjetunion ist ein Vorbild für solche zielgerichteten und kühnen Handlungen.

Ja, kühn. Denn er wird in einer Situation realisiert, da die der NATO angehörenden Nuklearmächte — und man weiß, gegen wen dieser aggressive Block gerichtet ist —, die Möglichkeit des Ersteinsatzes von Kernwaffen nicht ausschließen. Ja, die Militärdoktrin der USA und der NATO stützt sich faktisch auf die Voraussetzung, daß sie den ersten Kernschlag im Fall einer hypothetischen sowjetischen Panzerinvasion in Westeuropa führen können. Sie gehen noch weiter und sprechen von einem nuklearen Präventivangriff, wenn der Grund zu der Vermutung bestehe, daß der Gegner einen Angriff vorbereitet. Das sind hochgefährliche Konzeptionen! Sie aber werden mit der materiellen Basis in der Art neuer Generationen von Kernwaffen untermauert, die ihren Kennziffern nach gerade für den nuklearen Erstschock verwendet werden können.

Die Sowjetunion unternimmt den von Leonid Breschnew verkündeten Schritt, weil sie dem gesunden Menschenverstand vertraut und daran glaubt, daß die Menschheit einen nuklearen Konflikt vermeiden kann.

Die Logik ist hier sehr einfach: Als

erste Kernwaffen einzusetzen bedeutet, einen Kernkrieg zu entfesseln. Der aber kann, wie heute bereits unwiderlegbar bewiesen ist, nicht nur zur Zerstörung alles von Menschenhand Geschaffenen, sondern auch zur Untergrabung der Lebensbasis auf unserem Planeten führen. Wie könnte man sich auch nur theoretisch ausmalen, daß die Kernwaffe eingesetzt wird? Gibt es irgendwelche Argumente zur Rechtfertigung der Doktrin des nuklearen Erstschocks, wenn damit eine solche Kette von Reaktionen und Gegenreaktionen ausgelöst wird, die jegliche ursprünglichen Ziele sinnlos machen? Wie stark auch immer ein Erstschock wäre, der nukleare Aggressor wird unausbleiblich die Vergeltung zu spüren bekommen, und die Urheber dieser Wahnsinnsdoktrin werden das Schicksal teilen, das sie Millionen Menschen bereiten wollten.

Ist das aber so — und es läßt sich unmöglich leugnen —, dann ist es die höchste Pflicht der Staatsmänner, die sich ihrer Verantwortung für die Zukunft der Völker bewußt sind, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Kernwaffe niemals eingesetzt werde. Von dieser Überzeugung geht die Sowjetunion aus.

Das gute Vorbild spielt natürlich eine wichtige Rolle. Die Völker können mit Recht erwarten, daß der Entscheidung der Sowjetunion — die sie einseitig getroffen hat — entgegenkommende Schritte der anderen Staaten, die Kernwaffen besitzen, folgen werden. Wenn sie eine ebenso klare und unmißverständliche Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, so würde das in der Praxis gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen überhaupt. Es ist klar: Wenn es keinen nuklearen Erstschock gibt, wird auch die Möglichkeit eines zweiten oder dritten und aller folgenden entfallen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Kernwaffeneinsatzes auszuschließen ist der Wille der meisten Staaten der Welt. Ihre diesbezügliche Ansicht wurde in aller Deutlichkeit auf der 36. UNO-Vollversammlung ausgesprochen, die verkündete: „...Staaten und Staatsmänner, die Kernwaffen als erste anwenden, würden das schwerste Verbrechen an der Menschheit begehen.“ Man darf die moralische und politische Bedeutung der von uns bereits zitierten UNO-Deklaration und jenes Klimas der

Unversöhnlichkeit („Für Politiker, die beschlossen, als erste Kernwaffen zum Einsatz zu bringen, wird es nie eine Rechtfertigung und Verzeihung geben.“) nicht unterschätzen, das sie um Aktivitäten schafft, die die Welt auf eine Katastrophe zutreiben. Die jetzige Initiative der Sowjetunion führt die Bewegung in einer von den Völkern ausdrücklich verlangten Richtung weiter und bereichert sie noch wesentlich.

Die Probleme der Eindämmung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, sind nicht einfach. Wer auf die Aufstockung der Kernwaffenarsenale drängt, wer immer neue Militärprogramme auflegt, bemäntelt das nicht selten mit diesen Schwierigkeiten, um seinen mangelnden Wunsch zu verbergen, den Weg zur Abrüstung zu beschreiten.

Die neue Initiative der Sowjetunion stellt den gesamten Fragenkomplex der nuklearen Abrüstung in ein neues Licht. Die Voraussetzungen für das Verbot der Kernwaffen verbessern sich. Die Sowjetunion setzt sich dafür seit dem Augenblick ein, da die Atomenergie zu mi-

litärischen Zwecken genutzt wird. Aber selbstverständlich müssen auch die anderen Staaten den Finger vom nuklearen Drücker nehmen und sich der sowjetischen Initiative anschließen. Die Sowjetunion hält es für nützlich, ein Programm der nuklearen Abrüstung auszuarbeiten und zu beschließen, das etappenweise verwirklicht werden müßte. Eine der ersten Etappen könnte die Einstellung der Produktion von spaltbarem Material zur Herstellung verschiedener Kernwaffenarten sein. In diesem Sinne sprechen sich auch viele andere Staaten aus. Ihren Wünschen entgegenkommend, ist unser Land bereit, diese Frage im gesamten Kontext der Eindämmung und Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu prüfen.

Im gleichen Kontext gewinnt auch folgender Aspekt besondere Bedeutung, der von Leonid Breschnew in seiner Botschaft an die UNO ebenfalls hervorgehoben wurde: Die Idee des beiderseitigen Einfrierens der nuklearen Arsenale als erster Schritt auf dem Wege zu ihrer Reduzierung und in der Endkonsequenz zu ihrer

völligen Liquidierung kommt dem sowjetischen Standpunkt nahe. Damit bilden die sowjetischen Vorschläge bezüglich der Kernwaffen ein gut durchdachtes, einheitliches Programm von Maßnahmen, deren Endziel es ist, die Möglichkeit einer Kernkatastrophe überhaupt auszuschließen. Zu betonen ist dabei, daß solche Maßnahmen praktisch durchaus durchführbar sind. Die anderen Nuklearmächte müßten dazu nur den gleichen politischen Willen an den Tag legen.

Wenn wirklich jemand an das Märchen von der aggressiven Sowjetunion glaubt, dann sollte er noch einmal über die feierliche Erklärung in der Botschaft Leonid Breschnews nachdenken, sollte sie mit den anderen sowjetischen Initiativen vergleichen, darunter mit dem Vorschlag der Sowjetunion, einen weltweiten Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen abzuschließen. Er sollte sich auch daran erinnern, daß die UdSSR und ihre verbündeten Warschauer Vertragsstaaten eine Übereinkunft darüber vorschlagen, in

USA

MASSENPROTESTE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Als die 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO am 7. Juni um 15.30 Uhr begann, wirkte äußerlich alles wie üblich. Der strenge Saal mit seinen schmalen Tischen, an denen die Delegationsmitglieder Platz nahmen. Die zwei Publikumsгалerien zum Bersten voll, wie stets bei der feierlichen Eröffnung der Vollversammlung. Die gewohnten Verfahren: Wahl der Mandatskommission, des Tagungsvorsitzenden, die der Sammlung oder dem Gebet geltende Schweigeminute.

Dann ergriff der Vorsitzende Ismat Kiftani (Irak) das Wort. Die Wichtigkeit des Augenblicks erhellt aus den ersten Sätzen seiner Rede: „Wir sind heute in einer Zeit extremer Spannungen, Komplikationen und bewaffneter Konflikte zusammengekommen... Während wir über Abrüstung reden, ist überall um uns her Krieg. Alles — die Welt, die Zivilisation — steht auf dem Spiel.“

Von den angehäuften Waffenbergen und der illusorischen Jagd nach „Sicherheit durch Rüstung“, von dem Wahn-

witz eines „begrenzten Nuklearkriegs“ sprach an diesem Tag auch der UNO-Generalsekretär.

Von Anfang an stand die Hauptgefahr für die Menschheit wie die Dringlichkeit praktischer Aktionen fest. Von der jetzigen Tagung erwartet man keine Empfehlungen, sondern klare Ergebnisse, Impulse zu Verhandlungen über die Einstellung des Wettrüstens und den Abbau der Kernwaffenvorräte, bis hin zu ihrer völligen Beseitigung.

In der ersten Tagungswoche war das das Hauptthema. Besonders inständig erklang es in den Reden der Vertreter aus den sozialistischen Ländern. So erklärte der ungarische Außenminister, sein Land unterstütze zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten jede Initiative, die die Abrüstung voranbringen könne. Diese Erklärung ging mit einem ganzen Komplex konkreter Vorschläge einher.

Die Vertreter des Westens sprachen viel von einer „alarmierenden Verschlechterung der Weltlage“. Daran

zweifelt niemand, aber in ihren Ansprachen schwebten Töne mit, die zu Besorgnis Anlaß geben. Der japanische Ministerpräsident z. B. bemerkte, in den verwünschten Kreis geraten, suchten die Staaten Sicherheit ausschließlich durch Aufstockung ihrer Streitkräfte, womit sie das gegenseitige Mißtrauen verstärkten. Als während einer Pressekonferenz nach den Gründen für die starke Heraufsetzung der japanischen Militärausgaben in diesem Finanzjahr gefragt wurde, antwortete der japanische Delegationssprecher, Japan wolle das Gleichgewicht der militärischen Kräfte „wiederherstellen“ und erst danach an deren Reduzierung gehen. Er erklärte, der gegenwärtige Moment sei „ungünstig“ für einen Abbau der Rüstungen. Dieser Gedanke ist nicht neu: Der Japaner folgte hier nur der Story Washingtons zur Rechtfertigung einer neuen Runde des Wettrüstens.

Besonders sticht bei der gegenwärtigen Tagung die einmalige massierte Unterstützung ihrer Ziele hervor. Die aus dem jetzigen Kurs des Weißen Hauses herrührende Friedensbedrohung ist Millionen bewußt geworden und hat sie zu konkreten Aktivitäten veranlaßt. Die Tagungsteilnehmer konnten sich bereits am Eröffnungstag der Vollversammlung davon überzeugen. Vor dem UNO-Gebäude erschienen Tausende Demonstranten. Am 10. Juni nahm

Europa als erste weder nukleare noch konventionelle Waffen einzusetzen. Dieser Vorschlag entkräftet das Argument der NATO-Strategen, man brauche die Kernwaffe, um sich gegen einen Angriff mit konventionellen Waffen zu sichern. Bei einem Vergleich mit der Wirklichkeit werden die Erfindungen von der „so-wjetischen militärischen Bedrohung“ zu Staub. Die Sowjetunion bedroht keinen einzigen Staat auf irgendeinem Kontinent.

Wenn die Sowjetunion sich verpflichtet, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, dann dient das zweifellos dazu, den Grad des Vertrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu erhöhen. Das ist besonders in der gegenwärtigen Situation wichtig, da das Vertrauen durch die Aktivitäten jener schwer erschüttert ist, die das bestehende Kräftegleichgewicht zu zerstören, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu erlangen und all das Positive zu vernichten suchen, das die Entspannungspolitik mit sich bringt, und zu einem „Kreuzzug“ gegen den Kommunismus auffordern. Werden

die westlichen Hauptstädte, wo man so gerne von dem nötigen internationalen Vertrauen redet, die Initiative der Sowjetunion mit ebenso konstruktiven und weitgehenden Schritten beantworten? Die Politik eines Staates wird seit jeher nicht an seiner Friedensrhetorik, sondern an seinen Friedenstaten gemessen.

Das schöpferische und technische Genie der Menschheit hat hohe Leistungen vollbracht, die wenn man sie nur zu friedlichen Zwecken einsetzen würde, die Völker schon heute eine neue Entwicklungsstufe erreichen und ihre Probleme wie Hunger, Krankheit, Elend bewältigen ließen. Der Vorschlag der Sowjetunion eröffnet neue Perspektiven dafür, daß die Kernenergie ausschließlich friedlichen Zwecken sowie der Zusammenarbeit und Entwicklung diene.

Die neue außenpolitische Initiative der Sowjetunion dürfte, wie man so sagt, den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Noch vor ihrer Verlautbarung hatten mehrere Länder auf der Abrüstungs-sondertagung die Kernmächte aufgefordert, sich zu verpflichten, nicht als erste Kernwaffen

einzusetzen, die Kernwaffenarsenale einzufrieren und unverzüglich Verhandlungen über die nukleare Abrüstung aufzunehmen. Dafür plädierten der mexikanische Außenminister Castañeda, der für viele nicht-paktgebundene Staaten sprach, der schwedische Ministerpräsident Fälldin und andere.

Die Verlesung der Botschaft Leonid Breshnews, mit der die sowjetische Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, Tatsache wurde, ergab eine breite positive Resonanz. Die ersten Äußerungen zeigten, daß die Völker die Kontinuität und Friedensliebe der sowjetischen Außenpolitik und die Beharrlichkeit zu würdigen wissen, mit der sie den Frieden in der Welt durchzusetzen sucht. Unser Land hat erneut überzeugend bewiesen, daß es alles von ihm Abhängende tut, um die endlose Aufstockung immer entsetzlicherer Waffenarten zu verhindern und keine Kernkatastrophe zuzulassen. Dazu hat die Sowjetunion von der Tribüne der UNO-Vollversammlung auch alle anderen Staaten aufgerufen.



Eröffnung der 2. Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung

Telebild: AP/TASS

der UNO-Generalsekretär feierlich eine 90 Millionen Unterschriften tragende Petition entgegen.

Am 12. Juni verlief hier eine der größten politischen Demonstrationen in der Geschichte der USA mit mehr als einer Million Teilnehmern. Einer von ihnen äußerte, man fühle die Sehnsucht nach Frieden geradezu körperlich, als sei man in ein starkes elektrisches Feld geraten, da die ganze Welt für den Frieden aufstehe.

Die Antinuklearbewegung in den USA hat in den letzten Monaten unterschiedliche Formen angenommen. Am 12. Juni fanden sich die vielen Ströme auf der Wiese im Zentralpark zu einem zusammen. Hier sah man Menschen

unterschiedlicher Altersstufen und Anschauungen, verschiedener Hautfarbe und Berufe.

Umfragen ergaben, daß die meisten von ihnen zum erstenmal an einem Friedensmarsch teilnahmen. Ich spreche hier gar nicht von der zwei Monate alten Rachel Kay oder dem neunjährigen Gregory Barger, der keinerlei Mikrofonangst zeigte, als er sagte: „Das ist nämlich sehr wichtig, weil, wenn ein Atomkrieg kommt, viele Kinder sterben müssen, aber ein paar von uns könnte Amerika in Zukunft sehr gebrauchen.“

Lillian Clancy hat mit ihren 78 Jahren 24 Stunden im Autobus von Iowa nach New York gesessen, sagt aber nichts von Müdigkeit. Weshalb hat sie sich zu dieser weiten Reise entschlossen?

„Ich will, daß die heutige Jugend die Chance hat, ebenso lange zu leben wie ich“, antwortet sie.

Im Zentralpark haben sich Abgesandte nicht nur der 50 Bundesstaaten, sondern aller fünf Kontinente versammelt.

Unter den Kundgebungsrednern sind Helen Caldicott, die Vorsitzende der Organisation „Ärzte für soziale Verantwortung“, Randall Forsberg, der zu den Urhebern der Kampagne für das Einfrieren der Kernwaffen gehört, Victor Godbaum vom Verband der Bundesbeamten, Coretta King, der Schauspieler Orson Welles, Repräsentanten aus dem Ausland, Opfer der Atombom-

benabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

Wie wird nun die Demonstration vom Weißen Haus aufgenommen? Man hat bereits einen Riegel vorgeschoben. 318 Vertreter ausländischer Staaten erhielten kein Einreisevisum. Verteidigungsminister Weinberger erklärte eilig: „Ich denke nicht, daß irgendeiner einen Zurückzieher macht und sagt, wir müßten unsere Politik ändern, weil da so eine Kundgebung war.“

Ein älterer Arbeiter äußerte: „Diese Administration beschleunigt das Werrüsten, anstatt es zu verlangsamen. Sie scheffelt Geld bei den Armen, denen sie die Hilfe entzieht, und steckt die Mittel in die Rüstung. Und das in einer Zeit der Depression, wo die Not besonders groß ist.“

Treffende Worte. Wenn man den Menschen die Hoffnung nimmt, werden sie nicht schweigen. Diese gigantische Demonstration war ein Protest gegen die Kriegsgefahr wie gegen die Offensive auf die Rechte der Werktätigen. Daher die Entschlossenheit und die breite Basis der Bewegung, die hier bereits „Bewegung der 80er Jahre“ genannt wird.

Inzwischen geht die Abrüstungs-sondertagung der UNO weiter. Mit großem Interesse erwartet man die Ansprache des sowjetischen Delegationschefs Andrej Gromyko.

New York, am 14. Juni

MIT BLICK AUF DIE ZUKUNFT

Nikolai SCHISCHLIN

Die Ergebnisse der 36. RGW-Tagung sind in der sowjetischen Presse veröffentlicht. Auch die Stellungnahmen der Teilnehmer sind bekannt. Ebenso das Schlußkommuniqué, so daß man sagen kann: Das Gipfeltreffen der RGW-Länder weist keinerlei Unklarheiten auf.

In der jetzt so komplizierten internationalen und weltwirtschaftlichen Lage erweist es sich indessen als notwendig, die wichtigsten Resultate der RGW-Tagung zu analysieren.

Sie zeugte vor allem davon, daß die sozialistischen Länder im Jahre 1981 in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion einen bemerkenswerten weiteren Schritt vorwärts getan haben. Bevorzugt wurden die Industriezweige vorangebracht, die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausschlaggebend sind, nämlich Maschinenbau, Energiewirtschaft, Chemie und Gerätebau.

Charakteristisch ist, daß die Länder der Gemeinschaft ihren Importbedarf an den wichtigsten Brennstoffen und Rohstoffen, Maschinen und Ausrüstungen auf dem sozialistischen Markt deckten. Der Anteil ihres Austausches an ihrem Außenhandelsumsatz betrug voriges Jahr fast 55 %.

Bemerkenswert an der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Staaten war, daß sie den größten Teil ihres Produktionszuwachses in der Industrie durch Hebung der Arbeitsproduktivität erzielten. Das zeugt beredt vom zügigen Vorwärtsschreiten bei der Umstellung ihrer Wirtschaft auf eine intensive Entwicklung.

In gewissem Grade sind die aufgezählten Fakten und die Dynamik der sozialistischen Wirtschaft für die sozialistischen Staaten etwas recht Gewohntes. Ihre Volkswirtschaft entwickelt sich stetig seit sehr vielen Jahren in aufsteigender Richtung.

Die Ergebnisse des Jahres 1981 haben aber wohl besondere Tragweite, weil sie unter erschwerten Verhältnissen erzielt worden sind. Es handelt sich um die gewisse Verschärfung der Energie- und Rohstoffprobleme; um die Notwendigkeit, erhebliche Investitionen in der Entwicklung der führenden Wirtschaftszweige vorzunehmen, die eine technische Neuausrüstung der gesamten Volkswirtschaft ermöglichen; um das ungünstige Klima der letzten Jahre für den Ackerbau.

Hinzu kommt natürlich die Weltwirtschaftslage, ebenso die diskriminierende Praxis des Westens, vor allem der USA, was den Ausbau der Verbindungen mit der sozialistischen Welt betrifft.

Die Aufzählung der erschwerenden Faktoren bei der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Staaten wäre gewiß unvollständig, wollte man die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft Polens unerwähnt lassen, die durch die Aktivierung der dortigen konterrevolutionären Elemente verstärkt wurden. Die UdSSR und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft mußten Polen und einigen anderen Ländern, die einem Druck seitens des Imperialismus und Hegemonismus ausgesetzt waren, viel helfen.

Die Schwierigkeiten der sozialistischen Länder von 1981 sind noch nicht ganz überwunden. Aber der Umstand, daß sie trotzdem in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vorwärtsgekommen sind und die gesellschaftliche Produktion erweitert haben, will viel heißen. Erstens zeugt das objektiv davon, welche Möglichkeiten die sozialistische Wirtschaft besitzt und wie stark sie ist. Zweitens zeigt es, daß die sozialistischen Länder ein Potential haben, dank dem sie auch in einer erschwerten Weltwirtschaftslage die Aufgaben beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau sicher und zielbewußt erfüllen können. Drittens überzeugen einen die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder von 1981 nochmals davon, daß sie alles dafür getan haben, von den Vorzügen des Sozialismus beim wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus Gebrauch zu machen.

Objektiv sieht die Sache so aus, daß die sozialistischen Länder, zum Unterschied von den kapitalistischen, die in einer schweren Wirtschaftskrise stecken, keinen Produktionsrückgang haben (selbstverständlich unter der unerläßlichen Bedingung, daß eine genau ausgewogene sozialistische Wirtschaftspolitik betrieben wird). Frei sind die sozialistischen Bruderländer auch von der in der kapitalistischen Welt unablässig zunehmenden Arbeitslosigkeit. Und noch eins: Die sozialistischen Staaten waren und sind bemüht, mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht so fertig zu werden, daß sich einer auf Kosten des anderen herauszureißen sucht, sondern

durch eine gegenseitige Hilfe, womit sie ebenfalls kampflos mit der Sachlage in der kapitalistischen Welt kontrastieren. Es genügt, das Beispiel Polens anzuführen. In seiner Wirtschaft deuten sich positive Erscheinungen an, die weitgehend mit der umfangreichen Wirtschaftshilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zusammenhängen.

Wir schreiben aber schon 1982 und 1981 liegt zwar nicht weit, aber dennoch zurück. In diesem Zusammenhang sind besonders die der Zukunft zugewandten Schlußfolgerungen der RGW-Tagung zu erwähnen. Was kann man da feststellen?

Die Chefdelegierten der RGW-Länder haben Generalabkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und weitgehenden wirtschaftlichen Verwendung der Mikroprozessortechnik unterzeichnet; ferner bei der Entwicklung und Organisation einer spezialisierten und kooperierten Erzeugung von Industrierobotern. Die Tagung hat das Programm für die Arbeiten an Mikroprozessoren und für die Zusammenarbeit an der Robotertechnik gutgeheißen. Es sieht gemeinsame Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten vor sowie die Organisation einer spezialisierten Serienfertigung automatischer und technologischer Komplexe von Maschinen, Apparaten und Steuerungssystemen, die mit modernsten elektronischen Mitteln ausgerüstet sein sollen. Eine Reihe anderer Beschlüsse bezweckt die Forcierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in allen Gliederungen der Volkswirtschaft.

Man kann folgendes sagen: Die sozialistischen Länder orientieren sich auf die modernste Technologie, auf eine Zusammenfassung der Möglichkeiten zur Lösung dieser Aufgabe und auf eine rationelle Teilung und somit Zusammenfassung der Arbeit in Richtung auf ein qualitativ neues Entwicklungsniveau der Wirtschaft der einzelnen Länder.

In gewissem Sinne war das Leitmotiv bei der Einstellung der Tagungsteilnehmer zum Ausbau ihrer Zusammenarbeit der Gedanke, daß die sozialistische Wirtschaftsintegration vertieft werden soll. Die sozialistischen Länder haben bei der Förderung der Integration schon viel geleistet. Hierauf gestützt, wollen sie jetzt weitergehen. Die Praxis verlangt von ihnen, daß sie die Koordination ihrer Pläne durch eine Abstimmung ihrer gesamten Wirtschaftspolitik ergänzen. An der Tagesordnung ist z. B. eine strukturelle Annäherung der Wirtschaftsmechanismen, ein weiterer Ausbau der Direktverbindungen zwischen Mini-

sterien, Vereinigungen und Betrieben, die an der Kooperation beteiligt sind, die Gründung gemeinsamer Firmen usw. Von alledem wurde konkret auf der RGW-Tagung gesprochen, als über das Projekt zum Programm für die Koordinierung der Wirtschaftspläne der RGW-Länder für 1986–1990 debattiert wurde.

Spricht man von der Fortentwicklung der sozialistischen Wirtschaftsintegration, so kann man nicht unerwähnt lassen, daß auf der RGW-Tagung Fragen einen wichtigen Raum einnahmen, die die in der UdSSR angelaufene Ausführung des Nahrungsmittelprogramms der Sowjetunion im Zeitraum bis 1990 betreffen.

Es stimmt natürlich, daß die im Programm gesteckten Ziele laut Plan größtenteils mit eigenen Ressourcen der UdSSR erreicht werden sollen. Indessen schalten sich auch die anderen RGW-Länder ein. Selbstverständlich handelt es sich nicht um Spenden, sondern um eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit bei der praktischen Meisterung moderner Technologien. Wie Nikolai Tichonow, der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, auf der Tagung sagte, ist die Sowjetunion auch daran interessiert, daß Länder, die gute Erfahrungen in der Verarbeitung von Fleisch, Milch, Gemüse, Zuckerrüben und Ölfrüchten, in der Erzeugung von Kraftfutter, im Bau und in der Bewirtschaftung von Kühlhäusern, Speichern, Silos, Großmühlen und -bäckereien besitzen, sich am Bau und an der Modernisierung der einschlägigen Objekte in der UdSSR beteiligen.

Für die Zusammenarbeit bietet sich also ein weites Feld. Fast in allen Gliederungen des Agrar- und Industriekomplexes ist die Anbahnung von Geschäftsverbindungen möglich. Sie werden bestimmt für alle Beteiligten von Vorteil sein, und nicht erst irgendwann, sondern schon jetzt, bei Beginn der Ausführung des Nahrungsmittelprogramms.

Es versteht sich, daß die Ergebnisse der RGW-Tagung vor allem eine Antwort auf die eigenen Probleme der sozialistischen Länder sind. Überlegt man sich die Tagungsbeschlüsse über laufende und perspektivische Aufgaben der sozialistischen Staaten, so kann man nicht übersehen, daß aus ihnen die feste Gewißheit spricht, daß die sozialistische Ländergemeinschaft den großen Aufgaben gewachsen ist, die in der sozialistischen Welt an der Tagesordnung sind. Zugleich aber sind die Tagungsbeschlüsse eine Antwort an diejenigen kurzichtigen Kreise in den USA, die sich in der Hoffnung wiegen, ein Boykott oder eine Einengung der

Geschäftsverbindungen zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt werde die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Staaten stoppen.

Als sich die sozialistische Ländergemeinschaft erst bildete, wurde sie vom Westen schwer diskriminiert. Damals gab es eine lange Liste von Waren, die nicht in die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten exportiert werden durften. Die Regierung Reagan scheint in diese Liste hineinzuschließen, wenn sie ihre Bündnispartner zu überreden sucht, die Wirtschaftsverbindungen mit dem Osten zu drosseln.

Natürlich wäre es viel nützlicher, wenn sich Washington die Resultate der wirtschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Staaten etwas genauer ansähe. Dann würde es leicht entdecken, daß die sozialistischen Länder trotz der Politik der Boykotte, Sanktionen usw. eine kräftige Wirtschaft aufgebaut haben, die heute schwierigsten Aufgaben gewachsen ist. Wir betonen: beliebigen Wirtschaftsaufgaben, die den Möglichkeiten unserer Zeit entsprechen. Die Ergebnisse der RGW-Tagung zeigen eindringlich, daß diese Aufgaben sowohl im Rahmen der einzelnen sozialistischen Länder als auch mit Hilfe eines so effektiven Entwicklungsbeschleunigers bewältigt werden können, wie es die gemeinsamen Möglichkeiten und Bemühungen aller sozialistischen Bruderstaaten sind.

Auf der RGW-Tagung erklärte Nikolai Tichonow nachdrücklich: „Die Erfahrungen der letzten Jahre veranlassen die sozialistischen Länder, sich um eine noch größere Geschlossenheit, um eine Stärkung ihrer technischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu bemühen. Wir meinen damit keine Geschlossenheit, die zur Isolierung von der Weltwirtschaft und zu einer verstärkten Konfrontation führen würde. Wir sprechen von einer Geschlossenheit, die feste und rechtsgleiche Wirtschaftsverbindungen sichert, als Antwort auf die Versuche, eine diskriminierende und diktierende Politik zu betreiben.“

Eine Isolierungspolitik liegt den sozialistischen Ländern fern. Sie hatten und haben nicht die Absicht, die Geschäftsbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten einzustellen. Die sozialistischen Länder schätzen rechtsgleiche, wechselseitig vorteilhafte Verbindungen. Solche Verbindungen dürften die kapitalistischen Länder nicht weniger als die sozialistischen interessieren.

In gewissem Grade scheint sich das in den Ergebnissen des Versailler Treffens der kapitalistischen Sieben

Zu den Ergebnissen der 36. RGW-Tagung

zu äußern. Das Signal des US-Präsidenten und seines Anhangs zu einem Handels- und Wirtschaftskrieg gegen die sozialistische Welt scheint bei denen, an die es sich richtete, alles andere als Begeisterung erweckt zu haben. Reagans Gesprächspartner in Versailles scheinen besser als er zu erkennen, daß ein solcher Wirtschaftskrieg sehr leicht auf die Wirtschaft der kapitalistischen Länder zurückschlagen kann, die ohnehin unter einer Krise leidet.

Auch von der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nimmt die sozialistische Welt, wie die Ergebnisse der RGW-Tagung zeigen, keinen Abstand. Voriges Jahr leisteten die RGW-Länder 92 Entwicklungsländern wirtschaftliche und technische Hilfe. Dieser Kurs wird auch weiter gehalten. Es steht zu erwarten, daß die Geschäftsverbindungen mit den Entwicklungsländern in den kommenden Jahren noch ersprießlicher sein werden, u. zw. dank den Beschlüssen der RGW-Tagung über eine Perfektionierung der Arbeit am vielseitigen Zusammenwirken mit den Entwicklungsstaaten.

Gewiß, die RGW-Tagung und ihre Schlußfolgerungen betreffen vor allem die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Länder. Zugleich aber zeugen ihre Ergebnisse aufs nachdrücklichste davon, daß die sozialistischen Länder in der jetzigen unruhigen internationalen Lage unverwandt auf eine Erfüllung friedlicher, konstruktiver Aufgaben orientiert sind.

Bedingt ist das durch die grundsätzliche Friedenspolitik der sozialistischen Länder, durch ihre Geschlossenheit, zu erreichen, daß die Kriegsgefahr gebannt wird, durch ihren Glauben daran, daß die Kräfte des Friedens und der Vernunft imstande sind, die internationale Spannung zu beheben, das politische Klima zu sanieren und die internationale Sicherheit zu festigen.

Die 36. RGW-Tagung stand hauptsächlich im Zeichen der Überzeugung, daß man gegen die Kräfte der Reaktion und des Kriegs einen unübersteigbaren Wall aufrichten und sich bei gebührender Aufmerksamkeit für den Schutz des friedlichen Schaffens der sozialistischen Völker auf die konstruktiven Aufgaben konzentrieren kann.

UNTER SIRENENGEHEUL

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Nach Washington zurückgekehrt, beeilten sich Reagans Berater mitzutellen, dessen Europareise sei „sehr erfolgreich“ verlaufen. Der Präsident selbst gab zu verstehen, daß er, obgleich auch „einige Demonstrationen“ seinen Weg gekreuzt hätten, doch insgesamt überzeugt sei, daß „Amerika viele Freunde in der Welt hat“.

Vielleicht sah das aus dem fensterlosen „NATO-Saal“ im Bundeskanzleramt, wo hinter verschlossenen Türen die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikblocks konferierten, auch so aus. Vielleicht aber sollte die Öffentlichkeit so darauf vorbereitet werden, die Europareise des US-Präsidenten als „historisch“ zu werten.

Präsident Reagans erste Europareise war tatsächlich herausragend — doch in einem ganz anderen Sinn. So wurden die Sicherheitsvorkehrungen für Reagan und dessen NATO-Kollegen, wie Bonns Polizeipräsident eingestand, ... die bisher größte polizeiliche Operation in der Bundeshauptstadt.

Sicherheitskräfte standen buchstäblich hinter jedem Baum, jeweils 5 bis 6 Mann. Insgesamt wurden 17 000 Polizisten aufgeboten. Der Einsatzbefehl der Polizei war 110 Seiten dick.

Nichtsdestoweniger konnte nicht alles vorausgesehen werden: Während Reagans Rede im Bundestag heulten plötzlich unweit Luftschuttsirenen auf. Total verwirrt, versuchten die Sicherheitskräfte, den unerwünschten Lärm zu beseitigen, doch gelang ihnen das weitaus nicht gleich. Nacheinander heulten verschiedene Sirenen eine ganze Stunde lang. Gegen Abend wurde im Büro einer Nachrichtenagentur ein Zettel gefunden, aus dem hervorging, daß Mitglieder einer Gruppe, die sich „Sirenen für den Frieden“ nennt, für diese „Störung“ verantwortlich waren. Wie der „General-Anzeiger“ schrieb, habe die Gruppe „mit dem Sirenengeheul ... Alarm schlagen wollen, denn Reagan und seine Regierung bedeuteten Kriegsgefahr“.

Jene Demonstrationen, die der US-Präsident nach seiner Rückkehr erwähnte, waren in Wirklichkeit riesige Friedensmärsche. In Rom beteiligten sich daran 300 000 Menschen,

in London 230 000 und in Westberlin 100 000. In Bonn fand am 10. Juni die größte Demonstration in der Geschichte der BRD mit 400 000 Teilnehmern statt. An die 2000 politische, gesellschaftliche und religiöse Organisationen hatten zur Teilnahme aufgerufen.

„Aufstehen für den Frieden! Keine Atomraketen in Europa!“ — das war die Hauptforderung ihrer Teilnehmer, die sich auf dem rechten Rheinufer gegenüber dem Regierungsviertel, wo die NATO-Konferenz tagte, versammelten.

Vor seinem Abflug nach Europa hatte Reagan in einem Fernsehinterview mit gespielter Befremdung gesagt, er sei neugierig auf die Leute, die glauben, daß „ich eine Bedrohung des Friedens darstelle“. Wenn ihm tatsächlich an einer Begegnung mit ihnen gelegen wäre, hätte er genug Möglichkeiten dazu gehabt. In Wirklichkeit aber war es gerade eines der Ziele von Reagans Europareise, zu versuchen, die Meinung, die sich bei weiten Kreisen der europäischen Öffentlichkeit über die derzeitige Administration gebildet hat, zu ändern.

Wie sieht diese Meinung aus? Das

Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ brachte zum Präsidentenbesuch einen langen Artikel unter der Überschrift „Der unliebsame Gast“.

„Ronald Reagan ist in den Augen vieler Europäer vor allem ein Mann zum Fürchten, der erste Nachkriegspräsident der USA, dem manche wirklich zutrauen, ... daß er jenen letzten, entscheidenden Schritt in Richtung auf den Abgrund, den dritten totalen Weltkrieg gehen könnte“, schreibt das Nachrichtenmagazin. „Wenn denn seine Europareise zum Horrortrip wird, — er hat auch selbst dazu beigetragen: 1,6 Billionen Dollar will er in den kommenden fünf Jahren in Amerikas Rüstung pulvern. An die Spitze seiner Abrüstungsbehörde setzte er zwei der militantesten Aufrüster. Er und seine wichtigsten Mitarbeiter und Minister behaupteten, ein Atomkrieg lasse sich begrenzen, auch ein unbegrenzter noch gewinnen, redeten von einem atomaren Warnschuß über Europa...“

Verständlich, wie schwer die Aufgabe des Präsidenten und seiner Mannschaft war, Washingtons Bild bei den Europäern aufzupolieren. Schwer und kaum erfüllbar.

In seiner Rede vor dem Bundestag erbot sich der Präsident, eine Demonstration der Friedensbewegung sogar zu leiten, und rief zum Bau eines „Doms des Friedens“ auf. Doch sogleich präsentierte er die Modernisierung der amerikanischen Armee, die „Opfer von den US-Bürgern“ fordert, und verlangte eine

WÜRDIGER EMPFANG

Das hatte Westberlin noch nicht gesehen. Dichte Kolonnen von Demonstranten bewegten sich stundenlang durch das Stadtzentrum. Ganze Familien, mit kleinen Kindern, marschierten. Schulter an Schulter schritten Arbeitnehmer, Studenten und Hausfrauen. Auch ausländische Arbeiter — Türken, Italiener, Iraner und Araber — beteiligten sich. Sie alle vereinte der gemeinsame Willen, einen neuen Krieg zu verhüten und entschiedenen Protest gegen die Pläne für eine Stationierung neuer US-Atomraketen in Westeuropa zu bekunden. Auf den Aufruf von mehr als 190 Organisationen gingen am 10. Juni, am Vorabend des Westberlin-Besuchs von USA-Präsident Ronald Reagan, über 100 000 Einwohner auf die Straße.

Die Demonstranten trugen Spruchbänder: „Nein zu den NATO-Raketen!“, „Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge annehmen!“ und „Reagan, verschwinde und vergiß dabei deine Raketen nicht.“

Auch die Behörden Westberlins hatten sich auf den Besuch vorbereitet. Kolonnen von Polizeiautos rasten mit Sirenengeheul durch die Straßen. Polizisten entfernten gegen den US-Imperialismus gerichtete Lösungen von Hauswänden. Mehrere Absperrungsketten umgaben Schloß Charlottenburg: Auf der Grünfläche davor sollte Reagan sprechen. Dorthin konnten nur Zuverlässige gelangen, zudem noch mit Sonderpassierschein.

Reagan hatte es eilig. Sein ganzer Besuch dauerte ca. drei Stunden, weniger als im Programm vorgesehen. Mit einem US-Militärhubschrauber wurde Reagan zum Schloß Charlottenburg geflogen, wo er eine Rede hielt.

Auf den sechs Seiten, die die Journalisten verteilten, Rede Reagans findet man fast in jedem Absatz Worte von Frieden, Freiheit und Menschenrechten. Doch die Rolle eines „Friedensstifters“, in der der US-Präsident in Westberlin aufzutreten gedachte, ge-

verstärkte Aufrüstung auch von den NATO-Verbündeten.

Trotz der Festtagsatmosphäre, die die Führer der Bonner Regierung und der christlich-demokratischen Opposition um den US-Präsidenten zu verbreiten suchten, stimmten einige SPD-Abgeordnete demonstrativ nicht in den Beifall zu Reagans Rede ein und blieben, als sich die meisten Abgeordneten zur Begrüßung des US-Präsidenten erhoben, sitzen. An die 20 SPD-Abgeordnete blieben der Rede überhaupt fern.

Am Tag nach Abschluß des NATO-Gipfels wurde die „Bonner Erklärung“ veröffentlicht — neben Friedensrhetorik ein militaristischer Inhalt.

In dieser Erklärung wird der Sowjetunion massive Aufrüstung vorgeworfen, werden mit keinem Wort die hoch bedeutsamen sowjetischen Initiativen für einen Abbau der militärischen Konfrontation erwähnt. Obgleich der US-Druck auf die Verbündeten, um diese zu einer Drosselung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR zu drängen, keine volle Wirkung zeigte, fand er doch seinen Niederschlag in der Erklärung. Dort heißt es, daß in Zukunft die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern den „Sicherheitsinteressen“ des Westens gerecht werden müsse.

Einige Gipfelteilnehmer hatten gemeint, als Schlußdokument werde nur diese allgemeine Erklärung über Prinzipien und Ziele der NATO ver-

öffentlicht, doch beharrten die Amerikaner darauf, daß der Erklärung zwei Zusatzpapiere angehängt wurden. In einem von ihnen wurden erneut, jetzt bereits als NATO-Dokument, „Abrüstungsinitiativen“ des US-Präsidenten dargelegt, die nach allgemeiner Auffassung Washington die militärische Überlegenheit geben sollen. Hier findet sich ebenfalls eine Bekräftigung des NATO-Beschlusses über die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. (In einer Fußnote meldet Griechenland Einwände an.)

Das zweite Zusatzpapier galt dem NATO-Rüstungsprogramm. In ihm wurde die „absolute Notwendigkeit“ weiterer Rüstungsanstrengungen betont. Die Aufgabe wurde gestellt, das NATO-Langzeitprogramm noch intensiver zur „Erhöhung“ der „gesamten Verteidigungsfähigkeit“ fortzusetzen. Ferner ging es um mögliche Aktionen von NATO-Mitgliedern außerhalb des NATO-Gebiets, wenn ihre „lebenswichtigen Interessen bedroht“ seien.

Die herrschenden Kreise der westeuropäischen Länder, darunter der BRD, waren bemüht, Washington gegenüber Loyalität zu demonstrieren und ihre Bündnistreue zu bekräftigen. Doch das ändert nichts daran, daß auch auf Regierungsebene ernsthafte Differenzen zutage traten —

manchmal offen, manchmal verdeckt.

Und das meinen bürgerliche Zeitungen bereits nach dem Bonner Treffen, das die NATO-Propaganda als „harmonisch“ hinstellte. „... daß trotz der Einigung auf den Begriff ‚wirkliche Entspannung‘, um den es intern lange Diskussionen gab, die unterschiedlichen Ansichten darüber nicht zu überwinden sind, ob die Entspannungspolitik fortgesetzt oder aufgegeben werden solle“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“.

Abschließend die „Süddeutsche Zeitung“: „Der in der Bundesrepublik bei vielen auch heute noch nicht ausgeräumte Verdacht, die militärische Aufrüstung Amerikas stelle für die deutschen Interessen weit mehr eine Gefahr dar, als einen Schutz, ist somit zum Hintergrund vieler deutsch-amerikanischer Reibereien geworden.“

Der Präsident hat seine Westeuropatournee beendet, das Treffen der Sieben in Versailles und der NATO-Gipfel sind vorüber. Die Ergebnisse dieser Treffen sind unterschiedlich, doch das eine ist mehr als deutlich geworden: Die schwere Vertrauenskrise zwischen den westeuropäischen NATO-Verbündeten und den USA konnte nicht überwunden werden.

Bonn, 14. Juni



lang ihm nicht. Seine Rede war voller verleumderischer Ausfälle gegen die Sowjetunion, die DDR und Polen.

Offenbar sollte eine „neue Berliner Initiative“ Hauptnummer in der Politshow vor dem Schloß Charlottenburg werden. Schon der erste Blick zeigt da, daß es um einen weiteren Versuch der USA geht, einseitige militärische Vorteile für sich herauszuschlagen. Im Grunde ist das Ganze nur eine Ansamm-

Mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeln ging die Polizei gegen Zehntausende Westberliner vor, die am 11. Juni auf die Straße gingen, um gegen die aggressive Politik Washingtons und der NATO zu demonstrieren.

Telefoto: ADN—TASS

lung alter Vorschläge Washingtons zur Veränderung der bestehenden unge-

fähren militärischen Parität zugunsten der USA und der NATO bei gleichzeitigen Lippenbekenntnissen zu Frieden und Abrüstung.

Bei dem Blitzbesuch in Westberlin wollten die USA außerdem ihre Haltung zum Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 demonstrieren. Der Präsident versicherte die „Treue“ der USA zu diesem Abkommen. Doch in Wirklichkeit versuchte Reagan offenbar, in Westberlin wieder eine „Frontstadt“-Atmosphäre zu schaffen und es in ein Sprungbrett für feindselige Attacken gegen die sozialistischen Länder zu verwandeln.

Es fiel auf, daß sich zusammen mit Reagan BRD-Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher in Westberlin aufhielten. Die weitere Demonstration der „Präsenz“ der BRD, eine direkte Verletzung des Vierseitigen Abkommens, demonstrierte die wahre Haltung der NATO-Verbündeten zu dem Abkommen.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Westberlin

GEPEINIGT, DOCH NICHT GEBROCHEN

Die Aggression Israels in Libanon dauert an. Trotz der bekanntgegebenen Feuereinstellung kämpfen die Israelis weiter gegen die Libanesen und Palästinenser. Die Panzer des Invasors stießen in wenigen Tagen über 80 km weit ins libanesische Territorium vor und erreichten die südlichen Vororte Beiruts an der Mittelmeerküste sowie die internationale Autobahn Beirut-Damaskus. Die israelischen Panzer bezogen Stellung im Beiruter Vorort Baabda, wo sich der Palast des libanesischen Präsidenten befindet.

Die von Tel Aviv genau vorbereitete Operation zur Eroberung Libanons, die am 6. Juni eingeleitet wurde, entwickelte sich gar nicht so reibungslos, wie der Aggressor gehofft hatte. Das tiefe Eindringen des Aggressors ins libanesische Territorium wurde vor allem deshalb möglich, weil die gut ausgebildete und bewaffnete reguläre Armee Israels eine kolossale mengenmäßige und technische Überlegenheit hat über die im Grunde partisanenhaft organisierten Kräfte des palästinensischen Widerstandes und der nationalpatriotischen libanesischen Parteien.

Mehrmals war ich in Gefechtsstellungen dieser Kräfte und sprach mit den Kämpfern. So wurde der befestigte Punkt der Patrioten Dorf Taibé, der jetzt von den Israelis besetzt worden ist, von 20 oder 30 Mann mit einigen Maschinengewehren und Bazookas verteidigt. Es sind Männer von hervorragendem Mut, aber keine Berufsmilitärs, vielmehr libanesische Studenten und Lehrer, auch Palästinenser, die in Flüchtlingslagern in der Fremde aufgewachsen sind. Sie konnten wohl einen feindlichen Landetrupp zurückschlagen, eine überraschende Truppenbewegung des Feindes in der Reichweite ihres Feuers aufhalten, aber natürlich nicht eine Panzerbrigade zum Stehen bringen.

Und doch zeigten die Verteidiger Libanons — das bezeugen selbst westliche Korrespondenten, die bei weitem nicht mit ihnen sympathisieren — vom ersten Tag der Aggression an eine außerordentliche Ausdauer und großen Mut und gaben keine einzige Stellung, keinen Fußbreit Boden ohne Kämpfe auf. Wie die palästinensische Nachrichten-

agentur Wafa meldete, gehen jetzt in den von den Israelis besetzten Gebieten Partisanengruppen vor, die Menschen und Material des Feindes vernichten. Die Partisanen führten mehrere erfolgreiche Operationen bei Nabatiye und Zahrani durch, wo sie eine Gruppe von Okkupanten einkesselten. Das israelische Kommando muß schwere Verluste zugeben.

Den Okkupanten brennt der Boden unter den Füßen. Vielleicht deshalb stimmten sie der Feuereinstellung zu. Die Verluste der israelischen Armee betragen bereits viele Hunderte Tote und Verwundete sowie Hunderte Kampfmaschinen. Hätte sich Tel Aviv zur Okkupation des Westsektors von Beirut entschlossen, so hätte er dafür selbst im Erfolgsfall einen sehr teuren Preis zahlen müssen. Die eng bebauten, dichtbesiedelten Wohnviertel der Stadt mit ihren engen Gassen bieten nicht gerade den besten Raum für Panzermanöver. Zudem ist jedes Haus, jeder Ausgang in diesen Vierteln, wo sich die Hauptquartiere der palästinensischen und libanesischen politischen Organisationen befinden, eine Art Festung. Häufig mußte ich, wenn ich mich als Journalist dorthin begab, Schranken aus Sandsäcken überwinden und mich vor einer genauen, nicht übel bewaffneten Bewachung ausweisen.

Der Aggressor hat im Vorfeld der libanesischen Hauptstadt haltgemacht, jedoch sein laut und zynisch verkündetes Hauptziel — physische Vernichtung des palästinensischen Volkes — keineswegs aufgegeben. Tag und Nacht werfen die in der Luft herrschenden israelischen Flugzeuge Bomben auf das leidgeprüfte Beirut ab. Häuser stürzen ein, ganze Wohnviertel stehen in Flammen. Kassetten- und Kugelbomben aus den USA töten und verwunden Tausende zivile Einwohner, Libanesen wie auch Palästinenser. In einer Nachrichtensendung am Sonntag berichtete die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC über den Verstoß Israels gegen das Abkommen über die Feuereinstellung und kommentierte es dahingehend, daß Tel Aviv die Feuereinstellung benutzte, um seine Panzer an die libanesische Hauptstadt heranzuziehen. Der NBC-Korrespondent in Beirut meldete, daß

die Zahl der Opfer schon in die Tausende geht und daß es hauptsächlich friedliche Einwohner sind. Nach Angaben des State Department, auf die sich die „New York Times“ am 14. Juni berief, wurden in Beirut allein bis zu diesem Tag 10 000 Personen getötet bzw. verwundet.

Ich erinnere mich an die Zufahrtsstraße nach Beirut aus der Richtung Damaskus in den relativ unweit zurückliegenden friedlichen Tagen. Die Straße schlängelt sich durch die Berge und bricht dann zum Meer durch. Aus der Höhe bietet sich das Bild einer großen weißen Stadt, die mit ihren modernen Hochhäusern, gemütlichen Villen, dem malerischen Kai und dem Sandstrand einst als Touristenparadies, als eine Perle der östlichen Mittelmeerküste galt.

Heute ist der Himmel über der Stadt rauchgeschwärzt. Die südlichen Vororte, in denen die palästinensischen Flüchtlinge wohnten, werden durch Bomben und durch Beschuß von israelischen Schiffen aus dem Boden gleichgemacht. Auf der Straße wälzt sich der unendliche Strom gequälter, obdachloser Menschen dahin, die aus der Feuerhölle ostwärts flüchten, wo die syrischen Truppen aus den interarabischen Friedenskräften in Libanon stationiert sind. Auf einer Pressekonferenz in Beirut sagte der Leiter einer Delegation des Internationalen Rot-Kreuz-Komitees, daß 600 000 Libanesen auf der Flucht vor dem Aggressor ihre Heimstätten verlassen mußten. Die israelischen Luftpiraten erschießen die Flüchtlinge auf der Chaussee im Tiefflug, ohne Kinder oder Frauen zu schonen.

Die syrischen Fla-Schützen versuchten zwar, diesem Massenmord Einhalt zu gebieten, doch muß man berücksichtigen, daß die Unterbringung eines syrischen Truppen-



kontingents in Libanon von Anfang an nicht die Führung eines großangelegten Krieges unter ungünstigen Bedingungen, sondern die Aufrechterhaltung des Friedens im Lande bezweckte. Trotzdem wirkt sich die Präsenz der interarabischen Kräfte aus.

In einer Analyse der Lage am Ende der vorigen Woche schrieb die syrische „Al-Baath“, der Beschluß Israels über die Feuereinstellung wäre nicht gefaßt worden, wenn die Truppen der Palästinensischen Widerstandsbewegung und der syrischen Streitkräfte, wenn nicht die libanesischen Bevölkerung von Tyr, Saida, Nabatiye und anderen Städten und Siedlungen Südlibanons einen solchen Mut und eine solche Ausdauer gezeigt hätten. Obwohl die Invasoren schwere Verluste erlitten haben (schwerer als im Krieg 1973), haben sie, wie die Zeitung schrieb, die Hauptaufgaben, die den israelischen Invasionskräften gestellt worden waren, nicht erreicht. Die bis an die Zähne mit neuesten US-Waffen ausgerüstete 120 000-Mann-Armee konnte weder die Palästinensische Widerstandsbewegung liquidieren noch Beirut nehmen, noch die syrischen Truppen aus Libanon verdrängen. Davon hatten nämlich die Tel-Aviver Falken geträumt. Was Syrien betreffe, schreibt die „Al-Baath“, so habe es der Feuereinstellung nur unter der Bedingung zugestimmt, daß alle israelischen Truppen aus ganz Libanon zurückgezogen werden. Früher oder später würden die Besatzer von dort abziehen müssen, auf diesem Boden würden sie nie ruhig leben können, und niemals werde man ihnen die Tausende Toten und die Zerstörung des ganzen Landes verzeihen.

Das libanesisches und das palästinensische Volk leiden schwer, sind aber ungebrochen. Angesichts ihres heldenhaften Widerstands, ihrer kolossalen Opfer wirkt die Position einiger arabischer Hauptstädte, die sich bis jetzt auf rein verbale Verurteilung des Aggressors beschränkt haben, befremdend. Um so gewichtiger war die am Abend des 14. Juni aus Moskau durchgegebene Erklärung der Sowjetregierung: Die UdSSR setzt sich nicht in Worten, sondern in der Tat für die Araber ein und wirkt darauf hin, daß der Aggressor Libanon verläßt und daß die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates erfüllt werden. Das ist die Schlüsselfrage. Die erste Mahnung Moskaus an Tel Aviv wurde von den Verteidigern der palästinensischen Revolution und der libanesischen Souveränität als rechtzeitige und begeisternde Unterstützung ihres gerechten Kampfes aufgenommen.

W. SCHELEPIN

NZ

STANDPUNKT

DIE RECHNUNG FÜR LIBANON

Haben die israelischen Invasoren viele Tausende friedliche Menschen zum Tod verdammt, die Moslemviertel von Beirut und viele südlibanesischen Städte in Trümmer gelegt, nur um den „palästinensischen Faktor“ aus der Nahostpolitik auszuschließen? In der Hitze der Aktion wurden mitunter sogar geheime Absichten ausgeplaudert. Kein anderer als Begin konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Chef der südlibanesischen Separatisten Major Khaddad in die eben erst eroberte Kreuzfahrerkastelle Château de Beaufort zu bringen. „Beaufort gehört dir, ich schenke es dir“, rief der israelische Ministerpräsident, der sich wohl als mittelalterlicher Lehnsherr fühlte, der seine Vasallen mit eroberten Burgen beschenkt.

Ja, ein Eroberungszug ist das. Man hat ihn wohl nicht zufällig zum 15. Jahrestag der Aggression von 1967, als Israel ausgedehnte arabische Gebiete okkupierte, gestartet. Heute setzen sich seine Truppen nicht nur auf den Golan-Höhen, am Westufer des Jordan und im Ghaza-Sektor fest, sondern auch an den Brandstätten in den Vororten Beiruts. Tel Aviv freut sich über die Verheerung Libanons und hofft, daß dieses Land nie mehr aus den Trümmern wiederaufstehen und die Rolle des Finanzzentrums des Nahen Ostens beanspruchen wird. Auf diese Rolle reflektiert Israel selbst. Der berüchtigte zionistische Plan von „Großisrael“ bedeutet ja etwas Umfassenderes als nur das Netz von „Wehrdörfern“ in der Wüste, nämlich auch die faktische Kontrolle über die militärpolitische Situation und die Naturreichtümer (Erdöl!) im ganzen Raum nicht einmal „vom Nil bis zum Euphrat“, sondern vom Indik bis zum Atlantik.

Gewiß, in den USA steht man zu diesen Präntationen des „strategischen Verbündeten“ nicht eindeutig. Dort befürchtet man, daß der antiarabische Eifer Tel Avivs der antisowjetischen Globalstrategie Washingtons schaden würde. Aber solche Zweifel werden immer mehr von dem Wunsch verdrängt, die gepanzerte Faust Israel im Nahen Osten zu benutzen. Die US-Imperialisten haben Israel schließlich nicht aus Wohltätigkeitsgründen mit modernen Waffen überschüttet. Vielmehr will man in Washington, daß die gepanzerte Faust im Rahmen des von der Reagan-Administration proklamierten „Kreuzzuges“ auch zuschlägt und der interventionistischen Eingreiftruppe der USA die Bahn ebnet. Nicht von ungefähr beeilte man sich in Washington, wie die Presse meldet, ein Szenario für die Stationierung „internationaler“ Kräfte unter Heranziehung immer derselben US-Kolonialtruppen nicht nur auf Sinai, sondern auch im Libanon auszuarbeiten.

Die Orientierung auf die israelischen Militaristen, die nicht einmal vor der Gefahr einer schicksalsschweren Destabilisierung der Weltlage haltmachen, verleiht der Nahostpolitik der USA besonders gefährlichen abenteuerlichen Charakter. Abenteuer sind ebendeshalb Abenteuer, weil sie die Augen vor langfristigen Folgen ihres Tuns verschließen. In diesem Fall scheint zwar vieles in Rechnung gezogen worden zu sein: die inneren Konflikte in Libanon, die durch Camp David und den irakisch-iranischen Krieg noch vertiefte Uneinigkeit der arabischen Staaten und schließlich der britisch-argentinische Krieg, der die Welt in Atem hielt.

Nur das Wichtigste wurde außer acht gelassen: die qualitative Wandlung im Selbstbewußtsein der arabischen Völker, die die erstarkende Solidarität aller Fortschrittskräfte genießen. Dabei hätte man diese Wandlung schon im Vorfrühling merken können, als die Massenstreiks der Palästinenser am Westufer einsetzten. Besonders kraß kam das stürmische Wachstum des politischen Selbstbewußtseins in jenem selbstlosen Heldenmut zum Ausdruck, den die palästinensischen Aufständischen und ihre Verbündeten in den gegenwärtigen Kämpfen gegen die israelischen Okkupanten an den Tag legten. Solche Beispiele hat es in der Geschichte der arabischen Völker lange nicht mehr gegeben. Folglich werden es diejenigen unter ihren Machthabern, die sich mehr von egoistischen Klassenbestrebungen leiten lassen, schwerer haben, sich aus dem Kampf gegen die israelische Expansion herauszuhalten. Folglich erstarkt die antiarabische Stimmung merklich. Die Amerikaner selbst sprechen über die Unvermeidlichkeit einer „weiteren Radikalisierung der arabischen Welt“, die um so akutere Formen annimmt, je grausamer die israelischen Militaristen handeln. Ihre Ausrottungspolitik gegenüber den Palästinensern wird zweifellos schließlich auch in Israel selbst eine Gärung hervorrufen und die Isolierung Tel Avivs in der Welt noch vertiefen. Also müssen der Aggressor und sein Gönner schon heute die Zeche bezahlen. Aber die Hauptrechnung ist noch nicht präsentiert worden.

Dmitri WOLSKI

UNTERSCHLAGENE VERLUSTE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Igor TITOW

Noch nie war der Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes auf den Britischen Inseln ein so umstrittenes Thema in der hiesigen Presse und von so machtvollen Protesten der Bevölkerung begleitet wie der Besuch von US-Präsident Ronald Reagan.

Dieser Tage glich der Grosvenor Square, wo sich das graue Betongebäude der US-Botschaft befindet, einer belagerten Festung. Tausende Polizisten versuchten mit Metallzäunen die Demonstranten zurückzuhalten, die gegen den US-Imperialismus gerichtete Plakate und Losungen mit sich führten. Der US-Botschaft wurde eine Petition an Präsident Reagan mit einem Protest gegen das von den USA angeführte Wettüben, gegen deren Nahost- und Lateinamerikapolitik überreicht, unterschrieben von mehr als 50 Par-

lamentsabgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären.

An dem Tag, als Reagan in Westminster zum „Kreuzzug“ gegen die sozialistischen Länder aufrief, fand unweit ein beispielloses „Festival für Frieden und Freiheit“ statt, organisiert von dem „Komitee für den Empfang Reagans“, das progressive Organisationen gebildet hatten. Ronald Hayward, Generalsekretär der Labour Party, richtete im Namen seiner Partei einen Brief, in dem der Kurs der US-Administration verurteilt wird, an Präsident Reagan.

Während Reagan im Park von Windsor ausritt und vor den Fernsehkameras lächelte, wobei er seine Friedensliebe beteuerte, begannen die von der US-Administration unterstützten israelischen Aggressoren eine Großinvasion in Libanon. Zur gleichen Zeit leitete an einem ande-

ren Punkt der Erde, im fernen Südatlantik, die britische Eingreiftruppe ebenfalls mit Unterstützung Washingtons die Operation zur Eroberung des Verwaltungszentrums der Falklandinseln (Malwinen) ein. Übrigens wurde die offizielle Bekanntgabe bedeutender Verluste der britischen Seite „aus operativen Erwägungen“ fast um eine Woche zurückgehalten.

Überhaupt hat das britische Verteidigungsministerium in letzter Zeit Meldungen über Mißerfolge so offenkundig verschwiegen oder zurückgehalten, daß hiesige Beobachter, darunter Vertreter von Massenmedien sowie Korrespondenten im Kampfgebiet, Empörung über die „Informationskontrolle“ und die harte Zensur der Militärbehörden äußern. Die Meldungen aus dem Südatlantik sind tatsächlich für die britischen Steuerzahler nicht sonderlich überzeugend. So große Raketenkreuzer wie die „Sheffield“, die „Coventry“, die „Ardent“, die „Antelope“, die Marinehilfsschiffe „Sir Galahad“ und „Sir Tristram“ sowie der riesige Containerfrachter „Atlantic Conveyor“ wurden versenkt. Nach

MIT JINGO AUF DEN LIPPEN

Nikolai CHMARA

Großbritanniens Regierungskreise wollen den Leuten über die Massenmedien einhämmern: Wir sind Opfer und führen deshalb einen gerechten Krieg zur „Befreiung“ der Falkland- (Malwinen-)Bewohner. Man könnte denken, diese Inselgruppe liege in der Themsemündung und nicht auf der anderen Seite der Erde. Die Tories stellen die Sache so hin, als seien die Inseln urzeitlicher britischer Boden und nicht ein einst von englischen Kolonisatoren besetztes fremdes Territorium.

Londons Presse vergoß häufig Tränen wegen des Zerfalls des Empires. Der „Sandy Telegraph“ schrieb, vor 80 Jahren sei die Weltkarte vor allem rot gewesen und habe das britische Empire mit seiner Fläche von 10,5 Mio Quadratmeilen gezeigt; England gehörte 63% allen Kolonialbesitzes Europas in jener Zeit. Heute, jammert die Zeitung, nennen sich nur noch ein paar Inseln bescheiden britisches Territorium. Trotz der Dekolonisierungsresolution der UNO wollen die reaktionären Kreise des Landes so ganz und gar nicht von den Überbleibseln der einzigen Machtfülle lassen.

Die wahren Ziele des „Falklandskriegs“ werden verschleiert, um den Engländern die Zustimmung zu dem neuen Kolonialabenteuer abzulisten. Die Empire-Ideologen wollen dem Volk einprägen, der Krieg der britischen Bourgeoisie sei ein Krieg der ganzen Nation. „Wir sind nun alle Falkländer“, titelte die Londoner „Times“. Und weiter: „Wir sind eine Inselrasse, und nun wurde eine unserer Inseln bewohnt von unseren Insulanern, angegriffen.“

Die Tories wollten die Volksmassen zum aktiven Kampf gegen Argentinien aufstacheln und sie um die Regierung scharen. Da es in der in antagonistische Klassen geteilten englischen Gesellschaft keine objektiven, sozialen Grundlagen für die Einheit der Nation gibt, wird die Hauptrolle dem Chauvinismus überlassen, genauer einer Abart, dem Jingo-Patriotismus.

Dieser Begriff entstammt einem einst populären chauvinistischen Song aus dem russisch-türkischen Krieg 1877–1878: „We don't want to fight, but by jingo if we do, we've got the ships, we've got the men, we've got the money too.“

Und dies verkündete die „Times“ bei der Entsendung der britischen Flotte zu den Falklands (Malwinen). „Aber wir haben noch immer eine der besten Flotten der Welt, einschließlich einer Reihe von Nuklear-U-Booten... Wir können Schaden zufügen.“

Solche Feststellungen prangten in allen britischen Blättern, und der Hurra-Patriotismus des Spießbürgers gab ein vielstimmiges Echo zurück. Sogar Kirchen mußten für kriegslüsterne Reden herhalten. In der St.-Paul-Kirche wurde eine „Falklandmesse“ zelebriert, wobei sich der Ex-Gouverneur der Inselgruppe Rex Hunt mit anfeuernden Worten an die Versammelten wandte.

Als in Portsmouth die britische Flotte in den Südatlantik verabschiedet wurde, konnte man in der Menschenmenge Transparente erblicken: „Britania rules OK!“ Viele stimmten das Lied „Britania rules the waves“ an.

Friedrich Engels hat seinerzeit den bürgerlichen „Patriotismus“ mit den Worten entlarvt: Nur bei einem Teil der großen Bourgeoisie, die mit diesem offiziellen Patriotismus Geschäfte macht, macht der offizielle Patriotismus noch Geschäfte.

Das alles wiederholt sich heute. Die Rüstungsmagnaten reiben sich die Hände angesichts erhöhter Aufträge und Profite. Seit Beginn des britisch-argentinischen Konflikts sind die Aktienkurse der Elektronik-

schweren Beschädigungen mußten der Raketenzerstörer „Glasgow“ und die Fregatte „Argonaut“ aus dem Eingriffsverband herausgelöst werden; beschädigt wurden die Raketkreuzer „Plymouth“ und „Glamorgan“. Die Gesamtzahl der Gefallenen und Verletzten liegt nach Meinung der „Financial Times“ offenbar bei über 1000.

Es gibt noch einen weiteren, nicht unbedeutenden Aspekt des Konflikts. Der britische Verteidigungsminister John Nott wick wiederholt der Frage aus, ob die Eingreiftruppe Kernwaffen mit sich führt. Er erklärte nur, die Kriegsschiffe trügen die „volle Waffenausrüstung“. Eigentlich verfügen Zerstörer und Fregatten der britischen Kriegsmarine, wie die Zeitung „Peace News“ schrieb, über nukleare U-Boot-Torpedos. Möglicherweise sind also die

„Sheffield“ und die „Conventry“ sowie die „Ardent“ und die „Antelope“ zusammen mit ihrer tödlichen Last gesunken.

Gegenwärtig wurde auf Initiative der argentinischen Seite eine Feuer-einstellung vereinbart, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Die Tories wollen die Unkosten des militärischen Abenteuers wie üblich wieder hereinholen, indem diese den Werktätigen aufgebürdet werden. Wie Biffen, Speaker des Unterhauses, dieser Tage erklärte, würden die Kosten des Konflikts offenbar hoch sein, doch könnten sie durch eine Streichung der Staatsausgaben (natürlich für soziale Zwecke) und erhöhte Steuern gedeckt werden.

Die Politiker machen sich jetzt Gedanken über die Zukunft. Die Labour Party teilt nicht die „optimistischen“ Pläne von Ministerpräsidentin Margaret Thatcher, die Inseln in eine wahre Festung zu verwandeln und deren abhängigen Status zu bewahren.

Wie der stellvertretende Vorsitzende der Labour Party, Denis Healey, in einem Interview für die britische Fernsehgesellschaft ATV erklärte,

würden zur Verteidigung der Inseln mindestens 5000 britische Soldaten, ganz zu schweigen von Kriegsschiffen, gebraucht. Auf jeden Inselbewohner würden dann je drei Tommies entfallen. Bei einer solchen Garnison dürften die Inselbewohner kaum zu ihrem früheren Leben zurückkehren können. Eine ähnliche Meinung vertrat der Moderator: Großbritannien werde die Versorgung der Inseln mit Lebensmitteln, Wasser und Brennstoff vollständig übernehmen sowie die Kommunikation und den Schulunterricht gewährleisten müssen. Bis zu dem bewaffneten Konflikt hatte das Argentinien getan. 250—400 Mio Pfund Sterling jährlich (!) werde das kosten.

Das Fehlen eines realen Ziels bei der gewaltsamen Rückeroberung der Inseln beunruhigt die Engländer.

„Wenn wir unseren Kindern und Enkeln erzählen werden, wie viele Menschen für eine Ortschaft mit dem Namen Port Stanley ihr Leben ließen“, schrieb der „Guardian“, „werden sie uns fragen: Warum?“

London, am 15. Juni



So kehren sie heim

Foto aus „Daily Mirror“
(Großbritannien)

und Maschinenbaufirmen, die das Expeditionskorps im Südatlantik ausrüsten, um 10% gestiegen. Prognosen von Börsenmaklern zufolge wird sich der Gewinn der Hersteller-gesellschaften von „Harrier“-Maschinen und Raketen wesentlich erhöhen.

Chauvinistisch ausgerichtet brachte die britische Regierung die Parole von der „Einheit der Nation“ auf, die anfangs auch in den Oppositions-

parteien Widerhall fand. Mit „Patriotismus“ werden Opferbereitschaft und „Heldentum“ aufgemutet. Der „Daily Express“ erinnerte an eine Äußerung Admiral Nelsons aus dem Jahre 1805: „England expects every man to do his duty.“ Die Medien verbreiteten eifrig die Meldung, sogar der Sohn von Königin Elisabeth, Prinz Andrew, sei als Hubschrauberpilot in diesen Krieg gezogen. Danach würde es nun bestimmt keiner mehr wagen, seinen Kopf nicht hinzuhalten.

Fast alle Zeitungen brachten das Foto eines englischen Piloten, der in den ersten Tagen dieses Krieges fiel. Und offenbar zur Beruhigung der Witwen und Waisen veröffentlichte der „Daily Telegraph“ einen Werbespot: Ein Soldat mit schußbereiter Waffe in Großaufnahme, darunter eine Frau mit Kind. Laut Reklame-text werde der Wohltätigkeitsfonds der Armee den Hinterbliebenen der Soldaten beispringen.

Man will bei den Engländern Haß gegen die Argentinier hervorrufen, die anrührig „Argies“ getauft werden. Unter „Argies“ ist die gesamte Bevölkerung Argentiniens zu verstehen. Zum Anheizen der Haßgefühle diente ein in den ersten Kriegstagen veröffentlichtes Foto von der Gefangennahme britischer Marineinfanteristen: Leibbesichtigung, Menschen mit dem Gesicht auf den Boden gepreßt und andere „Greuel“.

Vieldeutig waren auch Hinweise auf Gibraltar: „Wenn wir Falkland nicht verteidigen, werden wir auch

ruhig zusehen, wenn Spanien sich Gibraltar grapscht.“ Man will dem Spießbürger suggerieren, daß sein ganzes Land aus Inseln bestehe und der Verlust auch nur einer Insel den anderen nach sich ziehen könne.

Einen bedeutenden Raum in der chauvinistischen Propaganda nimmt das Hochjubeln der eigenen Nation und der militärischen Erfolge ein. Die trüben Wogen des Jingo-Patriotismus spülten sogar Erinnerungen an den Sieg bei Trafalgar hoch.

Den Jingo-Jubel will man mit Meldungen über die Unterstützung der britischen Aggression durch Washington verstärken. Die britische Presse ist voll von londonfreundlichen Äußerungen US-amerikanischer Politiker und ihren antiargentinischen Auslassungen.

All das ist von einer rückhaltlosen antisowjetischen Schimpfkanonade begleitet. Der „Daily Telegraph“ verstieg sich zu direkten Drohungen gegen die Sowjetunion: Moskau solle daran denken, daß ebenso wie Großbritannien mit Argentinien der Westen auch mit der UdSSR verfahren könne.

Hurra-Patriotismus und chauvinistischer Taumel sind gefährlich. Zusammen mit „militärischen Erfolgen“ könnten sie bei den herrschenden Kreisen die Illusion nähren, unbesiegbar zu sein und sich alles erlauben zu dürfen. Daraus erwächst eine Gefahr für den Weltfrieden.

STIMMENMANIPULATION

„An den Wahlen nahm möglicherweise 1 Million Menschen teil, was die kühnsten Erwartungen der Regierung übertraf und jegliche Vermutungen widerlegte, zu wenig Men-

ehrlichen Wahlen in der Landesgeschichte“ eine Fälschung waren, was in einem kürzlichen Bericht der Mittelamerikanischen Universität „Jose Simeón Cañas“ in San Salvador nachgewie-



schen würden in den Wahllokalen erscheinen und folglich werde man die Wahlergebnisse nicht für hinreichend repräsentativ erachten können. Die Wahlen schienen fair zu sein ... und waren ein großer Sieg des politischen Prozesses.“ Diesen Lobgesang auf die von den USA am 28. März in El Salvador inszenierte Wahlfarce stimmte die einflussreiche „Washington Post“ an. Auch führende Politiker der US-Administration lobten die Junta El Salvadors.

Doch jetzt stellte sich heraus, daß „die ersten

„Soweit ich verstehe, sind Sie aus dem Weißen Haus!“

Zeichnung aus:
„Philadelphia Inquirer“
(USA)

sen wird. Dort heißt es, daß nur halb soviel Salvadorianer an den Wahlen teilnahmen wie von der Junta bekanntgegeben wurde. Die Schlußfolgerungen des Instituts lassen sich leicht zahlenmäßig belegen: Alle 4021 Wahllokale waren am 28. März durchschnittlich 8

Stunden geöffnet. Folglich könnten, wenn man für jeden Wähler zweieinhalb Minuten ansetzt (die Mindestzeit, um sich registrieren zu lassen, den Wahlzettel auszufüllen und ihn in die Urne zu stecken) höchstens 772 032 Stimmen abgegeben werden, d. h. die Hälfte der Stimmenzahl, die der Wahlrat bekanntgab.

Woher stammen nun die offiziellen Rekordmeldungen? Die Führer aller Rechtsparteien, die sich an den Wahlen vom 28. März beteiligten, vereinbarten, um den Anschein einer hohen Wahlbeteiligung zu erwecken, ihre Stimmenzahl zu verdoppeln, wobei gentlemanlike das prozentuale Verhältnis der für jede Partei abgegebenen Stimmen bewahrt werden sollte.

Dieser Kulissenschwindel zwischen den rechtsgerichteten Christdemokraten José Napoleón Duarte, dem Faschisten D'Aubuisson und den anderen Gruppierungen der Ultras sowie die Stimmenmanipulationen erfolgten der Nachrichtenagentur EFE zufolge mit Wissen der Reagan-Administration.

A. WLADIMIROW

BIS ZUM KOMMENDEN JAHR

Ein Tokioter Gericht verurteilte Ex-Verkehrsminister Hashimoto und den ehemaligen parlamentarischen Stellvertreter des Verkehrsministers, Sato, der übrigens immer noch Parlamentsabgeordneter ist, zu einer kurzen Haftstrafe.

Eine weitere Seite der langjährigen Affäre um den Luftfahrtkonzern Lockheed wurde aufgeschlagen, der für 3 Md. Yen namhafte Vertreter der Geschäftswelt und der Regierung, u. a. Ex-Premierminister Tanaka, bestach.

Hashimoto und Sato hatten das Lockheed-Schmiergeld über die Fluggesellschaft Zenniku erhalten (die 1972 Tristar-Flugzeuge von Lockheed kaufte). Der Sieg über die Konkurrenten kostete die Zenniku 30 Mio Yen, von denen nur ein Teil Hashimoto und Sato zukam. Das übrige Geld strichen der Vorsitzende des Luftfahrt-ausschusses der regierenden liberaldemokratischen Partei und der damalige Generalsekretär des Kabinetts, Nikaido, sowie besagter Tanaka ein.

Nikaido ist jetzt LDP-Generalsekretär und verwaltet die Parteikasse. Ihn

DER PLASTIKTOD

110:43 bei 3 Enthaltungen — das war das Ergebnis einer Abstimmung im Europäischen Parlament über ein Verbot des Einsatzes von Plastikugeln. Die überwiegende Mehrheit der Parlamentarier sprach sich gegen einen Einsatz dieser „humanen Waffe“ in Ulster aus.

Seit 1969 haben die britischen Truppen Gummikugeln in Nordirland eingesetzt. Das führte zum Tod von mindestens 6 Personen, viele erhielten schwere Verletzungen. Doch das war der Polizei noch nicht genug. Die Gummikugeln wurden durch Plastikugeln ersetzt. Die neue

„Qualität“ liegt auf der Hand: Durch Plastikugeln wurden bereits zumindest 8 Personen (anderen Angaben zufolge 11 Menschen) getötet, und die Zahl der Verletzten ist nicht abzusehen.

Wie Untersuchungen Belfaster Ärzte zeigten, durchschlagen Plastikugeln den Schädel häufiger als Gummikugeln. Ihr letztes Opfer wurde der 12jährige Steven McCoomy, der im April in Ulster ermordet wurde. Sein Tod war auch der Anlaß für die Debatte im Europäischen Parlament.

Doch in London denkt man gar nicht an ein Verbot. Die britischen Truppen würden auch in Zukunft Plastikugeln einsetzen, erklärte Nordirland-Minister Prior katego-

risch. Überdies könnten diese Kugeln in anderen Regionen eingesetzt werden. In die Presse sickerten Meldungen durch, daß nach den Massenunruhen in vielen Städten Großbritanniens im letzten Sommer 5000 derartige Kugeln bereits den Polizeikräften von England und Wales überlassen wurden.

Vielleicht ist also der Tag nicht fern, da nicht nur die „rebellischen“ nordirischen Katholiken die Durchschlagskraft der Plastikugeln am eigenen Leib erfahren werden.

W. KSENIN



nde Prozeß
als Schmier-
hindern
vor den
osieren.

„Mainichi“
(Japan)

kioter Staats-
Hinweis auf
nicht unter
en.

itionsparteien
ikaido solle
dazu aussa-
die LDP-Füh-
te das.

Urteil wur-
ation, da das
mals in den
ren seit Pro-
en Ex-Premier
eldempfänger

Allerdings
dieses Urteil
eineswegs auf
Tanakas als
geordnet
n Führer der
Fraktion aus-
Prozeß gegen
e Helfershel-

ckheid-Affäre
kommenden
hlossen sein.
re Verschie-
licht Tanaka,
maßnahmen zu
so mehr, als
e-Führung der
des Kabinetts
Ausgang des
hr besorgt ist.

nicht Tanaka,
wohl kaum an
b

MLETSCHIN

UNGE BETENER GAST

Die US-Atomfregatte „Truxtun“ wurde im Hafen von Wellington von einer ganzen Flottille kleiner Schiffe empfangen. Die Neuseeländer waren empört über diesen Besuch. Die Hafenarbeiter riefen einen 24stündigen Streik aus. Die Fährverbindung über die Cook-Bucht (zwischen der Nord- und der Südinsel) kam zum Erliegen. Dem Aufruf der Gewerkschaften folgend, gingen Hunderte Einwohner Wellingtons auf die Straße, um gegen den Besuch des US-Kriegsschiffes zu protestieren. Diese Visite stellt eine Verletzung des Beschlusses des Stadtrates dar, der die Hauptstadt Neuseelands zur kernwaffenfreien Zone erklärte.

Ganz anders führte sich der neuseeländische

Premier Muldoon auf: Er nannte den Beschluß des Stadtrates „sinnlos“. Man dürfe, tönte er, einen Verbündeten nicht vor den Kopf stoßen, der einen so gewaltigen Beitrag zur Verteidigung der Region leistet.

Gegen wen hat sich Muldoon eigentlich zu verteidigen? Die „Washington Post“ erläuterte: Der Premier führt einen unermüdlichen Kampf gegen die ... Russen, die angeblich Neuseeland bedrohen. Damit Muldoon keine Zweifel an einer „russischen Bedrohung“ kommen, werden aus Langley (dem CIA-Hauptquartier) in den USA ständig „amerikanische Geheimdokumente“ nach Wellington geschickt. Ihre Aufzählung, konstatierte das Blatt, „macht Eindruck“.

Doch die Neuseeländer verstehen offenbar, daß, wenn etwas ihr Land bedroht, es die nuklearen Sendboten der USA sind.

P. SUPRUN

UND SIE MARSCHIERTEN WEITER...

Als die 850 norwegischen Soldaten und Offiziere in den Nahen Osten zum Dienst in der in Libanon entsprechend einer Sicherheitsratsresolution stationierten Zeitweiligen UNO-Truppe (UNIFIL) abreisten, meinte kaum jemand von ihnen, es werde blutiger Ernst. Hatte ja Washington nach Abschluß des Abkommens von Camp David im Sommer 1978 erklärt, der Frieden im Nahen Osten sei für alle Zeiten gewährleistet.

In Oslo reagierte man unverzüglich. Der Ausschuß des norwegischen Storting, das den Friedensnobelpreis verleiht, erkor Begin und Sadat. Das US-Modell einer Nahost-„Regelung“ wurde auch offiziell unterstützt. Auch der kürzliche Regierungswechsel in Norwegen führte nicht zu einer veränderten Einschätzung der Nahostlage.

Heute aber herrscht in Oslo eine andere Stimmung. Die Regierung bekundete „große Besorgnis über die Lage“, die durch die israelische Libanon-Invasion entstanden ist. In einer Regierungserklärung wurde Israel als „Aggressor“ bezeichnet und der Abzug der israelischen Truppen verlangt.

Warum eine so heftige Reaktion? Ist ja der Überfall Tel Avivs auf Libanon ganz eindeutig eine Folge des Handels von Camp David.

Offenbar erklärt sie sich dadurch, daß die Truppen des „Nobelpreisträgers“ einfach ein UNIFIL-Bataillon der Norweger entwarfneten und dann einfach weitermarschierten...

D. KISSELJOW

ELEKTRONISCHER HORCHPOSTEN

Drei Jahre visierten NATO-Strategen die italienische Insel Pantelleria in der Bucht von Tunis an. Kürzlich meldete der „Messaggero“ (Rom), die NATO-Führung habe beschlossen, auf der Insel einen großen Luftstützpunkt zu errichten.

Pantelleria ist die Rolle eines elektronischen Horchpostens zugeordnet. Die NATO-Militärexperten wollen hier die Informationen von US-Spionagesatelliten und Radaranlagen in der Region „filtern“. Der gesamte Luftraum über dem Mittelmeer bis nach Nordafrika soll von hier aus kontrolliert werden.

Doch offenbar wurde dabei die Meinung der Italiener nicht berücksichtigt. Gegen die Pläne für den Bau eines US-Rakettenstützpunktes in Comiso auf Sizilien protestiert das ganze werktätige Italien. Jetzt geht es um Pantelleria.

I. KULIKOW



In den USA sind 120 Millionen Schußwaffen im Privatbesitz — je eine in jeder zweiten Familie. Jedes Jahr werden damit 13 500 Amerikaner umgebracht. 1800 Amerikaner kommen bei unvorsichtigem Umgang mit Schußwaffen um. Mit vorgehaltener Schußwaffe, deren Erwerb nicht sonderlich schwierig ist, werden Raubüberfälle und Vergewaltigungen ausgeführt.

In den USA wird schon seit langem verlangt, den Verkauf und den Privatbesitz von Schußwaffen unter Kontrolle zu stellen. Doch gibt es da nur wenig Hoffnung... Zu groß ist der Einfluß der Waffenfabrikanten in den Korridoren der Macht.

Diese von der Polizei beschlagnahmten Waffen sind nur ein kleiner Teil des Gangsterarsenals [oben]. Die Waffenfabrikanten bringen immer neue Modelle auf den Markt [unten].

Foto: „U. S. News and World Report“



AMERIKANISCHER DRUCK HÄLT AN

Genrich BASHENOW

Der Streit um das Geschäft des Jahrhunderts — das Abkommen über die Lieferung des sibirischen Gases nach Westeuropa — legt sich im Westen nicht.

Der stellvertretende US-Verteidigungsminister F. Ikle erklärte vor kurzem Senatoren gegenüber, die Administration sehe „in diesem Vorhaben eine Gefahr für die NATO-Einheit und einen Faktor der wirtschaftlichen Stärkung der Sowjetunion... Mag es etwas zu spät sein, aber uns bleibt noch eine Chance, die westlichen Mittel für das Pipeline-Projekt zu kürzen oder es durch etwas zu ersetzen.“

Zu spät, aber...

Unter der Verspätung versteht man in Washington wohl die Tatsache, daß sowjetische Außenhandelsorganisationen im Herbst 1981 und im Februar—März 1982 mit Banken der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und Österreichs Kreditabkommen über den Import von Ausrüstungen und Rohren sowie einen neuen großen Vertrag mit Mannesmann (BRD) über die Lieferung von 22 Verdichteranlagen für die sibirische Pipeline schlossen. Am Potomac weiß man, daß die Pipeline schon errichtet wird und daß dies durch keine Verbote des Weißen Hauses für die US-Firmen, Rohrlegekrane und Einzelteile zu Turbinen zu liefern, zu verhindern ist.

Die neue Ferngasleitung wird 5000 km lang sein. Ab 1984 werden über sie rd. 40 Md. m³ Gas zuerst vom Vorkommen Urengoi und dann vom Vorkommen Jamburg auf der Jamal-Halbinsel in die BRD, nach Frankreich, Italien, Österreich, später möglicherweise auch nach Belgien, in die Niederlande und die Schweiz transportiert werden. Entgegen den in den USA vertretenen Behauptungen, der Bau der Gasleitung werde „ausschließlich aus niedrig verzinsten Anleihen westeuropäischer Banken“ („New York Times“) finanziert, investieren die sowjetischen Stellen mindestens 3—4 Rubel je Dollar Importausrüstungen. erinnert sei, daß neben dieser Pipeline im 11. Planjahr fünf weitere 5 Pipelines zwischen Westsibirien und dem europäischen Zentrum der UdSSR verlegt werden.

Obwohl die Gewinnungskosten bei Gas seit Anfang der 60er bis Mitte der 70er Jahre auf das 4,5fache und

die Transportkosten auf das 1,4fache gestiegen sind, ist dieser Energieträger doch wirtschaftlicher als alle anderen. Der Transport von 1000 m³ Gas über eine Entfernung von 3000 km kostet nur die Hälfte des Transports einer Tonne Kohle über die gleiche Entfernung auf dem am billigsten kommenden Wasserweg. Nicht von ungefähr wuchs die Gesamtlänge der Hauptgasleitungen in der UdSSR in den letzten 30 Jahren auf das 60fache und ist heute schon länger als das gesamte westeuropäische Netz. Allein 1976 bis 1980 wurden in die sowjetische Gasindustrie rd. 20 Md. Rubel investiert. Diese Ausgaben rentieren sich rasch. Das wird auch bei dieser Export-Pipeline so sein: Nach westlichen Schätzungen wird die UdSSR für das sibirische Gas rd. 5—6 Md. Dollar jährlich erhalten, so daß sich der Devisenaufwand für die Verlegung der Pipeline in 3—4 Jahren bezahlt machen wird.

Auch für die westeuropäischen Gasempfänger sind die Investitionen in die sibirische Pipeline vorteilhaft: Sie werden die Quellen der Brennstoffversorgung diversifizieren und die Abhängigkeit von den USA-Monopolen lockern können, wenn auch gesagt werden muß, daß selbst unter Berücksichtigung der jüngsten Verträge die BRD, Frankreich und Italien ihren gesamten Brennstoffbedarf nur zu 5—6% aus dem sowjetischen Gas befriedigen werden.

Nicht nur Geschäft

Im Juli 1981 offerierte Washington den Westeuropäern seine Kohle statt des sowjetischen Gases. Die „Washington Post“ schrieb vor kurzem: „In den höchsten Gliederungen der USA-Administration wird das Gas-Rohre-Geschäft schon seit langem als Kriterium für die Haltung hochgestellter Beamter... zu den Grundprinzipien der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen betrachtet.“ Was beinhalten besagte „Prinzipien“? Das Blatt zitiert eine Äußerung des Vizepräsidenten der Nationalen Kohle-Assoziation der USA, aus der folgt, daß „das sowjetische Gas, sobald seine Lieferungen nach Westeuropa anlaufen, einer zusätzlichen Belieferung dieser Region mit 90 Mio t“ (amerikanischer) „Kohle gleichkommen wird“. Solche

Offenbarungen lassen doch denken, daß die Quertreibereien gegen das Gas-Rohre-Projekt vor allem durch schmalspurige Geschäftserwägungen bedingt sind.

Aber nicht nur. Besonders eifrig in ihren Versuchen, Maßnahmen durchzusetzen, die die Ausmaße des Pipeline-Projektes verringern oder das Bautempo verlangsamen könnten, sind die Washingtoner Falken. Es besteht somit die Allianz eines Teils des Big Business der USA, der an der weiteren Abhängigkeit Westeuropas von den amerikanischen Erdöl- und Kohlemagnaten interessiert ist, mit den militärpolitischen Spitzen der republikanischen Regierung. Diese Allianz kümmert sich nicht um die Energiesorgen der US-Verbündeten in Europa und nicht um die Interessen jener US-Geschäftskreise, die die reale Weltwirtschaftslage nüchtern beurteilen.

Infolge der Krise in der kapitalistischen Weltwirtschaft ging die Nachfrage nach Erdöl und anderen Treibstoffen in den letzten zwei Jahren stark zurück: Im vorigen Jahr z. B. verringerte sich der weltweite Erdölhandel um 14%. Der Verbrauch sinkt auch infolge von Sparmaßnahmen und des Einsatzes alternativer Energieträger (Kern-, Sonnen-, Windenergie u. a.). Aber den meisten Prognosen zufolge werden die Kohlenwasserstoffe bis Ende dieses Jahrhunderts vorherrschen, während der gegenwärtige Rückgang der Nachfrage nach Erdöl konjunkturbedingt ist.

Nach Expertenschätzungen der Internationalen Energieagentur (IEA), zu der die meisten kapitalistischen OECD-Industriestaaten gehören, wird deren Bedarf an Naturgas bis zum Jahr 2000 gegenüber 1980 um 38% steigen und rd. 1,2 Billionen m³ jährlich betragen. Die heute auf 13,5 Billionen m³ geschätzten nachgewiesenen Gasvorräte in den OECD-Ländern können sich bis 2000 vervierfachen. Trotzdem wird der wachsende Bedarf, wie in der IEA angenommen wird, aus dem Import aus Drittländern gedeckt werden.

Warum der „Polarstern“ nicht aufging

Wie sieht es in den USA selbst aus? Deckte der Import 1971 den Bedarf an Naturgas zu nur 4%, so war der Bedarf 1980 um 31% größer als die

eigene Naturgasgewinnung, und um 1990 werden die USA schätzungsweise 50% des benötigten Gases einführen müssen.

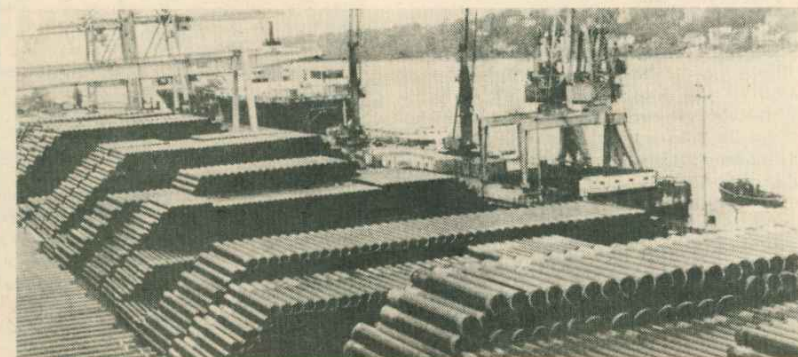
Das Interesse der USA an der Erschließung der sibirischen Gaslagerstätten verkörperte sich Anfang der 70er Jahre im Projekt „North Star“. Doch ist es über das Verhandlungsstadium nicht hinausgegangen. Warum?

Ursprünglich sah das Projekt ein sowjetisch-amerikanisches Kompensationsabkommen über die Erschließung des Gasvorkommens Urengoi und den Bau einer 3000-km-Rohrleitung bis Murmansk vor. Das gewonnene Naturgas (30 Md. m³ jährlich) sollte zur Verflüssigungsfabrik und dann in 20 Supertankern von je 125 000 BRT an die Ostküste der USA transportiert werden. Die Ausrüstungen sollten von US-Firmen kommen, und die UdSSR hätte die von ihnen gewährten Kredite aus dem Gasexport zurückgezahlt.

Aber die US-Banken konnten der UdSSR keine hinreichend hohen Kredite zur Finanzierung des Projekts ausreichen, weil 1974 der Kongreß diskriminierende Gesetze verabschiedete. Deshalb revidierten die US-Firmen das Projekt. Laut neuer Variante sollten die Ausrüstungen und Kredite aus Westeuropa kommen. Die Gesellschaft Gaz de France sollte den Bau der Gasverflüssigungsfabrik, Mannesmann die Lieferung von Rohren und Verdichteranlagen, die britische Brown und Root die von Rohrlegemaschinen übernehmen. Die US-Firmen aber hätten die Realisierung des Projektes koordiniert und zusammen mit der Gaz de France und britischen Banken die Ausrüstungslieferungen finanziert. Angesichts der Internationalisierung des Projektes sollten die Gaslieferungen im Laufe von 25 Jahren zwischen den USA und Frankreich (15 bzw. 5 Md. m³ jährlich) aufgeteilt werden.

Eine neue Partie Rohre aus der BRD für die sowjetischen Gasleitungen

Foto aus: „Newsweek“ (USA)



Das Bestreben der US-Firmen, die vom Kongreß errichteten Kredit-sperren zu umgehen, zeigte, daß sie das Projekt realisieren wollten. Aber im Zuge der Verhandlungen kam es zu Differenzen in Fragen wie der Auswahl der Trasse, dem Gaspreis und den Bedingungen des Seetransports. Überdies muteten die USA es der UdSSR zu, zuerst die Pipeline anzulegen, die Valutamittel für den Gasexport zu erhalten und erst danach die eigenen Energieprobleme zu lösen. Somit sollte die UdSSR der Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft viele Milliarden Rubel entziehen, um die USA mit Gas zu beliefern. Realen Nutzen vom Projekt „North Star“ hätte die UdSSR dann erst 8–10 Jahre nach Bauabschluß erwarten können.

„Einheitliche Kriterien“ auf amerikanisch

Selbstverständlich konnte die sowjetische Seite das nicht akzeptieren. Wie die sowjetischen Vertreter damals erklärten, ist der Devisenerlös aus dem Export nicht Selbstzweck, der UdSSR gehe es darum, komplex und mit maximalem volkswirtschaftlichem Effekt die eigene Energiebasis zu entwickeln. Einen Weg dazu hätte „North Star“ ebnen können, aber nur, wenn parallel mit dem Bau der Pipeline für den Gasexport in die USA im Lande neue Kapazitäten für die Produktion von Rohren, Ausrüstungen und Bautechnik zwecks Entwicklung der Gasindustrie angelegt worden wären. Das aber paßte den USA nicht, die nur auf langfristige sowjetische Gaslieferungen bedacht waren.

Anders gingen die westeuropäischen Länder an die Sache heran. Im Unterschied zum „Polarstern“ entsprach das Gas-Rohre-Projekt dem Hauptprinzip der Wirtschaftsbeziehungen: dem gegenseitigen Nutzen. Bei den Verhandlungen

stellten die westeuropäischen Partner keine im voraus unannehmbaren Bedingungen. Mehr noch, einige Länder zeigten Interesse daran, Ausrüstungen und Rohre auch für andere sowjetische Ferngasleitungen zu liefern, da sie ihre Verarbeitungsindustrie mit großen Aufträgen auslasten wollten. Nach inoffiziellen westlichen Schätzungen bedeutet der Bau der Pipeline aus Sibirien nach Westeuropa, daß bei westdeutschen Firmen Aufträge für rd. 4,5 Md. Dollar, bei französischen für 3,5 Md., bei niederländischen und italienischen für je eine Milliarde, bei belgischen für 800 Mio und bei japanischen für 600 Mio Dollar untergebracht werden. Die Zahlen sind berechtigt genug.

Auf dieser Liste hätten auch US-Gesellschaften stehen können. Heute überschlagen sie nur die Verluste, die sie Reagans „Sanktionen“ zu verdanken haben. Im Kongreß hat man ermittelt, daß die Verluste allein im letzten Halbjahr 850 Mio Dollar betrugen.

Über die Wirksamkeit der „Sanktionen“ sagte Ernest Johnston, stellvertretender Berater des Außenministers für Wirtschaft und Unternehmertum, vor kurzem in einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses: „Durch einseitige Maßnahmen der Exportkontrolle können wir nicht den Umfang der sowjetischen Energierprogramme nennenswert einschränken oder die Gewinnung von Energieträgern in der UdSSR verteuern.“ Also versucht Washington, die Realisierung des Gas-Rohre-Projektes durch harten Druck auf die NATO-Länder zu erschweren, wobei es ihnen „einheitliche politische Kriterien“ in punkto wirtschaftliche Ost-West-Beziehungen aufzwingt.

Die demagogischen Hinweise auf die Gefahr, die die Erhöhung des Energiepotentials der UdSSR angeblich für den Westen darstellt, sollen nur über die eigennützigen US-Pläne hinwegtäuschen, die Kontrolle über einen Großteil der Energieversorgung in der kapitalistischen Welt beizubehalten und eine Unterspülung der Positionen des amerikanischen Erdölimperiums nicht zuzulassen.

FREUNDSCHAFT SIEGT...

Am 9. Juni ging in Prag die XI. Generalversammlung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) zu Ende.

Noch vor der zweite Weltkrieg nicht beendet, noch führten die Soldaten der Freiheit ihren beispiellosen, heroischen Kampf, da dachten die Völker, die Jugend des Planeten bereits an die Zukunft, an den Frieden.

Und als im November 1945 Abgesandte verschiedener Länder in London zur Weltjugendkonferenz zusammenkamen, um den WBDJ zu gründen, war gerade das Wort, „Frieden“ das Wichtigste in dem Schwur, den sie im Namen der Jugend der ganzen Welt leisteten: „... Wir werden für die tiefe aufrichtige Freundschaft der Völker, für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen... Wir werden eine Welt errichten, die schön und frei sein wird.“ Diesem hohen Schwur waren alle Generationen junger Kämpfer für eine glückliche Zukunft, die jetzt bereits 37 Jahre unter dem Banner des WBDJ, der repräsentativsten internationalen Jugendorganisation, vereint sind, treu. Die sieben Junitage in Prag bestätigten das erneut überzeugend.

Mit Beifall nahmen die Forumsteilnehmer die an sie gerichtete Grußbotschaft Leonid Breschnews auf.

Im Rechenschaftsbericht des WBDJ-Exekutivkomitees hieß es, daß der Weltbund seit seiner vorhergehenden Generalversammlung eine Reihe praktischer Schritte un-

ternahm, um der militaristischen Politik des Imperialismus entgegenzuwirken sowie die Einheit und Geschlossenheit der Jugend im Kampf für den Frieden, für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt zu festigen. Das war eine Zeit angespannter Tätigkeit des Weltbundes, wichtiger Ereignisse und Aktionen in der internationalen Jugendbewegung. Der WBDJ tritt nach wie vor als Initiator für eine breite Zusammenarbeit der verschiedenen Jugendverbände im Friedenskampf ein. Im Bericht wurde ferner betont, daß der WBDJ voll und ganz die sowjetischen Friedensvorschläge unterstützt.

Boris Pastuchow, Leiter der Delegation der sowjetischen Jugend zur XI. Generalversammlung und erster Sekretär des ZK des Komsomol, sagte in seiner Rede:

„Wir sind stolz darauf, daß gerade von der Tribüne des Komsomolkongresses die neuen Friedensinitiativen unserer Heimat an die ganze Welt ergingen. Die Rede Leonid Breschnews auf dem XIX. Komsomolkongreß ist ein leidenschaftlicher Aufruf, das wahnsinnige Wettrennen zu beenden und den unersättlichen Moloch zu zügeln, der Millionen Menschen auf allen Kontinenten so viel Leid bringen kann. Der Beschluß des XIX. Komsomolkongresses über die Durchführung der Unionsaktion eines Friedensmarsches der sowjetischen Jugend, der zu einem festen Bestandteil der weltweiten Antikriegsoffensive der



Jugend wird, bringt den unbeugsamen Willen der sowjetischen Jugend zur Zügelung des Wettrennens zum Ausdruck.“

Die aufrichtige Sorge um den Frieden, das Streben, alles für seine Bewahrung und Festigung zu tun — das war das Leitmotiv sowohl der Reden auf den Plenarsitzungen als auch der Diskussionen in den regionalen und thematischen Ausschüssen. Nicht immer deckten sich die Auffassungen der Delegierten. Doch alle waren sich darin einig, daß man entschieden und energisch für den Frieden kämpfen muß.

Wie ein Seismograph reagierte die Generalversammlung auf die brennendsten Fragen der Gegenwart. An dem ersten Tag des barbarischen israelischen Überfalls auf Libanon war aus Prag die leidenschaftliche Stimme des Protestes der Weltjugend laut zu vernehmen: „Hände weg von Libanon!“ In ihrer Erklärung appellierten die Teilnehmer eines außerordentlichen Meetings an alle Mitgliedsorganisationen

GIULIETTO CHIESAS ERSTAUNLICHE KOMMENTARE

Am 13. Mai d. J. veröffentlichte die „Unità“, Organ der IKP, einen Kommentar Giulietto Chiasas zu meinem Artikel „Leitung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt“ in der „Prawda“ vom 7. Mai 1982. Und zwar unter der Überschrift: „Teure Genossen, wenn das so weitergeht, dann ist es aus mit der Entwicklung“. Diese Überschrift sollte offenbar die Leser desinformieren, erweckt sie bei ihnen ja den Eindruck, ein solcher Titel stamme von einem sowjetischen Akademiemitglied, das selbst der Meinung sei, daß es mit der UdSSR „bergab geht“. Ich halte das einfach für unfair. Übrigens erwähnte der Moskauer Korrespondent der Zeitung in seinem Kommentar nicht ein einziges Mal die wahre Überschrift meines Beitrages.

Giulietto Chiesa versündigte sich wiederholt an der Wahrheit. Er behauptet, im Organ der KPdSU gäbe es keine Leserbriefrubrik, wobei er seinen Lesern suggeriert, man könne in der sowjetischen Presse Fehler nicht kritisieren. Ich nehme an, daß der Korrespondent der „Unità“ die sowjetische Presse liest und natürlich fast in jeder Nummer der „Prawda“ ebenso wie in anderen Zeitungen nicht wenige kritische Äußerungen bemerkt. So brachte die „Prawda“ vom 24. Februar 1982 einen Artikel des bedeutenden sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlers Akademiemitglied Abel Aganbegian unter dem Titel „Der Schlüsselfaktor des Wachstums“ mit Zahlenangaben, die Mängel unserer Wirtschaft charakterisieren und

Wege zu deren Beseitigung aufzeigen. Das ist nur eins von vielen Beispielen.

Weiter spricht Giulietto Chiesa von dem „sehr inspirierten“ Charakter meines Artikels, da, wie er behauptet, „in der Auflage der Zeitung Ergebnis einer durchdachten und abgewogenen Entscheidung der sowjetischen Führung“ sei. Doch seit 1963 habe ich in der „Prawda“, der „Iswestija“, der „Literaturnaja gaseta“ u. a. Artikel über die Probleme und die Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts veröffentlicht. Ebenso in wissenschaftlichen Zeitschriften, wo ich meine diesbezüglichen Vorschläge theoretisch zu begründen suchte. Wurden etwa alle meine Artikel und wissenschaftlichen Arbeiten in Dutzenden von Jahren durchdacht und abgewogen? Entscheidung der sowjetischen Führung „inspiriert“? Hat der Moskauer Korrespondent der „Unità“ nicht eine etwa zu üppige Phantasie?

Ich gedenke nicht, mit ihm in einzelnen Fragen zu polemisieren. Ich möchte nur sagen, daß der Korrespondent die

EIGENE SPIELREGELN

Juri STOLJAROW

des WBDJ, unverzüglich eine Solidaritätskampagne mit den arabischen Völkern einzuleiten, und verlangten, die Aggression Tel Avivs zu beenden und unverzüglich die israelischen Truppen aus allen besetzten Gebieten abzuziehen.

Die Delegierten und Gäste des Forums hielten ein Antikriegsmeeeting in Lidice ab, dessen Namen für unzählige Tragödien im zweiten Weltkrieg steht. „Vereint euch im Kampf für das gemeinsame Recht auf Frieden!“ — dieser Aufruf der Kundgebungsteilnehmer an alle jungen Menschen der Erde wurde zur Losung der vom WBDJ beschlossenen Aktionskampagne der Weltjugend gegen die atomare Bedrohung, für Frieden und Abrüstung.

Die XI. WBDJ-Generalversammlung richtete eine Botschaft an die Teilnehmer der zweiten Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung mit der Forderung, alles Erdenkliche zu tun, um den Frieden zu bewahren, die Nuklearkriegsgefahr abzuwenden und zur Abrüstung beizutragen.

Zum Präsidenten des WBDJ wurde Walid Masri (Libanon), zum Generalsekretär Miklós Barabás (Ungarn) gewählt.

Die Generalversammlung verabschiedete das Dokument „Die 80er Jahre: Zeit der Aktionen“. Es orientiert den WBDJ auf den weiteren Kampf gegen die aggressiven Pläne imperialistischer Kreise der USA und der NATO, auf die Vereinigung aller Formationen der Jugend im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung.

Prag

W. SAGIDOW

Akzente nicht richtig setzt, wodurch er meinen Artikel entstellt. Er schreibt mir das Streben zu, auf „Engpässe“ und Mängel in der Struktur des sowjetischen Wirtschaftsmechanismus hinweisen zu wollen. In Wirklichkeit ist das das Ziel der Kommentare des Korrespondenten, der die sowjetische Wirklichkeit in schwarzen Farben malen will.

Mit meinem Artikel verfolge ich ein konstruktives Ziel: Durch den Hinweis auf einige unserer Schwierigkeiten, Vorschläge zu deren Überwindung zu machen, wobei die besondere Aufmerksamkeit der Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gilt.

Bei unserer wirtschaftlichen Macht, dem hohen wissenschaftlich-technischen Potential und den Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft haben wir keine Angst, über Schwierigkeiten und Probleme zu sprechen, da Kritik die Gewähr unserer weiteren Erfolge ist.

W. TRAPESNIKOW
Akademienmitglied

Die westliche Presse überstürzt sich in Berichten über Japans erneute Exportoffensive. Seine Waren überschwemmen die Märkte der USA, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und anderer Länder des Westens, wodurch ihre inneren Wirtschaftsprobleme, eine Folge des Produktionsrückgangs und der Massenarbeitslosigkeit, noch akuter werden.

Im Jahre 1981 exportierte Japan Waren in die USA um 13,4 Md. Dollar (nach US-Angaben um 18 Md.) mehr, als es von dort importierte. Bei der BRD betrug diese Differenz 3 Md. Dollar, bei Frankreich eine Milliarde, bei den EG-Ländern insgesamt 10,3 Md. Dollar. Der japanische Export in die westlichen Länder hat eine Rekordhöhe erreicht. Besonders schnell wachsen die Lieferungen von Kraftfahrzeugen, Stahl, Schiffen, Elektronik, Videorecordern und medizinischen Geräten.

In bezug auf die Gründe betont die westliche Presse, Tokio halte sich nicht an die „Spielregeln“ und greife zu „unlauterer Konkurrenz“. Folglich sei es notwendig, diskriminierende Maßnahmen zu treffen, d. h. mengenmäßige Importrestriktionen einzuführen, eine Zollmauer zu errichten, Tokio „freiwillige“ Exportbeschränkungen aufzuzwingen usw.

Fortwährende Modernisierung

Die Erfolge auf dem Weltmarkt widerspiegeln große Wandlungen in der Wirtschaft Japans, die Umstrukturierung und technische Neuausrüstung seiner Industrie. Ebendeshalb konnte Japan die Konkurrenzfähigkeit seiner Erzeugnisse stark erhöhen, die ihren Ausdruck vor allem in den Exportpreisen fand. Ins Gewicht fallen ferner Qualität und Styling der Waren, die Zahlungs- und Kreditbedingungen sowie ein ausgezeichneter Service.

Die Exportpreise hängen vor allem von der Arbeitsproduktivität ab, und diese wird durch die Ausgaben für die Arbeitskraft sowie die Amortisationsrate des Grundkapitals bedingt. Die kompetente Wirtschaftsführung erlaubt es Japan seit Jahren, die Arbeitsproduktivität schneller als

die anderen kapitalistischen Industrieländer zu erhöhen. Zwischen 1963 und 1973 stieg sie fast 5mal so schnell wie in den USA, 3,6mal so schnell wie in Kanada und beinahe doppelt so schnell wie in der BRD und in Frankreich. Die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität sind in einigen westlichen Ländern im letzten Jahrzehnt zwar rascher gestiegen, aber Japan ist noch immer der Spitzenreiter. Seine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate belief sich in den 70er Jahren auf 3,5% gegenüber 2,7% in Frankreich, 3,1% in der BRD und dem „Nullwachstum“ in den USA und in Kanada. Heute erreicht die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit in Japan ca. 90% des westeuropäischen Niveaus und hat sich merklich dem amerikanischen genähert (ca. 70%).

In den letzten Jahren steigt die Arbeitsproduktivität in Japan, obwohl die Ausgaben für die Arbeitskräfte infolge des aktiven Kampfes der Werktätigen faktisch das westeuropäische Niveau erreicht haben. Deshalb sind heute niedrige Löhne wohl kaum als Hauptfaktor der japanischen Konkurrenzfähigkeit anzusprechen. Das trifft auch für die Rohstoffkosten zu, die nach der Energiekrise 1973 sprunghaft stiegen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität macht die negative Einwirkung der gestiegenen Kosten mehr als wett und ermöglicht deshalb niedrigere Exportpreise, was die hohe Konkurrenzfähigkeit der japanischen Erzeugnisse sichert.

Nach westlichen Schätzungen produziert ein Arbeiter des Toyota-Konzerns etwa 51,3 Kfz im Jahr; die betreffende Zahl für BRD beträgt 12,3 und für die USA 9,6. Ein so hoher Produktivitätsstand ergibt sich aus der fortwährenden Modernisierung und Erweiterung der Produktion, ferner aus der Automation, vor allem mittels Industrieroboter. Die japanischen Monopole stellen relativ billige und wirtschaftliche Kleinwagen her, die auf dem Weltmarkt sehr gefragt sind. Bei ihrer Produktion kommen leichte Legierungen sowie Plaste zur Anwendung, was den Treibstoffverbrauch und das Gewicht der Wagen senkt. Sie haben die neuesten Dieselmotoren, deren Betrieb etwa 30% billiger ist als der von Benzinmotoren.

Auch bei der Produktion von Eisen und Stahl haben die japanischen Monopole einen merklichen Vorsprung gegenüber den Konkurrenten. Sie steigerten die Produktionskapazitäten in der Hauptsache durch den Bau großer Hüttenkombinate (10 bis 16 Mio t Stahl im Jahr). Der maximale Inhalt der Hochöfen im Lande liegt über 5000 m³, während der größte Hochofen in den USA einen Inhalt von etwas mehr als 3000 m³ hat. Japan ist den USA auch in der Leistung der Sauerstoff-Aufblaskonverter sowie im Stranggießverfahren voraus; in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurden in diesem Verfahren rund 40% des Stahls erzeugt (gegenüber 10,5% in den USA). Der Energieverbrauch beträgt in Japan, in Kohle umgerechnet, 704 kg je Tonne Stahl, in den USA sind es 892, in der BRD 932, in Frankreich 904 und in Großbritannien 1000 kg. Im Ergebnis kostet eine Tonne Walzgut in Japan 241 Dollar, in den USA aber 325 Dollar.

Hohe technisch-ökonomische Kennziffern charakterisieren auch andere Zweige der japanischen Industrie, die den neuesten Werkzeugmaschinenpark der kapitalistischen Welt hat.

Wichtig ist ferner, daß die japanischen Monopole vom Staat aktiv finanziell unterstützt werden, der ihre Expansion im Ausland durch Exportzuschüsse, Kredite, Subventionen u. a. fördert.

Von diesen starken außenwirtschaftlichen Positionen aus setzen sich die herrschenden Kreise Japans heute eifrig für das expansionistische Prinzip des „freien Handels“ ein. Nach ihrer Rechnung würde dieses Prinzip, wenn im Welthandel durchgesetzt, den japanischen Waren den Zutritt zu den Märkten anderer Länder erleichtern und deren Protektionismus verhindern.

Grenzen der „freiwilligen“ Beschränkungen

Das Sortiment des japanischen Exports ist noch nicht breit. Dafür unterdrücken die massiven Warenlieferungen ins Ausland dort ganze Industriezweige und ziehen ernste wirtschaftliche und soziale Folgen nach sich. Selbst wenn der japanische Export die eine oder andere Industrie des Käuferlandes noch nicht betroffen hat, konkurriert er mit seinen Waren auf den Märkten anderer Länder nicht weniger heftig. In den kapitalistischen Industrieländern gibt es heute ja praktisch keinen einzigen Zweig, der nur für den Binnenmarkt produzieren würde. Auf

diese Weise zerstört Japan die herkömmliche Arbeitsteilung in der kapitalistischen Weltwirtschaft und schnappt den Konkurrenten einen immer größeren Teil des „Exportkuchens“ weg.

In den USA wurden 1980 nur 6,5 Mio PKWs produziert, weniger als selbst im Krisenjahr 1975. Etwa ein Siebentel aller Montagewerke von General Motors, Ford und Chrysler war geschlossen, hauptsächlich deshalb, weil von je vier auf dem USA-Markt abgesetzten PKWs einer aus Japan kam. In den EG-Ländern haben seine Monopole über 70% des Kfz-Marktes an sich gebracht, darunter in Großbritannien ca. 11% und in der BRD 6%.

Im Grunde führt Tokio einen „Automobilkrieg“ gegen die Konkurrenten, und diese können ihm nur den Handelsprotektionismus entgegensetzen. Mitte 1980 erhöhten die USA die Zölle für japanische Mini-LKWs von 4 auf 25%; im Lande wurde eine lärmreiche Kampagne für die Reduzierung der Einfuhr der japanischen Wagen aufgezogen.

Ähnliche Maßnahmen traf man auch in der EG. Tokio mußte sich zu „freiwilligen“ Beschränkungen bequemen. So dürfen die Lieferungen japanischer Kraftwagen auf den USA-Markt in diesem Jahr nicht 1 680 000 Einheiten übersteigen (1980 waren es 1 820 000). In der BRD verpflichtete sich Tokio, seine Importquote nicht mehr als um 10% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu überbieten. In Großbritannien soll der Anteil der japanischen Kraftwagen nicht über 11% aller Verkäufe auf dem Binnenmarkt, in Frankreich nicht über 3% und in Italien nicht über 2000 Einheiten im Jahr liegen.

Ähnlich steht es um die Eisen- und Stahlproduktion der USA und der EG; dort hat der massive Stahl-export aus dem Fernen Osten die ohnehin schwere Situation noch zugespitzt. Die Zahl der in der Hüttenindustrie der EG-Länder Beschäftigten nahm infolge des Rückgangs der Inlandsnachfrage und infolge der japanischen Konkurrenz seit 1974 fast um 150 000 ab. Die Stahlmagnaten der EG versuchen, diesem Andrang die Modernisierung und Umstrukturierung des Zweiges entgegenzusetzen. Aber das Resultat sind neue Massenentlassungen, voll-

ständige oder teilweise Betriebs-schließungen und Einführung der Kurzarbeit. In den USA und den EG-Ländern wurde amtlich der Eisen- und Stahlimport, vor allem aus Japan, beschränkt; dieses mußte also „freiwillig“ auch die Stahllieferungen reduzieren.

Heute fragen sich die westlichen Partner Japans, wo es den nächsten Schlag führen wird: in der Produktion von EDV-Anlagen oder von Robotern, in der Biotechnologie oder der Weltmeereserschließung? Gerade in diesen Bereichen steht der fernöstliche Konkurrent nämlich ganz vorne und erobert dadurch einen Großteil des Weltmarktes neuer Waren.

Neuer Durchbruch

Angesichts der zunehmenden Exportschwierigkeiten setzt das japanische Monopolkapital seine Hoffnungen in den forcierten Kapalexport und die weitere Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Potentials.

Die direkten Produktionsinvestitio-



Das von den Konkurrenten befürchtete PKW-Fließband
Aus: „Japan of Today“

nen Japans im Ausland erreichten im vorigen Jahr 36,5 Md. Dollar, was ihm den dritten oder vierten Platz in der kapitalistischen Welt (ungefähr das Niveau der BRD, gleich nach den USA und Großbritannien) sicherte. In den vom japanischen Kapital kontrollierten ausländischen Unternehmen sind über eine Million Personen beschäftigt. Man könnte also sagen, daß das japanische „ausländische Reich“ schon funktioniert. Ausländische Investitionen geben die Möglichkeit, die Zoll-, Tarif- und sonstigen Beschränkungen seitens der Konkurrenz zu umgehen. Bei der

SORGE DER MENSCHHEIT

Dem internationalen Tag des Umweltschutzes war eine in Moskau abgehaltene Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten gewidmet. Auf der Konferenz sprachen der Vorsitzende des Staatskomitees der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltschutz, das Korrespondierende Mitglied der AdW der UdSSR, Juri Israel, sowie andere angesehene sowjetische Wissenschaftler und Leiter von Ministerien und Institutionen.

Unter den wichtigsten Richtungen wissenschaftlicher Arbeiten beim Umweltschutz in der UdSSR wurden folgende genannt: Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen für die Technologie der komplexen Nutzung von Naturrohstoffen und Nebenprodukten; Einführung technologischer Prozesse mit geringer

Abfallquote und abfallloser wirtschaftlicher Komplexe auf der Grundlage geschlossener Zyklen; Einsatz von erneuerbaren Energiequellen in der Volkswirtschaft; Studium der Erdstruktur bzw. ihrer Zusammensetzung und Evolution sowie der Biosphäre, des Klimas und Weltmeeres einschließlich des Schelfs, um deren Ressourcen rationell zu nutzen; Zusammenstellung und Entwicklung von Katastersystemen — Sammlungen von Angaben — der Naturressourcen.

Bei der Bewältigung vieler Aufgaben ist eine umfangreiche internationale Zusammenarbeit erforderlich. Dafür tritt die UdSSR unablässig ein. Auf ihre Initiative hat die UNO-Vollversammlung die Resolution „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Be-

wahrung der Natur der Erde für die jetzige und für kommende Generationen“ angenommen.

Auf die Frage unseres Korrespondenten zum Stand der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes antworteten Juri Israel und andere Wissenschaftler, daß mit amerikanischen Wissenschaftlern enge und fruchtbare Kontakte gepflegt werden. Es werden 41 gemeinsame Vorhaben realisiert, verschiedenartige Versuche auf dem Gebiet der Genetik durchgeführt, große Stauseen in den erdbebengefährdeten Gebieten untersucht. Obwohl die heutige US-Administration dazu aufruft, die Kontakte zur UdSSR abzubauen, erachten sowjetische und amerikanische Wissenschaftler die beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit beim Umweltschutz für notwendig und außerordentlich nutzbringend.

W. ROSEN

Produktion direkt am Absatzort haben besonders die Automobilkonzerne viel erreicht.

Honda begann mit dem Bau des ersten japanischen Automontagewerks in den USA; seine Leistung beträgt 120 000 Wagen im Jahr.

Mitsubishi und Chrysler vereinbarten die Gründung eines gemeinsamen Unternehmens zum Absatz japanischer Wagen. In Spanien erwarb Nissan rund 36% der Aktien der Motor Ibérica (LKW's und Landmaschinen). Honda und British Leyland vereinbarten die Produktion von Pkws japanischen Bautyps in England. In Italien gründeten Nissan und Alfa Romeo eine gemeinsame Gesellschaft, die 60 000 Wagen im Jahr bauen soll. Das wären nur einige wenige Beispiele.

Die Gesellschaften anderer Industriezweige befehligen sich der gleichen Taktik. Der direkte Export von Farbfernsehern in die USA ging von 2 530 000 Geräten im Jahre 1976 auf 685 000 im Jahre 1979 zurück. Aber sofort erhöhten die japanischen Gesellschaften die Produktion von Fernsehgeräten in den USA selbst, so daß sich ihre Produktion 1980 auf 3,5 Mio Stück belief.

Nicht weniger Befürchtungen erweckt im Westen das Streben Tokios, in den nächsten Jahren einen erneuten Durchbruch bei der Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Potentials zu unternehmen. Schätzungsweise werden die Ausgaben Japans für Forschung und Entwicklung bis 1986 auf 4% des Nationaleinkommens (auf ca. 50—60 Md. Dollar) wachsen.

Dann wird Japan in der Höhe der absoluten Ausgaben für die Entwicklung der Wissenschaft und Technik Westeuropa weit hinter sich lassen und dicht an die USA herankommen. Ein zentraler Platz in der wissenschaftlich-technischen Strategie gehört heute den Forschungen im Bereich der Energieeinsparung, der Erschließung der Meeresressourcen, ferner in Informationsindustrie, Flugzeugbau und Raumforschung.

Besonders soll die industrielle Elektronik als Basis für die durchgehende Automatisierung aller Industriezweige entwickelt werden. Sehr wichtig sind hier die industriellen Manipulatoren (Roboter), die in den 80er Jahren in noch höherem Maße als heute beim automatischen Schweißen und bei der Bearbeitung von Erzeugnissen unter komplizierten technologischen Bedingungen eingesetzt werden sollen. Roboter werden die ausgehobene Erde versetzen, Rohstoffe gewinnen, gefährliche Arbeitsgänge an der Eisenbahn ausführen, Schiffe be- und entladen und in der Landwirtschaft für die Getreideaussaat, die Berieselung und Düngung der Felder sowie die Viehfütterung sorgen. Allein die Gesellschaft Hitachi läßt 500 ihrer führenden Fachkräfte am Projekt arbeiten, in den 80er Jahren einen „intellektbegabten“ Roboter für Montagearbeiten zu entwickeln.

Das japanische Ministerium für Außenhandel und Industrie leitet die Arbeiten daran, im Lande in den 80er Jahren experimentelle Werkhallen und Betriebe mit völliger

Automatisierung aller Produktionsprozesse zu bauen. Gearbeitet wird an der Entwicklung eines vollautomatisierten Maschinenbaubetriebs, in dem alle Fertigungsprozesse, darunter die Montage, von nur 5 Personen gelenkt werden sollen.

Diese und viele andere Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die die Monopole und der Staat realisieren, können, wie es in einem Regierungsdokument heißt, „Japan zu einem auf Wissenschaft und Technologie orientierten Land entwickeln, das die Wissenschaft und Technik zu einer Triebkraft seiner Wirtschaftsentwicklung machen wird... In den 80er Jahren muß Japan seine Bemühungen verdoppeln, um unter Anwendung des gesamten gespeicherten Wissens zu einem Bahnbrecher der Welt in der Technologie zu werden.“

Große Wandlungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich werden zweifellos auch die Erzeugnisse verändern, die die japanischen Monopole auf den Weltmarkt bringen werden. Das werden nicht mehr Waren vom technologischen „Mittelmaß“-Niveau, sondern forschungsintensive und technisch komplizierte Erzeugnisse sein. Folglich werden die wirtschaftlichen Gegensätze mit den führenden Partnern sich nicht etwa legen, sondern auf neue Gebiete übergreifen. Japan zwingt den westlichen Konkurrenten seine eigenen Spielregeln auf.

DIE ROLLE DES AUSLANDSKAPITALS

Wladimir GRISCHIN

Im Gesetz über die gemischten Unternehmen mit chinesischem und ausländischem Kapital wurde die von China verkündete Politik der „offenen Tür“ erstmals juristisch verankert. Zur gleichen Zeit wurde die Internationale Arbitrageinvestitionsgesellschaft Chinas gegründet. Es folgte eine Reihe anderer Organisationen, darunter das Staatliche Komitee zur Kontrolle der ausländischen Kapitalinvestitionen und das Staatliche Komitee zur Kontrolle des Imports und Exports beim Staatsrat der VR China (bei der jetzigen Umbildung wurden sie dem Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel zugeordnet) sowie die Investitionsbank Chinas.

In letzter Zeit haben die chinesischen Behörden neue Maßnahmen ergriffen, um die Tätigkeit ausländischer Investoren juristisch besser abzusichern. Das Einkommensteuergesetz räumt westlichen Firmen finanzielle Vorrechte ein. Die Steuern, die sie zu entrichten haben, sind allgemein niedriger als in den kapitalistischen Industriestaaten und vielen Entwicklungsländern. Die in einigen Provinzen eingeführten neuen Bestimmungen, die die geschäftlichen Aktivitäten der ausländischen Investoren regeln, erlauben ihnen, langfristig Gelände zu pachten, die Löhne festzulegen, Arbeiter einzustellen und zu entlassen. Peking tut nicht wenig, um den ausländischen Geschäftsleuten „gutes Management“ zu demonstrieren. Davon zeugt auch, daß in den kürzlich veröffentlichten Entwurf der neuen Verfassung der VR China ein Artikel über das Auslandskapital aufgenommen wurde. Das hatte es in keiner der drei vorhergehenden Verfassungen der VR China gegeben.

Große Hoffnungen setzt die chinesische Führung in die internationale Konferenz zur Förderung der Investitionen in die Wirtschaft Chinas, die in Guangdong eröffnet wurde. Offizielle Veranstalter sind die VR China und die UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO). Den Teilnehmern der Konferenz bot China 130 Wirtschaftsprojekte an. Anfang d. J. gab es in China 40 Unternehmen, die mit chinesisch-ausländischem Kapital arbeiten.

Wie lassen sich die Interessen der

an dieser Zusammenarbeit Beteiligten verbinden, und für wen ist sie vorteilhafter — für China mit seinem „Modernisierungsprogramm“ oder für den Westen mit seinem Streben nach einseitigem Vorteil und Superprofiten?

Die „Wirtschaftssonderzonen“

Die privilegierte Stellung der ausländischen Geschäftsleute und Finanziers sowie die besonders günstigen Bedingungen für deren Tätigkeit wurde am deutlichsten in den „Wirtschaftssonderzonen“ Chinas — in Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen —, die sich in der Küstenregion südchinesischer Provinzen befinden. Übrigens ebendort, wo bereits im Mittelalter westliche Kolonialherren nach China eingedrungen waren. Die ersten drei liegen in der Provinz Guangdong, die letzte in der Provinz Fujian. Das Terrain für diese „Versuchsgelände“ neuer Wirtschaftsmethoden wurde keineswegs nach klimatischen (und das Klima ist hier günstig!) Charakteristika gewählt. Die „Wirtschaftssonderzonen“ der chinesischen Behörden befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft der britischen Kronkolonie Hongkong (Xianggang) und der von Portugal verwalteten Halbenklave Macao (Aomen). So werden diese Wirtschaftszonen sozusagen zu einem Appendix der benachbarten Kolonien. Zum Beispiel schließt die Zhuhai-Zone unmittelbar an Macao an. Dort befinden sich Betriebe der Leicht- und der Textilindustrie, die vor allem auf ausländischem Kapital basieren. Die Arbeiter stammen nicht nur von dort. Über 1000 Menschen kommen tagtäglich aus dem benachbarten Macao, darunter Japaner, Briten und Amerikaner.

Doch am charakteristischsten für die neuen Kontrakte ist Shenzhen, bis vor kurzem ein Provinznest, kaum bekannt auch in China selbst. Heute aber ist Shenzhen Hauptort der gleichnamigen Zone und nicht nur im Lande selbst, sondern auch in den größten Finanz- und Handelszentren der Welt ein Begriff. Kürzlich rührte die „Renmin ribao“ die Werbetrommel für diese Zone des „freien Unternehmertums“. Gegen Ende v. J., schreibt die Zeitung, wa-

ren Abkommen über die Errichtung von mindestens 1000 Objekten für mehr als 1,3 Mrd. Dollar in dieser „Sonderzone“ unterzeichnet. Unter den bereits tätigen Betrieben wurden gemischte Unternehmen genannt, in denen Firmen aus der Schweiz, Australien und Dänemark Partner Chinas sind. Investoren aus Hongkong und Macao streichen Profite aus mit ihrem Kapital errichteten Objekten ein — aus der Möbel-, der Kleider-, der Farbdruckfabrik und Wollspinnerei, aus Hotels und Geschäften.

Einige nennen Shenzhen die „blühendste und belebteste Stadt im heutigen China“. Das ist wohl eine Übertreibung. Doch die einstige Kleinstadt soll tatsächlich zu einem wahren Mekka für ausländische Geschäftsleute und Bankiers werden. Das 44geschossige Hotel, das hier entsteht (mit Ausstellungs- und Handelszentrum) verkörpert die Hoffnungen der chinesischen Behörden und einiger ihrer ausländischen Partner. Die letzteren konstatieren mit unverhohlener Genugtuung, daß die Arbeit eines Betriebes in dieser Zone höchstens ein Drittel der durchschnittlichen Kosten in Südostasien erfordern würde.

Kein Wunder, werden hier ja den ausländischen Investoren die allgünstigsten Bedingungen geboten. So dürfen ausländische Partner das Kontrollpaket der Aktien gemischter Betriebe besitzen und überdies sogar Betriebe gründen, die ihnen vollständig gehören. Hierbei sind die chinesischen Behörden bereit, die ausländischen Unternehmer für einige Jahre ganz von Steuern zu befreien. Der Boden wird zu einem symbolischen Preis verpachtet. Sehr billig ist die Pacht von Produktionsgebäuden bei örtlichen Behörden. Bezeichnenderweise wurden auf Anordnung Pekings die Grenzkontrollpunkte (auch für die Zollkontrolle) an der Grenze zu Hongkong um 7 km in chinesisches Territorium zurückgezogen, um die Verbindung dieser britischen Kolonie, so die Behörden, mit Shenzhen, deren „Filiale“, zu erleichtern.

Auf Sand gebaut

„Im sechsten Planjahr fünf (1981–1985) ist beschlossen, mehr ausländische Kapitalinvestitionen zu nutzen“, sagte Wei Yuming, stellvertretender Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel in einem im Dezember 1981 veröffentlichten Interview für die Hongkonger Wochenschrift „Far Eastern Economic Review“. „Wenn Sie mich fragen, wieviel, kann ich das nicht genau sagen. Doch ich versichere Ihnen, wir werden sie bedeutend mehr nutzen. So im Bereich der gemeinsamen Pro-

duktion und des Kompensationshandels. In den nächsten Jahren werden wir Abkommen auf der Grundlage nicht von Hunderten, sondern von Tausenden Projekten schließen.“

Viele ausländische Unternehmer möchten die Zusicherungen der chinesischen Seite glauben. Sie taten das auch, bis sie sich selbst von der großen Kluft zwischen den tönenden Erklärungen und den bitteren Tatsachen überzeugten. Zu jenen, die sich die Finger verbrannten, gehören die bundesdeutschen Firmen Schloemann-Siemag, Mannesmann und Lurgi, der japanische Mitsubishi-Konzern, eine Reihe australischer, amerikanischer und anderer Firmen. Wie man in westlichen und japanischen Geschäftskreisen meint, besteht der tatsächliche, durch die Fehlgriiffe Pekings in der Wirtschaftspolitik entstandene Schaden (gemeint sind die einseitige Annullierung von Abkommen durch China, das Abgehen von Vorvereinbarungen über Lieferungen von Anlagen und Technologie im geschätzten Wert von einigen Milliarden Dollar u. a. m.) darin, daß das Vertrauen zu China als Handelspartner untergraben ist.

Die immer größere Zurückhaltung ausländischer Finanziers und Unternehmer gegenüber China demonstrierte ein Seminar zu Handelsfragen (Ende März, Singapur). Bislang sei nicht klar, wieweit China Auslandskapital und den Handel zur Forcierung seiner Entwicklung nutzen wolle oder könne. Selbst dann, wenn sich ausländische Unternehmer zum Abschluß von Kontrakten mit dem chinesischen Partner bereit finden, bleiben viele Fragen ungelöst. Nicht selten sind Klagen von Investoren darüber zu hören, die chinesischen Arbeiter seien unqualifiziert, Ingenieure und Techniker mangelhaft ausgebildet, weitaus nicht alle juristischen Fragen seien gelöst etc.

Das wachsende Mißtrauen der westlichen Partner läßt China gefügiger sein. So findet Chinas Wunsch, für eingeführte Anlagen und Technologie mit eigenen Erzeugnissen der Leichtindustrie zu zahlen, kein Echo in US-Geschäftskreisen. Den Forderungen der Imperialisten zuliebe und entgegen den eigenen Interessen muß sich China den Interessen der westlichen Partner anpassen, indem es Buntmetalle, Uran und andere strategische Rohstoffe verkauft.

Die Kosten des Experiments

Deng Xiaoping, der als eigentlicher Urheber der prowestlichen Wirtschaftspolitik gilt, beeilt sich, diese China zu demonstrieren. Doch kann sie helfen, die akuten Probleme der heutigen chinesischen Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, Inflation und

niedriger Lebensstandard der Bevölkerung zu überwinden?

Auch die Auswirkung auf die Beschäftigungslage ist nicht groß, da der Arbeitskräftebedarf in den gemischten oder ausschließlich auf Auslandskapital basierenden Betrieben gering ist. Die Auslandskapitalspritzen ermöglichen keine wesentliche Verbesserung der Konsumgüterversorgung der chinesischen Bevölkerung. Gehen ja die in den gemischten Unternehmen erzeugten Produkte — Unterhaltungselektronik, Schuhe, Uhren, Lederwaren, Kleidung und ähnliches — fast ausschließlich auf den Weltmarkt. Durch den Einsatz ausländischen Kapitals kann auch die Wohnungsnot nicht gemildert werden. Die Wohnhäuser, die in Shenzhen, Zhuhai und anderen „Wirtschaftssonderzonen“ errichtet werden, sind von Anfang an für Reiche aus Hongkong, Macao und anderswoher bestimmt — nur nicht für die chinesischen Werktätigen.

China ist an der Entwicklung der Schwerindustrie und der Infrastruktur interessiert, seine westlichen Partner aber investieren lieber in Projekte mit schneller Kapitalamortisation. Das paßt voll und ganz in die Strategie des Weltimperialismus, der nicht an einem wirtschaftlich starken China interessiert ist.

Bezeichnend sind die Ratschläge solcher supranationaler Organisationen wie der Weltbank und des In-

ternationalen Währungsfonds. Insbesondere empfiehlt die Weltbank China die Kreditaufnahme. Doch nach Schätzungen westlicher Experten würde das nur zu einer vergrößerten Auslandsverschuldung des Landes auf 79 Md. Dollar bis 1990 und 214 Md. Dollar bis 1995 führen.

Und noch zu den Kosten des Experiments. In den drei Jahren der Politik der „offenen Tür“ ist die bürgerliche Ideologie stärker nach China eingedrungen. In diesem Zusammenhang mußte die chinesische Presse eingestehen: „Die kapitalistische Lebensweise und die verrottete Ideologie infiltrieren unsere Partei“, Konterbande, Spekulation und Korruption „demoralisieren ernstlich die Parteiorganisationen und die Parteikader, fügen der gesellschaftlichen Moral insgesamt schwersten Schaden zu“. In einer gesunden sozialistischen Gesellschaft würden die Samen der bürgerlichen Ideologie nicht so aufgehen, doch im heutigen China finden sie einen Nährboden.

Und so kommt es, daß die Hoffnungen der chinesischen Führung, in den Auslandsmonopolen Helfer bei der „Modernisierung“ der Volkswirtschaft zu finden, nicht Wirklichkeit werden. Überdies verursacht das zusätzliche Schwierigkeiten in China. Und, wie wir sehen, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich.

Die Imperialisten waren niemals Freunde des Sozialismus und werden es nie sein. ■

BIOGRAPHISCHES

VORSITZENDER DES PRÄSIDIUMS DER SFRJ PETAR STAMBOLIC



Seit dem 15. Mai ist Petar Stambolic der Vorsitzende des Präsidiums der SFRJ.

Er wurde am 12. Mai 1912 im Brezova geboren, ist Serbe; absolvierte die Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Belgrad.

1935 trat er der KP Jugoslawiens bei und wurde wegen revolutionärer Tätigkeit wiederholt verhaftet

und verfolgt. Seit 1941 beteiligte er sich am Volksbefreiungskampf und gehörte zu den Organisatoren des Aufstandes in Serbien. Seit Herbst 1941 war er Sekretär des Hauptkomitees der Volksbefreiung in Serbien, dann Generalstabschef der Volksbefreiungsarmee und der Partisanenabteilungen Serbiens. 1945—1948 war er Minister für Landwirtschaft und stellvertretender Vorsitzender der Regierung Serbiens, 1948 Minister für Landwirtschaft Jugoslawiens, 1948—1953 Vorsitzender der Regierung Serbiens, 1953—1957 Vorsitzender des Parlaments der Sozialistischen Republik Serbien, 1957—1963 Vorsitzender des jugoslawischen Parlaments. Von 1963 bis 1967 war er Vorsitzender des Bundesexekutivrates.

1948—1957 war er Sekretär des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens, wird seit 1948 ständig ins ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gewählt und gehört seit 1954 dem Exekutivkomitee des ZK des BdKJ an. Seit Oktober 1966 ist er Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ und Vorsitzender des ZK des BdK Serbiens. Auf dem IX., dem X. und dem XI. Parteitag wurde er ins Präsidium des ZK des BdKJ gewählt.

1974 wählte man ihn ins Präsidium der SFRJ, 1979 wurde er wiedergewählt. 1974/75 sowie 1981/82 war er stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der SFRJ.

Petar Stambolic besitzt die Medaille „Partisan seit 1941“ und ist Volksheld Jugoslawiens.

ZUM ALLGEMEINEN NUTZEN

Igor GOREW

Auf der unlängst in New York zum Abschluß gelangten 11. UNO-Seerechtskonferenz kamen langjährige Verhandlungen zu Ende und wurde eine allumfassende Seerechtskonvention angenommen. Das Fundament des vorbereitenden Ausschusses und die Konferenz selbst einkalkuliert, haben die Verhandlungen insgesamt etwa 15 Jahre gedauert. 156 Staaten haben daran teilgenommen.

Wichtigste Erfordernisse der Menschheitsentwicklung hatten die Konvention notwendig gemacht. Das Weltmeer, das zwei Drittel der Erdoberfläche einnimmt, wird immer mehr und unwiderruflich in die Weltwirtschaft einbezogen, es wird zu einer immer wichtigeren Bezugsquelle von Eiweiß und Bodenschätzen, zum Areal vom Verbindungswegen und zur Sphäre der Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts.

Seit einigen Jahrzehnten sind riesige Flächen und Ressourcen des Weltmeers Objekte von Ansprüchen und Annexionen imperialistischer und extremistischer Kreise. Das gefährliche Tauziehen um die Aufteilung des Weltmeers fingen die USA an, sie gaben in den 40er Jahren bekannt, daß sie sich weite Strecken des Kontinentalschelfs aneignen. Die weiteren Schritte der USA in den 70er und Anfang der 80er Jahre (die Festsetzung der 200-Meilen-Zone für die Fischerei, das Gesetz über die Betätigung amerikanischer Privatgesellschaften im internationalen Raum des Meeresgrundes außerhalb des Kontinentalschelfs) sowie der Kurs der Reaganschen Diplomatie darauf, die Konferenz in die Länge zu ziehen und aufliegen zu lassen, zeugten von kurzsichtigen und egoistischen Versuchen der USA, eine beiderseits annehmbare Bereinigung der Weltmeerprobleme im Interesse eigener privater Großkonzerne zu erschweren.

Das nahm besonders bedrohliche Ausmaße an, als eine Reihe entwickelter und sich entwickelnder Anrainerstaaten eigenmächtig Schritte zu einer willkürlichen Ausdehnung ihrer Hoheitsrechte und Gerichtsbarkeit auf weite Räume der hohen See unternahmen und damit die globale Schifffahrt und Fischerei beeinträchtigten.

Bei den langwierigen Verhandlungen auf der Konferenz ging es darum, den imperialistischen und extremistischen Tendenzen Einhalt zu gebieten, eine Aufteilung des Weltmeers zu verhindern und auf weite Sicht zu gewährleisten, daß es zum Wohle aller Länder und Völker rationell genutzt wird.

Die Konvention ist angenommen. Die UdSSR und die anderen sozia-

listischen Bruderländer haben bei ihrer Formulierung und Annahme eine große Rolle gespielt. Die UdSSR war nicht auf alleinige Vorteile bedacht. Bei ihren Anträgen zu den wichtigsten und kompliziertesten Fragen (Hoheitsgewässer, Wirtschaftszone, internationale Meerengen, eine internationale Instanz für den Meeresgrund) berücksichtigten die sozialistischen Länder die Interessen aller Staaten, sie wurden den Kompromißbeschlüssen zugrunde gelegt, die in der Konvention verankert sind. Die verantwortungsbewußten, geduligen Bemühungen der sowjetischen Diplomaten haben nicht zuletzt dazu beigetragen, daß sich die Standpunkte der verschiedenen Staaten allmählich näherkamen und daß einseitige Tendenzen überwunden wurden.

Der sowjetische Chefdelegierte Semjon Kosyrew konstatierte in der Plenarsitzung vom 30. April 1982: „Die UdSSR ist davon ausgegangen, daß es zweckmäßig ist, durch Annahme einer Seerechtskonvention eine Rechtsordnung für die Meere und Ozeane festzusetzen, die der internationalen Zusammenarbeit förderlich wäre und dazu beitrüge, daß die Meeresräume und ihre Ressourcen im Interesse aller Staaten und mit besonderer Rücksicht auf die Interessen der Entwicklungsländer genutzt werden.“ Über den zustande gekommenen Konventionsentwurf sagte der Vertreter der UdSSR, er habe nicht allen zugesagt, sei aber ein allen Delegationen akzeptabler Kompromiß, weil er im großen und ganzen den Interessen aller Staaten Rechnung trug. Allen seinen Bestimmungen waren die Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten zugrunde gelegt, keine einzige ließ die Diskriminierung irgendeines Staates zu.

Diese summierende Stellungnahme der sowjetischen Delegation enthielt ein klares Werturteil über die Konvention: Die Konferenz hat eine gute, allumfassende Seerechtskonvention zuwege gebracht, die ein ausgewogenes Paket von Kompromißvereinbarungen darstellt.

In scharfem Kontrast zu dieser Stellungnahme stand das Verhalten der US-Delegation. Sie hat gegen die Konvention gestimmt. Die Gründe gab der US-Delegierte Malone an: „Abgesehen von der generellen Annehmbarkeit der übrigen Vertragsbestimmungen kann ich nur diese Schlußfolgerung ziehen: Der vorliegende Vertrag entspricht in keinem Punkt ganz dem, was die USA als die Zielsetzung einer Regelung für die Erschließung der Ressourcen am Meeresgrund ansehen. Deshalb mußten wir heute gegen den Vertrag stimmen.“

Für die Ablehnung der USA führte er in der Hauptsache fünf Argumente an. Sie betreffen alle die Punkte über den Meeresgrund und laufen auf folgendes hinaus:

Erstens wären sie eine Schranke bei der Erschließung der dortigen Ressourcen (Nickel, Kobalt, Manganerz, Kupfer usw.). Zweitens enthielten sie keine Garantie für den Zutritt kompetenter Nutznießer (Privatkonzerne) zu diesen Ressourcen. Drittens wäre durch den Modus der Beschlußfassung in der künftigen internationalen Instanz eine „effektive Wahrung“ der Interessen westlicher Nutznießerstaaten nicht gesichert. Viertens könnten Zusatzanträge über das System der Erschließung ohne Zustimmung der USA in Kraft treten. Fünftens entstünden für die USA weitere „ernste Probleme“ aus den Bestimmungen, die die Weitergabe von Technologien, die Höchstmenge der Jahresausbeute und die nationalen Freiheitsbewegungen betreffen.

Alle diese Argumente stützten an den Haaren herbeigezogen, sie berücksichtigen nicht, daß die betreffenden Bestimmungen Kompromisse sind und nach langwierigen Verhandlungen dreier Hauptgruppen von Staaten zustande gekommen sind: der „77er-Gruppe“ von Entwicklungsländern, der sozialistischen und der westlichen Staaten. Die USA beteiligten sich sehr rege an den Debatten, von ihnen ging im I. Ausschuß für Fragen des Meeresgrundes öfter die Initiative zu den Kompromissen aus, gegen die sie seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan Sturm laufen.

Die Kompromißbestimmungen über diese und andere Fragen des Meeresgrundes beruhen auf den ausgewogenen Interessen aller Staaten einschließlich der USA. Natürlich bieten sie niemandem Vergünstigungen oder Vorrechte, worauf es die USA und ihre Bündnispartner abgesehen hatten. Die US-Delegation konnte aber nicht ernstlich darauf rechnen, daß man ihre extremen Anträge und Forderungen und die Zusatzanträge der USA annehmen werde, die das Paket der früher erzielten Kompromisse zunichte gemacht hätten.

Ihre Argumente hängen in der Luft. Ad eins garantiert die Konvention eine rationelle, geregelte Erschließung der betreffenden Ressourcen statt ihrer willkürlichen Inbeschlagnahme und chaotischen Ausbeutung zum Schaden der Weltwirtschaft und zum Nachteil gewisser Staatengruppen. Ad zwei garantiert die Konvention durch die in ihr enthaltenen wichtigen Prinzipien und Bestimmungen den Staaten und ihren Gesellschaften die Möglichkeit zum Erschürfen und Gewinnen der fraglichen Bodenschätze und läßt ihre Monopolisierung nicht zu. Ad drei gestattet es der Modus der Beschlußfassung im Rat der internationalen Instanz (Konsens und Dreiviertelmehrheit) den USA und anderen westlichen Großmächten, ihre Inter-

essen gleichermaßen wie die anderen Staatengruppen zu wahren. Ad vier treten Zusatzanträge zum System der Nutzung laut Konvention nach einer Ratifizierung durch drei Viertel der Staaten in Kraft. Das ist ein angemessener Kompromiß mit der 77er-Gruppe. Die Forderung der USA, daß alle Länder solche Zusatzanträge ratifizieren sollen, wurde von dieser Gruppe abgelehnt, weil sie einem Land die Möglichkeit gäbe, gegen beliebige konstruktive Veränderungen am Ausbeutungssystem in 25 Jahren nach Inkrafttreten der Konvention sein Veto einzulegen. Ad fünf können aus den Bestimmungen, die die Ausbeutung limitieren und die Weitergabe von Technologien sowie andere Fragen betreffen, für die USA keine „ernsten Probleme“ entstehen, denn das ist ein vernünftiger Kompromiß, bei dem die Interessen der USA und anderer Länder berücksichtigt sind. Hätte man den Forderungen der USA genügt, so hätten daraus wirklich Probleme für die Entwicklungsländer entstehen können, die entsprechende Metalle auf dem Festland gewinnen. In ihrer Gesamtheit berücksichtigt die Konvention über den Meeresgrund die wirtschaftlichen Interessen der USA und ihrer Bündnispartner wie auch der anderen Länder, diskriminiert sie in keiner Weise und gestattet es den USA und den anderen Westmächten, bei der Bildung und Betätigung der internationalen Instanz für den Meeresgrund ebenso wie die Entwicklungs- und die sozialistischen Länder eine wichtige Rolle zu spielen.

Mehr noch, die Konferenz hat den USA und ihren westlichen Bündnispartnern damit wichtige Zugeständnisse gemacht, daß sie eingewilligt hat, deren Wunsch nach einem Schutz der Vorinvestitionen in den Schürfungen am Meeresgrund entgegenzukommen. Die diesbezügliche Resolution weist neben wohlbegründeten, der Konvention entsprechenden Bestimmungen auch einige wesentliche Mängel auf, gegen die die sowjetische Delegation aufgetreten ist. Unter anderem bekommen die aus amerikanischen Konzernen gebildeten vier internationalen Konsortien der Resolution zufolge das Recht zu „Erstinvestitionen“ und können am Meeresgrund sogar dann schürfen, wenn die USA die Konvention nicht unterzeichnen sollten. Durch diesen Freibrief für die USA und die Aussonderung der vier Konsortien entsteht ein grundloser und unerwünschter Präzedenzfall. Deshalb mußte sich die sowjetische Delegation bei der Abstimmung über das ganze Paket der Stimme enthalten.

Ungeachtet dieser Zugeständnisse müssen sich die USA darüber klar sein, daß ihre Konzerne und internationale Konsortien im Einklang mit einem Konferenzbeschuß nur dann Kontrakte mit der internationalen Instanz schließen können und zur Nutzung von Arealen des Meeresgrunds ein Recht bekommen, wenn die USA und

die anderen Westmächte die Konvention ratifizieren werden. Das sollte die amerikanischen kommerziellen und politischen Kreise nachdenklich stimmen, wenn sie das Verhalten der USA zur Konvention nochmals erwägen sollten.

Die Kompromißbestimmungen der Konvention über den Meeresgrund sind nicht nur einer ihrer Bestandteile. Ihre Bedeutung ist keineswegs darauf beschränkt. Im Gegenteil, die Konvention ist so wichtig, weil sie eine neue Rechtsordnung für alle Gebiete des Weltmeers und für seine Nutzung durch die Staaten einführt. Dieser erstrangige Umstand darf nicht unberücksichtigt bleiben, wenn jedes Land, auch die USA, seine Einstellung zu der angenommenen Konvention und ihrer nachfolgenden Unterzeichnung, Ratifizierung und Inkraftsetzung bestimmt.

Welches sind die wichtigsten, prägnantesten Aspekte der Konvention?

Sie setzt erstmalig im Völkerrecht die 12-Meilen-Zone der Hoheitsgewässer fest. Bei der Gewährleistung der Souveränität und der Interessen der Anrainerstaaten auf ihren Hoheitsgewässern berücksichtigen die Konventionsbestimmungen zugleich auch die Interessen der globalen und der militärischen Schifffahrt.

In den internationalen Meerengen und den Gewässern der Inselstaaten (das ist ein Beispiel für eine neue völkerrechtliche Regelung) wird ein freies, ungehindertes Passieren aller Schiffe und Flugzeuge festgesetzt. Das entspricht den ausführlichen Bestimmungen, die die Sicherheit und die Interessen der an den Meerengen liegenden Staaten gewährleisten.

Durch die Konvention entsteht eine wichtige neue internationale Einrichtung: die 200-Meilen-Wirtschaftszone. Das in der Zone festgelegte Regime gibt den Anrainerstaaten Hoheitsrechte auf ihre lebenden und mineralischen Ressourcen. Das wird durch die Bestimmungen über die freie Schifffahrt, über die Regelung der Fischerei und andere auf-

gewogen, die aller Interessen wahren.

Hinsichtlich der akuten Frage des Kontinentalschelfs (Öl- und Gasvorkommen) zieht die Konvention erstmalig die Grenze des Schelfs und bestimmt den Modus seiner Nutzung.

In der Konvention sind wichtige Freiheiten der hohen See verbrieft und fortentwickelt, dort ist der Modus maritimer Forschungen in verschiedenen Räumen des Weltmeers festgesetzt und sind wichtige Fragen entschieden, die die Verschmutzung der Meere betreffen. Von den anderen wichtigen Konventionsbestimmungen ist der besondere Passus über die Rechte der Staaten ohne Zugang zum Meer zu nennen, ferner die Punkte über die Beilegung von Streitigkeiten, die erstmalig die Bildung eines straffen und flexiblen Systems für eine obligatorische Beilegung von Differenzen über die Anwendung und Auslegung von Konventionsbestimmungen betreffen.

Somit entspricht die Konvention auf weite Sicht den nationalen Interessen aller Seemächte einschließlich der USA, sämtlicher an Küsten gelegenen Entwicklungsländer sowie Staaten, die keinen Zugang zum Meer haben oder sonst geographisch ungünstig gelegen sind. Sie gibt jeder Staatengruppe viel und gewährleistet zugleich die Entwicklung der Seefahrt, den Schutz der Fischerei, die Nutzung der Ressourcen des Meeresgrundes und andere wichtige Betätigungen zur See im Interesse der ganzen Menschheit.

Die Konvention wird auf der Konferenz bei der Abschlußfeier zur Unterzeichnung ausliegen. Sie findet im Dezember d. J. in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, statt.

Eine wichtige Urkunde ist angenommen. Jetzt geht es darum, für ihre Unterzeichnung und nachfolgende Ratifizierung durch alle Staaten zu sorgen. Dann wird eine reale völkerrechtliche Grundlage zur Regelung der globalen Probleme des Weltmeers geschaffen sein.

GÄSTE ASERBAIDSHANS

Vom 5. bis 9. Juni reisten Leiter von in der UdSSR akkreditierten diplomatischen Vertretungen in die Aserbaidshanische SSR. Die Reise war von der Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums organisiert worden.

Die Gäste machten sich mit den Sehenswürdigkeiten Bakus, der Hauptstadt der Republik, bekannt, besuchten Ölfelder im Kaspischen Meer, das Klimaanlagenwerk, eine Winzersowchose und ein astrophysikalisches Observatorium.

Die Diplomaten wurden von Geidar Alijew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Sekretär des ZK der KP Aserbaidshans, empfangen. An dem Gespräch nahmen Kurban Chalilow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Aserbaidshanischen SSR, und Gassan Seidow, Vorsitzender des Ministerrats der Aserbaidshanischen SSR, teil.

Im Exekutivkomitee des Bakuer Stadtsowjets der Volksdeputierten fand ein Meinungsaustausch statt.

W. GUSSEW

„DORA“ MELDET

Prof. Dr. Fjodor WOLKOW

Vor nicht allzu langer Zeit strahlte das schweizerische Fernsehen einen sechsteiligen Spielfilm über die sowjetische Kundschaftergruppe unter Sándor Radó aus. Sie wurde kurz vor dem zweiten Weltkrieg gebildet, arbeitete bis Ende 1943 in der Schweiz, erhielt aus Hitlerdeutschland wertvolle militärische und politische Informationen und leitete sie nach Moskau weiter.

Der schweizerische Fernsehfilm zeugt erneut davon, daß man sich noch jetzt für die Tätigkeit dieser Gruppe interessiert. Unter Einsatz ihres Lebens boten die Mitglieder der Gruppe alles auf, um der Sowjetarmee im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren zu helfen. Über Radó und seine Helfer sind schon Bücher und Artikel geschrieben worden. In manchen ist der Sinn ihrer Tätigkeit gewollt oder ungewollt falsch dargestellt worden. Da heißt es z. B., sie hätten damit der Schweiz geschadet. (Das wird in dem Fernsehfilm widerlegt. Mit ihrer Beisteuer zur Niederwerfung Hitlerdeutschlands hat die Gruppe Radó dazu beigetragen, daß das schweizerische Volk nicht vom Faschismus unterjocht wurde.)

Andere westliche Autoren, z. B. die Franzosen Pierre Accoce und Pierre Quet, behaupten, der zweite Weltkrieg und Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion sei nicht in erbitterten Gefechten des Sowjetvolks und der Völker der antifaschistischen Koalition gewonnen worden, sondern von den Geheimdiensten, die leistungsfähiger als die Truppen auf den Schlachtfeldern gewesen seien. Es heißt, ohne „die größte antifaschistische Spionagegruppe“ in der Schweiz wäre der Krieg anders ausgegangen.

Zweifellos haben die Gruppen der hervorragenden sowjetischen Kundschafter Sándor Radó in der Schweiz und Richard Sorge in Japan der Roten Armee geholfen. Marschall Georgi Shukow schrieb: „Die gut funktionierende Aufklärung war auch ein Faktor in der Summe der Ursachen, die den Sieg gewährleisteten.“ Soviel die Kundschafter aber auch halfen, den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg hat unser ganzes Volk davongetragen. Es hat auf dem Schlachtfeld und am Arbeitsplatz größtes Heldentum an den Tag gelegt.

Nicht „heldenhafte Einzelgänger“ haben den Ausgang des zweiten Weltkriegs entschieden. Er war vorausbestimmt durch die Schlachten vor Moskau, Stalingrad, Kursk und andere, durch die Bemühungen der mächtigen Antihitlerkoalition, vor allem aber der UdSSR und ihrer heldenhaften Armee, die den entscheidenden Beitrag zur Befreiung der Völker Europas aus der faschistischen Knechtschaft leistete und die braune Gefahr bannte, in der die ganze Menschheit schwebte.

Dieser Dokumentarbericht handelt von den Taten der Kämpfer an der „unsichtbaren Front“, die auch durch die Schweiz verlief, und von der Organisation „Dora“ unter Sándor Radó.

Aushängeschild Geopress

Radó wurde 1899 in Uj-Pest, einem Vorort nördlich von Budapest, als Sohn armer Eltern geboren. Er war ein sehr guter Schüler, im Gymnasium lernte er Deutsch, Französisch und Englisch, und später lernte er Italienisch und Russisch hinzu. Nach dem Abitur wurde er zum Militär einberufen. Zugleich studierte er als Externer an der Universität Budapest die Rechte und das Staatsrecht. Hier befaßte er sich gründlich mit der Geschichte des Rechts und der Wirtschaft und selbständig mit den Werken von Marx und Engels. In ihnen fand er Antworten auf

brennende Lebensfragen. So reifte sein Entschluß heran, Kommunist zu werden. Der Kommunistischen Partei Ungarns trat er 1918 bei.

In der Revolution von 1919 verteidigte Radó die Ungarische Räterepublik mit der Waffe in der Hand. Er wurde zum politischen Kommissar der Artilleriekolonie einer Division ernannt. Nach der Niederlage der Räterepublik emigrierte er nach Österreich und später nach Deutschland. Dort verband er Forschungen mit der Tätigkeit in der KPD.

Im Jahre 1924 ging Radó nach Moskau. Hier war er in der Unionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland tätig. Bald

darauf wurde er wissenschaftlicher Sekretär am Weltwirtschaftsinstitut der Kommunistischen Akademie.

Im Jahre 1926 reiste Radó nach Berlin und setzte seine wissenschaftliche Tätigkeit fort. Er schrieb sämtliche Artikel über die Sowjetunion für Meyers Konversationslexikon und zeichnete Landkarten für alle in Deutschland erscheinenden großen UdSSR-Atlanten. Zugleich hielt er an der marxistischen Schule in Berlin Vorlesungen über Wirtschaftsgeographie, Fragen der Arbeiterbewegung und Geographie. Nach der Machtergreifung der Nazis siedelte er mit Lena, seiner Frau und Helferin bei seiner Kundschaftertätigkeit, erst nach Österreich und dann nach Frankreich über. In Paris eröffnete er die unabhängige Presseagentur Inpress, die eine rege antifaschistische Propaganda betrieb.

Sándor Radó war sich über die Gefährlichkeit des Faschismus für die Menschheit durchaus im klaren und erklärte sich 1935 zur Zusammenarbeit mit der sowjetischen militärischen Aufklärung bereit. Im selben Jahr bekam er den Auftrag, in der Schweiz eine Kundschafterorganisation zu bilden, die fähig wäre, zum Kampf gegen die von Seiten des deutschen und des italienischen Faschismus heraufziehende Gefahr beizutragen. Im Falle einer direkten Kriegsgefahr für die UdSSR sollte Radó gesammelte Informationen an die Zentrale weiterleiten.

Zur Tarnung seiner illegalen Tätigkeit gründete er in Genf die Landkartenfirma Geopress. Sie wurde im August 1936 eröffnet. Landkarten waren von Botschaften, Generalstäben, Zeitungsredaktionen, Universitäten usw. sehr gefragt. Ihren Sitz hatte die Firma in der rue de Lausanne 113 im fünften Stock, nicht weit vom Gebäude des Völkerbunds.

Im April 1938 teilte ein Vertreter der Zentrale, als er sich mit Radó traf, diesem mit:

„Es ist beschlossen worden, Sie zum Leiter einer Gruppe in der Schweiz zu ernennen.“

Radó ging energisch daran, die Kundschaftergruppe zu bilden. Nach einem halben Jahr bekam er folgende Weisung von der Zentrale aus Moskau:

„Liebe Dora. Im Zusammenhang mit der Gesamtlage, über die Sie sich ganz klar sind, erteile ich Ihnen den Auftrag, unsere Arbeit mit aller Energie anzukurbeln ..., um wertvolle militärische Informationen einzuholen und uns interessierende Personen heranzuziehen. Konzentrieren Sie sich ... vor allem auf Deutschland, Österreich und Italien.“

Zu seinen Helfern zählte der vielseitig gebildete schweizerische Journalist, Leiter und Inhaber der Nach-



Sándor Radó in den 30er Jahren

richtenagentur INSA in Bern Otto Pünter (Deckname „Pakbo“), der Verbindung zu Politikern, Diplomaten und Regierungsbeamten hatte. Er schrieb scharfe antifaschistische Artikel, brandmarkte die deutschen und die italienischen Faschisten und besonders ihre Intervention gegen das republikanische Spanien. Pünter betrachtete den antifaschistischen Kampf als seine Bürgerpflicht. Er kannte Konsul Gabel, der die republikanische Regierung Spaniens im jugoslawischen Hafen Sušak vertrat. Gabel wiederum stand mit dem offiziellen Vertreter Jugoslawiens bei Franco in Verbindung. „Pakbo“ unterhielt Beziehungen zu dem deutschen antifaschistischen Sozialdemokraten „Poisson“, einem ehemaligen Beamten des Völkerbunds im Saargebiet. „Poisson“ informierte über den Zustand der deutschen Streitkräfte, über die Vorbereitungen Deutschlands zu seinen militärischen und politischen Aktionen, namentlich über die geplante Annexion von Gdansk (Danzig). Pünter war mit antifaschistischen Untergrundkämpfern Deutschlands liiert. Der Deckname „Pakbo“ bedeutete: Informationsquelle ist Parteikanzlei Bormanns.

In der Schweiz nahm auf Anweisung der Zentrale die Gruppe der sowjetischen Kundschafterin „Sonja“ die Verbindung mit Radó auf und half eine ständige Funkverbindung mit Moskau herstellen. Zu dieser Gruppe gehörte der Engländer Alexander Foote („Jim“), ein Antifaschist, der als Mitglied der Internationalen Brigaden in Spanien gekämpft hatte. Gemeinsam mit „John“, auch einem Engländer, trug Foote militärische Informationen über Deutschland zusammen und versah die Obliegenheiten eines Funkers und Chiffreurs.

Im Sommer 1940 konnte Radó den antifaschistischen linken Sozialisten Edmond Hamel als Funker und Radiotechniker gewinnen. Funkerin wurde auch seine Frau, Olga Hamel („Maud“), eine begeisterte Freundin der Sowjetunion. Später wurde die Funkstation auch Marguerite Bolli („Rosa“), der Tochter eines aus Italien geflohenen Antifaschisten, anvertraut. Codemeldungen wurden intensiv des nachts durchgegeben. Es gab Nächte, in denen „Dora“ der Zentrale Dutzende Meldungen funkte. Als der Abhördienst der hitlerfaschistischen Abwehr drei dieser Sender angepeilt hatte, gab er ihnen den Codenamen „Rote Troika“. Eine Zeitlang aber konnten die Agenten der Abwehr nicht herausbekommen, wo sie sich genau befanden.

Um die Gruppe Radó zu verstärken, ordnete ihr die Zentrale Rachel Dübendorfer („Sissy“) bei, der es gelungen war, die schweizerische Staatsbürgerschaft zu bekommen, und die beim Internationalen Arbeitsamt tätig war. Sie sammelte militärische und wirtschaftliche Informationen über Deutschland. Ein Gehilfe von ihr war der Franzose Marius, der Frankreich bei diesem Amt vertrat. Er stand mit einem Beamten der Vichy-Regierung in Kontakt, der Pierre Laval persönlich kannte. Beim Internationalen Arbeitsamt hatte „Sissy“ noch einen Gehilfen. Es war der Antifaschist Christian Schneider („Taylor“).

Manche Informationen bekam Radó sogar aus einer Zweigstelle der schweizerischen Militäraufklärung, dem H-Büro, das sich bei Luzern befand. Informationen kamen ferner von dem ungarischen Expräsidenten Graf Károlyi, der nach Horthys faschistischem Umsturz nach Frankreich emigriert war. Auch professionelle französische Kundschafter, die nichts mit der Verräterclique Pétains zu tun haben wollten und mit dem Vichy-Regime gebrochen hatten, konnten zur Arbeit herangezogen werden.

Zentrale einverstanden

Die wertvollsten Informationen bekam „Dora“ von dem deutschen Antifaschisten Rudolf Rössler. Die Verbindung mit ihm stellte Christian Schneider her. Im November 1942 teilte er „Sissy“ mit, sein Freund — Rössler — sei bereit, der UdSSR kostenlos Informationen zu liefern, weil er in ihr den unverzüglichsten Feind des Hitlerfaschismus sähe, von dessen Kampf der Ausgang des Krieges abhängt.

Nachdem die Zentrale alle Für und Wider erwogen hatte, nahm sie die

Bedingung an. Radó schreibt: „So stieß 1942 ein Mann zu unserer Gruppe, der beim Zusammentragen von Informationen eine überragende Rolle spielen sollte. Ich legte ihm den Decknamen ‚Lucy‘ bei, u. zw. in Anlehnung an Luzern, seinen Wohnort.“

Wer war der geheimnisvolle Mann mit dem langen, schmalen Gesicht, den tiefen Runzeln, dünnen Lippen und forschenden traurigen Augen hinter der Brille? Viel ist über sein Leben noch heute nicht bekannt. Nur eins weiß man bestimmt: Rössler haßte leidenschaftlich den Faschismus, er war ein echter deutscher Patriot und bot alle seine Kräfte für den Sieg über den Nazismus auf. Er



Rudolf Rössler

ließ sich die Geheimnisse, die er lüftete, nicht bezahlen, er machte aus ihnen eine Waffe gegen die Nazis.

Rössler wurde 1897 in Kaufbeuren (Bayern) geboren. Er erwarb eine vielseitige Bildung, war in Presse-redaktionen tätig und für seine antifaschistische Einstellung bekannt. Dadurch geriet er in Lebensgefahr, als Hitler die Macht ergriff. Mit seiner Frau ging er in die Schweiz, gründete mit Hilfe von Freunden in Luzern (Kapeldage 5) den antifaschistischen Verlag „Vita nova“ (Neues Leben) und machte eine winzige Buchhandlung auf. Rösslers Verlag gab antifaschistische Bücher und Broschüren heraus.

Bis jetzt ist noch nicht genau geklärt, von wem Rössler in Berlin und in der Schweiz Informationen bekam.

Nach Radós Ansicht nahm Rössler die Verbindung zum H-Büro wahrscheinlich schon vor dem zweiten

Weltkrieg auf. Er schreibt: „Für die schweizerische Aufklärung war Rössler ein wahrer Fund: Als er dem H-Büro seine Dienste anbot, hatte er schon zuverlässige Agenten, die zum geheimen Kampf gegen das Dritte Reich bereit waren. Meldungen bekam Rössler von der Antihitler-Opportunisten in Deutschland und von deutschen Emigranten in der Schweiz. Noch heute weiß man nicht genau, wer diese Leute waren, wie diese antinazistische Organisation entstand und wirkte und auf welchem Wege die Meldungen aus Berlin zu Rössler gelangten.“

Die französischen Journalisten Accoce und Quet nennen nur die Vornamen und die Anfangsbuchstaben der Nachnamen von Personen, die „Lucy“ Meldungen aus Berlin übermittelten. Unter ihnen sind fünf Generale, ein Oberst, ein Major und drei Hauptleute. Bekannt ist, daß die zehn Männer den Führer und sein Blutregime glühend haßten. Wahrscheinlich traten sie auch dem „Rösslerkreis“ bei.

Agenten des Reichssicherheitshauptamtes suchten nach Verrätern bei den höchsten Wehrmachtstäben, in Görings Umgebung, unter den Beamten von Bormanns Parteikanzlei. Sie verdächtigten sogar Minister Hitlers. Bei der Sache kam aber nichts heraus. „Den Nazis ist es bis zum Kriegsende nicht gelungen, Rösslers Agenten in Berlin aufzuspüren“, schrieb Radó.

„Fritz T.“ und andere

Das wichtigste Ereignis in Rösslers Leben trat am 30. Mai 1939 ein: Zwei Freunde, die Generale „Fritz T.“ und „Rudolf G.“, kamen aus Berlin zu ihm nach Luzern. Sie waren in Zivil und teilten ihm mit, Hitler habe am 23. Mai einen großen Krieg beschlossen. „Blutlos sind weitere Erfolge unmöglich“, solle er gesagt haben. „Wir müssen unseren Lebensraum nach Osten ausdehnen und das Problem der baltischen Staaten lösen. Dazu werden wir vielleicht Krieg gegen den Westen führen müssen. Polen werde ich nicht schonen. Der Krieg wird anfangen, und falls sich England und Frankreich einmischen sollten, werde ich auch sie angreifen... Ich brauche einen Blitzkrieg.“

Vermutlich haben die Generale Rössler eine aus Wehrmachtbeständen stammende starke Funkstation neuester Bauart überbracht. Sie hatten Urschriften von Befehlen und Durchschläge geheimer Pläne beschafft und den Inhalt sofort ausführlich Rössler gemeldet. Anscheinend benutzten sie dazu offizielle Funkverbindungen der Abwehr oder schickten sie chiffriert per Post.

Radó zufolge ist aber nicht genau bekannt, wie Rössler „die regelmäßige und feste Verbindung mit seinen Korrespondenten in Berlin aufrechterhielt“. Radó nimmt an, „Lucys“ Freunde hätten eine „dienstliche Funkstation“ benutzt, „sie sendeten aus der Fernmeldezentrale beim Stab des OKW, die sich im Militärlager Maybach bei Zossen in der Nähe von Berlin befand, chiffrierte Meldungen. Diese konnten über dienstliche Kanäle der deutschen Botschaft in Bern oder des Konsulats in Zürich empfangen worden sein, wo Hans Bernd Gisevius Vizekonsul war. Er war ein aktiver Teilnehmer der „Spitzenopposition“ gegen Hitler und teilte Rösslers Ansichten. Möglicherweise hat sich „Lucy“ des Chefs der schweizerischen Aufklärung, Oberst Roger Massons, bedient.

Gewöhnlich war ein wichtiger Beschluß Hitlers 3—6 Tage, nachdem er ihn gefaßt hatte, Rössler schon bekannt. Aus dem OKW kamen Meldungen über „Werther“, aus der Luftwaffe über „Olga“. Informationsquellen bezeichnete Radó mit anderen Namen: „Teddy“, „Ferdinand“, „Stefan“, „Anna“ usw. Generaloberst Franz Halder, bis Herbst 1942 Generalstabschef des Heeres, erklärte nach dem Krieg: „Fast alle Pläne der Wehrmacht wurden dem Gegner bekannt, noch ehe ich sie auf meinen Schreibtisch bekam.“ Wahrscheinlich stimmt das.

Nach diesen Meldungen sagte „Lucy“ die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes einen Monat, bevor sie — im März 1936 — erfolgte, voraus. Die Mitteilung ging an die schweizerische Aufklärung. „Lucy“ warnte im März 1938 vor der bevorstehenden Besetzung Österreichs durch die Nazis. Rössler teilte der schweizerischen Aufklärung auch das Datum des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen mit. Nachdem Polen, von seinen politischen Führern und den westlichen Alliierten England und Frankreich verraten, überrollt worden war, sprach Hitler am 10. Oktober 1939 im engen Kreise über seinen Plan, Holland, Belgien und Frankreich zu überfallen, u. zw. am 12. November. Der Beschluß wurde 14mal geändert, bis der Überfall dann im April 1940 begann. Über alle diese Pläne informierte Rössler die schweizerische Aufklärung und diese die Aufklärung Englands und Frankreichs.

Meldungen über die Vorbereitungen zur faschistischen Offensive im Westen gelangten auch durch andere Kanäle nach Paris. Die aus Kollaborateuren und Verrätern bestehende französische Regierung rührte aber keinen Finger.

(Fortsetzung folgt)



Berichten Sie bitte über das NORAD-System.

P. SHAGDAR,
Ulan-Bator, Mongolei

Im Mai 1958 unterzeichneten die Vereinigten Staaten und Kanada das Abkommen „Über die Luftverteidigung Nordamerikas“ (NORAD). Dieses Abkommen sah die Bildung eines gemeinsamen Kommandos vor das bei einem Angriff auf Nordamerika die Entscheidung über den Gegenschlag ohne vorherige Konsultation mit den Regierungen beider Länder treffen kann.

Laut diesem Abkommen wurden auf dem Territorium Kanadas amerikanische Truppen stationiert, Militärbasen, Atomwaffenlager sowie andere Objekte eingerichtet und die kanadischen Luftabwehrmittel faktisch dem amerikanischen Kommando unterstellt.

Die Regierungen der USA und Kanadas proklamierten, daß die wichtigsten Beschlüsse in bezug auf die Luftverteidigung Nordamerikas gemeinsam und auf der Basis von regelmäßigen Konsultationen zwischen beiden Ländern getroffen werden. In Wirklichkeit jedoch trafen die Pentagon-Strategen bis jetzt alle relevanten militärischen Beschlüsse im NORAD-Rahmen, ohne ihre kanadischen Kollegen zu konsultieren obwohl die nationalen Interessen Kanadas berührt wurden.

Durch die gemeinsamen strategischen Ziele und Aufgaben ist NORAD eng mit der NATO verbunden. Das Hauptquartier des Vereinigten Kommandos unter amerikanischen Generälen befindet sich in den USA.

Bei den Kanadiern verbindet sich der Name NORAD mit der Teilnahme ihres Landes am Werrüsten. Breite Schichten der kanadischen Öffentlichkeit fordern die Aufhebung des Abkommens mit den USA. Viele politische und gewerkschaftliche Organisationen setzen sich für den Austritt Kanadas aus dem NORAD-System ein, darunter der Arbeiterkongreß Kanadas, die Kommunistische Partei Kanadas, die Neue Demokratische Partei, Studenten- und Frauenorganisationen einflußreiche kirchliche Kreise.

Alles in allem kritisiert Ihre Zeitschrift mit Recht die Lateinamerikapolitik Washingtons, doch finde ich, daß Sie Präsident Reagans Vorschläge zur Entwicklung der karibischen und mittelamerikanischen Länder nicht hätten verurteilen sollen. Die darin enthaltene Idee einer Freihandelszone — zollfreier Zutritt von Waren aus unseren Ländern zum US-Markt — kann uns ja von Nutzen sein.

Daniel JONES
Bridgetown, Barbados



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

Leider sind die lateinamerikanischen Initiativen Washingtons, wenn man von den schönen Phrasen über den Wunsch, den Brüdern im Süden zu helfen, abieht, auf keinen Fall positiv zu nennen, Herr Jones. Lassen Sie uns jenen Teil von Präsident Reagans Plan analysieren, auf den Sie sich berufen: über die Schaffung einer „Freihandelszone“. Die Urheber der karibischen Politik der USA verkünden, für 12 Jahre alle Zollschranken auf ihrem Markt vor Waren aus den mittelamerikanischen, den karibischen Ländern, aus Guayana und Surinam niederreißen zu wollen.

Auf den ersten Blick sehr verlockend. Doch muß man sehen, wer von der Aufhebung der Zollschranken für die Hauptwaren des karibischen Exports in die USA — Kaffee, Zucker, Bananen, Baumwolle, Kakao, Bauxite — profitieren wird. In erster Linie doch wohl die US-Gesellschaften, denn sie beherrschen Produktion und Absatz dieser Waren der karibischen Länder. Dann werden die von den US-Konzernen ausgebeuteten Einwohner dieser Region den ausländischen Gesellschaften zusätzlichen Profit sichern; diese machen sich zudem die Vorzüge der geographischen Nähe des US-Marktes zunutze, was wiederum die Transportgebühren senkt.

Ein großer Teil der Zuckerrohrplantagen in Trinidad und Tobago gehört der Tate y Lyle. Ihre Filiale Caroni Ltd. besitzt den größeren Teil ebensolcher Plantagen auf Jamaika und in Bélize. Die Elders und die United Brands konzentrieren die Produktion und den Absatz der Bananen auf Jamaika in ihren Händen. Wie Sie, Herr Jones, sicher wissen, besitzt die Quest Industries die meisten Plantagen in Ihrem Land sowie in Dominica, Santa Lucia, Sankt Vincent

und auf den Grenadinen. Die Bauxite Jamaikas werden von der Alcoa, der Alcan, von Reynolds und von Kaiser gewonnen.

Allein 1976 brachten US-Firmen 85—90% des in der Region produzierten Kaffees, 60% des Zuckers, 70—75% der Bananen, 85% des Kakaos, 85—90% der Baumwolle und 90—95% der Bauxite auf den Markt ihres Landes.

Was hat die Vorherrschaft dieser Firmen in der einheimischen Wirtschaft den Einwohnern der karibischen Länder gebracht? Sie, Herr Jones, wissen es besser als wir, in welcher Armut und Zurückgebliebenheit sie leben. Ausländisches Kapital hat die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder keineswegs gefördert, im Gegenteil, eher gebremst, weil es ihre Wirtschaft nach wie vor auf eine oder zwei Hauptexportkulturen orientiert, wodurch häufig die Produktion der wichtigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung zu kurz kommt.

Gerade den Monopolen bietet Reagans Plan samt seinem „freien Handel“ noch günstigere Bedingungen dafür, Profite herauszuschlagen. Wie der Publikation der US-Regierung „Übersicht der laufenden Wirtschaftstätigkeit“ vom August 1981 zu entnehmen ist, haben die USA-Gesellschaften 1979/80 auf jeden in den karibischen Ländern investierten Dollar 2,24 Dollar Profit erzielt und in die USA überwiesen. Man kann sich denken, wie diese Kennziffer unterm „freien Handel“ wachsen wird. Nicht von ungefähr begrüßen die US-Konzerne, die den Handel mit den traditionellen Waren der karibischen Staaten beherrschen, die Aufhebung der Zölle begeistert. Das gibt ihnen die Möglichkeit, Preise nach eigenem Gutdünken festzusetzen und bei der Teilung des Exporterlöses mit den örtlichen Partnern — Vertretern des nationalen Großkapitals in den Erzeugerländern — sich den Löwenanteil anzueignen. Das Häuflein der Reichen wird noch reicher, das Elend der Armen noch größer sein.

Um die großsprecherischen Erklärungen der US-Politiker über den „freien Handel“ realistisch zu beurteilen, muß man auch andere Faktoren in Betracht ziehen, z. B. den Umstand, daß Zollschranken jetzt zunehmend durch andere Spermaßnahmen ersetzt werden.

Gemeint sind höchst komplizierte verwaltungstechnische Regeln und drastische sanitäre Normen, aufgrund deren der Zustrom karibischer Waren jederzeit blockiert werden kann. Zudem behält sich die US-Regierung das Recht vor, das Volumen ihres Imports nach eigenem Ermessen zu begrenzen oder zu reduzieren, falls sie befindet, daß die wirtschaftlichen Interessen der US-Produzenten betroffen werden. Das wird sich insbesondere auf einen so wichtigen Exportartikel vieler karibischer Länder wie den Zucker beziehen. Im Interesse „wenig effektiver“ US-Produzenten kann der nordamerikanische Landwirtschaftsminister den Zutritt von Zucker auf den Markt seines Landes drosseln.

Obigens demonstrierte Reagan in seiner Rede in der Organisation der Amerikanischen Staaten, wo er mit dem Terminus „freier Handel“ jonglierte, die Kunst des Imperialismus, durch geschickt gestellte Bedingungen Länder zu einem Entwicklungsweg zu zwingen, der ihre Wirtschaft zu einem Anhängsel der US-Ökonomik machen soll. So erklärte er: „Bevor wir das Recht auf zollfreien Handel gewähren, analysieren wir die Möglichkeiten jedes Landes, sich aus eigenen Ressourcen zu helfen.“ Solche Möglichkeiten seien nach Meinung Washingtons nur dort gegeben, wo dem großen Privatkapital und den US-Firmen die günstigsten Bedingungen geschaffen werden.

Höchst aufschlußreich ist ein erläuterndes Dokument zur „karibischen Initiative“, das die US-Regierung den Vertretern der lateinamerikanischen Republiken zugehen ließ. Wie es darin heißt, werden die „kommunistischen Länder“, ferner Länder, die US-Gesellschaften „ohne sofortige angemessene und wirksame Entschädigung“ expropriieren, sowie Länder, die keine günstigen Bedingungen für den privaten Sektor schaffen oder „den US-Export diskriminieren“ (d. h. sich vor der US-amerikanischen Warenschwemme schützen), aus dem „freien Handel“ ausgeschlossen. Folglich werden nur Staaten mit volksfeindlichen und reaktionären Regimes, die Washingtons Weisungen parieren, „frei handeln“ können.

Nun urteilen Sie selbst, Herr Jones, ob Reagans Idee als positiv zu bewerten ist.

PS

Ihre Sorgen

US-Innenminister James Watt, der zu den am weitesten rechts stehenden Mitgliedern des Kabinetts Reagan zählt, war darüber verärgert, daß der Büffel, das Wahrzeichen seines Ministeriums, nach links sah. Er fand, daß das der Politik der Regierung zuwiderlaufe, und ließ deshalb das Wahrzeichen, das schon 132 Jahre an der Fassade angebracht ist, ändern. Jetzt sieht der Büffel nach rechts. Wie die Reuters-Agentur aus Washington meldet, hat der Präsident die Initiative des Ministers lobend erwähnt.

Kognak mit Nazibouquet



In letzter Zeit macht die Firma American Express International mit Feldmarschall Rommels Namen glänzende Geschäfte. Unter der Beute, die Rommel 1942 in Afrika machte, waren auch 1,5 Mio Liter Whisky und Kognak. Nach dem Krieg fiel Rommels Beute an die Alliierten, lagerte bis 1979 und wurde dann von der besagten Firma versteigert. Sie hatte nicht umsonst auf die bundesdeutschen Verehrer des Feldmarschalls gerechnet. Der „Rommel-Schnaps“ geht in der BRD wie warme Semmeln und bringt je Flasche 335 DM. Um die Sache stillvoller zu machen, werden

die Flaschen in Geschoßkisten versandt.

TV-Bombe



Im „U.S. News & World Report“ veröffentlichte Resultate 10jähriger Forschungen am Nationalinstitut für geistige Gesundheit zeigen, daß das Überhandnehmen der Kriminalität unter den Kindern und Jugendlichen in direktem Zusammenhang mit der Zahl der Fernsehprogramme steht, in denen Gewaltakte verübt werden. Stündlich können sich die jungen Yankees bis zu fünf Gewaltmethoden ansehen und hinter die Ohren schreiben, und in den allwöchentlichen Kinderprogrammen sogar je 18 in der Stunde. Die Zeitschrift nennt die Wirkung auf das kleine Fernsehpublikum eine TV-Bombe.

Goldgruben im Verborgenen

In der kanadischen Provinz British Columbia floriert ein neues Geschäft: Farmer bauen Marihuana an, und nicht auf eigenen Feldern, sondern in versteckten Winkeln der staatlichen Wälder. In der Hoffnung, reich zu werden, haben sich ihnen Rentner, Lehrer und Arbeitslose an-

geschlossen. Um zu verhindern, daß die Polizei die Anpflanzungen von Hub-schraubern aus entdeckt, hat man eine niedrige Pflanzensorte gezogen, die aus der Vogelschau nicht zu erkennen ist. Der Marihuanaertrag hatte 1981 einen Wert von 128 Mio Dollar. Er ist viel größer als der Wert der Äpfel-träge, für die British Columbia immer berühmt gewesen ist.

Gesetze am laufenden Band

Schweden beansprucht den Rang des Landes mit den meisten gesetzlichen Bestimmungen. Laut schwedischer Statistik kommt alle acht Stunden eine heraus. In den letzten 10 Jahren waren es 11 000 verbietende, abschlägige oder sperrende Gesetze, Erlasse und Verfügungen. Im Jahre 1981 allein haben 349 Abgeordnete im Riksdag Vorlagen eingebracht.

Wo war das Paradies?



Der Streit darüber, wo sich das biblische Paradies befand, geht noch jetzt weiter. Ein in New York erschienenenes „Listenbuch“ enthält eine ganze Liste von Theorien darüber. Genannt werden der Nahe Osten, Ostafrika oder die Seychellen. Andere meinen, das Paradies habe sich in der chinesischen Provinz Xinjiang oder auf Java befunden. Erwähnt wird auch Lemuria, ein Kontinent, der im Indik versunken sein soll, und schließlich werden

sogar die USA angeführt. Es gibt aber Leute, die meinen, es sei höchstwahrscheinlich auf dem Mars gewesen.

Ein Unverbesserlicher



Ein gewisser Guglielmo Panari aus Catania (Italien) wurde für Heimarbeit festgenommen — er hatte MPis und andere Waffen hergestellt. Das kam so. Er las viele Krimis mit dem Superman James Bond, und danach zog er zu Haus die Herstellung von Schusswaffen auf und brachte sie auf dem Schwarzmarkt an den Mann. Er machte Waffen, wie sie der „tötungsberechtigte Agent 007“ gebrauchte. Der „Heimarbeiter“ kam hinter schwedische Gardinen, nach seiner Freilassung aber ging er noch eifriger daran, sein früheres Gewerbe auszuüben.

Letzte Hoffnung

Der 25jährige Steven Bagnall aus Sheffield (England) ist schon elf Monate arbeitslos. Plötzlich sah er den bewußten Silberstreifen am Horizont: Die Stadt suchte einen Arbeiter für die Müllabfuhr. Der Mann hatte sich aber zu früh gefreut. Er wurde abgewiesen, weil er — nicht lesen und schreiben kann. Er sagt: „Das ist ja unglaublich. Die ganze Arbeit besteht darin, Müllsäcke zu schleppen, und dazu bin ich kräftig genug. Und arbeitswillig bin ich auch.“

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT
НА МЕДЦКОМ ЯДЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

AЭРОФЛОТ
Служба доставки